



Beilage zur Wochenzeitung

Das Parlament

29. September 2003

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Adam Krzeminski *Essay*

**Die schwierige deutsch-polnische
Vergangenheitspolitik**

6 Ute Frevert

**Geschichtsvergessenheit und
Geschichtsversessenheit revisited**

Der jüngste Erinnerungsboom in der Kritik

14 Helga Hirsch

Flucht und Vertreibung

Kollektive Erinnerung im Wandel

27 Annette Leo

Keine gemeinsame Erinnerung

Geschichtsbewusstsein in Ost und West

33 Edgar Wolfrum

Neue Erinnerungskultur?

Die Massenmedialisierung des 17. Juni 1953

40 Viola B. Georgi

**Jugendliche aus Einwandererfamilien und die
Geschichte des Nationalsozialismus**

B 40–41/2003



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung Adenauerallee 86 53113 Bonn.

Redaktion:

Dr. Katharina Belwe
Hans-Georg Golz (verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

Internet:

www.das-parlament.de
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, 60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung **Das Parlament**, Frankenallee 71–81, 60327 Frankfurt am Main, Telefon (0 69) 75 01-42 53, Telefax (0 69) 75 01-45 02, E-Mail: parlament@fsd.de, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage **Aus Politik und Zeitgeschichte**
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung **Das Parlament** einschließlich Beilage zum Preis von Euro 9,57 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis Euro 34,90 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von Euro 3,58 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Zeitgeschichte hat Konjunktur. Spätestens seit Günter Grass' Roman „Im Krebsgang“, der die Tragödie des im Januar 1945 von einem sowjetischen U-Boot versenkten Flüchtlingschiffs „Wilhelm Gustloff“ erzählt, wird wieder über die jüngste deutsche Vergangenheit debattiert. Unmittelbare Kriegsergebnisse wie die Schlacht um Stalin-grad und der Untergang Dresdens im Bombenkrieg sowie Flucht und Vertreibung sind in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt.

■ Deutsches Geschichtsbild im Wandel? Erschien vor 1989 die dauerhafte Teilung nicht wenigen als gerechte Strafe dafür, dass die Deutschen mit überwältigender Mehrheit zumindest bis 1942 oder 1943 ein verbrecherisches Regime unterstützt hatten, begibt sich das vereinte Deutschland auf die Suche nach Wurzeln und Kontinuitäten seiner Nationalgeschichte. Die Chiffre „Deutsche als Opfer“, die kollektive Leidenserfahrungen umschreibt, spielt dabei die zentrale Rolle.

■ Neben Grass' Roman erregte Jörg Friedrichs monumentales Werk über den kühl kalkulierten alliierten Bombenkrieg gegen deutsche Städte Aufsehen. „Der Brand“ schildert das lange verdrängte Leid der Zivilbevölkerung. Im „verordneten Antifaschismus“ der DDR hatte sich das Gedenken weitgehend in der propagandistisch genutzten Anklage der „angloamerikanischen Terrorbomber“ erschöpft, aus der in den fünfziger Jahren eine Städtepartnerschaft zwischen Dresden und Coventry hervorgegangen war. Auch andere Ereignisse werden mit neuen Deutungen versehen, bei denen Deutsche vornehmlich als Opfer erscheinen. So genoss im Frühsommer der Volksaufstand in der DDR vor 50 Jahren als niedergeschlagene Freiheitsrevolution größtes öffentliches und mediales Interesse.

■ In jüngster Zeit erlebt das Thema Flucht und Vertreibung aus den Ost-

gebieten eine Renaissance. Während in der alten Bundesrepublik die Integration der Neuankömmlinge als Erfolgsstory verklärt wurde, war im „verordneten“ Antifaschismus der SED kaum Platz für die Erinnerung an das kollektive Leid der als „Umsiedler“ bezeichneten Vertriebenen. Nun wird heftig über den Standort und die Konzeption des Ende letzten Jahres vom Deutschen Bundestag beschlossenen Zentrums gegen Vertreibungen gestritten. Die Initiative des Bundes der Vertriebenen ist besonders in Tschechien und Polen auf scharfe Kritik gestoßen. Dort wird befürchtet, dass verwischt werde, wer für den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust verantwortlich sei. Die Befürworter einer solchen nationalen Gedenkstätte in Berlin verweisen auf die verhöhnende Wirkung des Erinnerns: Gibt es dafür einen geeigneteren Ort als den, an dem die Nationalsozialisten ihre Kriegspolitik in Szene gesetzt hatten, an deren Ende der Exodus von Millionen Deutschen aus ihrer Heimat stand?

■ Im einleitenden Essay warnt der polnische Publizist *Adam Krzemiński* davor, bei der legitimen Erinnerung an das deutsche Leid Schuld mit Schuld zu verrechnen. Die Verklärung der eigenen Opfer in einem universalisierenden Mahnmal und die Entblößung der Opfer der deutschen Aggression würde in Polen als maßlose „moralische Usurpation“ empfunden. *Ute Frevert* plädiert in ihrer Kritik des „jüngsten Erinnerungsbooms“ dafür, sich nicht in der Nationalgeschichte einzugeln und die deutsche Zeitgeschichte vielmehr zu „kontextualisieren“. *Helga Hirsch* hingegen befürwortet ausdrücklich ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin – aus der Überzeugung heraus, dass Deutsche und Polen, Tschechen und Ungarn nun endlich gemeinsam nach „untergegangenen Vergangenheiten“ forschen könnten, ein im Kern befreiender und aufklärerischer Prozess.

Hans-Georg Golz

Die schwierige deutsch-polnische Vergangenheitspolitik

Deine Deutschen – hörte ich nach meiner Besprechung von Jörg Friedrichs „Der Brand“ – bilden sich ein, das Geschichtsgedächtnis funktioniere wie ein Fußballspiel: Die Nationalmannschaften schießen gegeneinander Tore auf dem Rasen der kollektiven Erinnerung. Dann gehen sie friedlich unter die Dusche, und später streiten sie sich beim Bier, wer gewonnen hat. Vom ganzen Zweiten Weltkrieg haben sie die Einmaligkeit der deutschen Schuld für den Holocaust verinnerlicht. Der symbolische Kirkut in der Nähe des einstigen Hitler-Bunkers ist eine Erinnerung an die jüdischen Opfer deutschen Wahns, ein in Stein gehauener Beleg für die absolute moralische Niederlage. Doch Deutsche sind verbissene Fußballer. Mit einer Walhalla der Vertriebenen wollen sie nachträglich einen moralischen Ausgleich erreichen. Danach folgt vielleicht ein Mahnmal für die Opfer der alliierten „Terrorluftangriffe“. Und schließlich wird sich – gewissermaßen in der Verlängerung, 60 Jahre nach Kriegsende – erweisen, dass die Deutschen die „Weltauswahl“, also die Anti-Hitler-Koalition, moralisch doch noch 2:1 geschlagen haben.

Die Sportmetapher ist schnoddrig und gehässig, doch sie spiegelt unverblümt die Verärgerung über einen Geschichtsrevisionismus wider, den viele Polen im neuen deutschen Umgang mit der Vergangenheit auszumachen glauben. Danach habe im „Historikerstreit“ letztendlich doch Ernst Nolte und nicht Jürgen Habermas das letzte Wort. Für Piotr Machewicz vom Institut für Nationales Gedenken lieferte bereits die „Wehrmachtausstellung“, die in Deutschland als bilderstürmerische Demontage des Mythos von der „anständigen Wehrmacht“ aufgenommen und heftig diskutiert wurde, einen Beleg für die Uminterpretierung der Geschichte des Krieges. Die Ausstellung beginne erst 1941, „als hätte Deutschland in Polen den Krieg mit Samthandschuhen geführt. Bald bekommen wir folgendes Geschichtsbild: Die Polen mordeten im Zweiten Weltkrieg Juden in Jedwabne und anderen Orten, und nach dem Krieg vertrieben sie brutal und aus eigener Initiative Deutsche. Was uns selbstverständlich erschien, verwischt sich langsam im Bewusstsein der Deutschen und Europäer“¹.

1 Rzeczpospolita vom 28. 8. 2003; dort auch die folgenden Zitate von Wehler und Lemberg.

Polen ist tatsächlich ein markanter Prüfstein für die deutsche Gedächtnispolitik im 21. Jahrhundert. Es war das erste Opfer der deutschen Aggression, das sich zur Wehr setzte, und damit vom ersten Tag an Mitglied der Anti-Hitler-Koalition. Es erlitt – relativ – die größten Verluste unter den Kriegsteilnehmern. Und ohne von den Siegermächten und somit auch den Deutschen als gleichberechtigt anerkannt zu werden, war es „Nutznießer“ der schmerzlichen territorialen Verluste Deutschlands. Doch mittlerweile ist Polen in der deutschen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg peripher. Abiturienten und Studenten – behauptet Hans-Ulrich Wehler – wissen um die sechs Millionen ermordeten europäischen Juden, „aber wenn wir sagen, dass im Zweiten Weltkrieg jeder fünfte Pole sein Leben verlor und dass schon am Anfang des Krieges 800 000 Polen aus den von Deutschen besetzten Gebieten vertrieben wurden, dann treffen wir auf Unwissen und Verwunderung“. Das Gedenken an den Überfall am 1. September 1939 und an die Verbrechen, welche die Nationalsozialisten an Polen begingen, schwinde. Festzustellen sei ein verstärktes Interesse für die eigene Vergangenheit, was zu einem neuen Opferkult und zu einer deutschen Leidensgeschichte führe. Und Hans Lemberg fügt hinzu, erst in etwa zehn Jahren werde man wissen, ob dieser Zug zur deutschen Selbstbemitleidung in einen neuen Nationalismus umschlage.

Die Beispiele für die Ausblendung der deutsch-polnischen Geschichte sind manchmal unbedeutend, manchmal beklemmend. Natürlich gibt es aufwendige deutsche TV-Dokumentationen zur polnischen Geschichte, Polnische Wochen in vielen Städten und subventionierte Buchübersetzungen. Sobald aber ein deutscher Fernsehreporter einen Dokumentarfilm dreht, in dem es nicht um Polen geht, der aber Polen streift, kommt es immer wieder zu ärgerlichen Einseitigkeiten, wie etwa in einer SWR-Reportage über die künftige EU-Grenze.² Der Reporter filmt in Zamość und tadelt beiläufig die Polen, dass sie die Kirchen füllten, anstatt sich für die dort geborene Rosa Luxemburg zu begeistern. Dass aus „Himmelstadt“, wie die Nationalsozialisten diese Renaissance-Perle nannten, Tausende polnischer Kinder zur „Eindeutschung“ entführt wur-

2 Ausgestrahlt am 27. 8. 2003.

den, erwähnt er nicht. Die Rolle eines moralischen Anwaltes des bei den Nachbarn vermissten „richtigen Gedächtnisses“ ist zu verlockend.

Die polnische Jagd auf solche „Unterlassungssünden“ im deutschen Umgang mit der Geschichte mag obsessiv erscheinen. Nicht weniger obsessiv ist die wiederholte Beteuerung zumal jüngerer Deutscher, sie seien endlich „normal“ und hätten das Recht, die eigenen Kriegsoffer zu betrauern, schließlich könne man von den Nachgeborenen zweiter und dritter Generation nicht erwarten, dass sie sich im Büberhemd ständig Asche aufs Haupt streuten. Letztendlich gehe es den Polen oder Tschechen nur darum, ihren Opferstatus zu perpetuieren. Doch die Opfer seien bei weitem nicht immer so edel, wie sie sich nachträglich sähen. Und die Täter seien nicht immer nur leibhaftige Teufel, sondern Menschen, die einer Verführung durch die totalitäre Ideologie oder der Rache der Sieger zum Opfer fielen.

Es war Helga Hirsch, die – da sie vorzüglich Polnisch spricht und Polen intim kennt – mit ihren Reportagen über die unterlassene Abrechnung der *Solidarność* mit dem Kommunismus und besonders mit ihrem Buch „Die Rache der Opfer“³ die Debatte über den tatsächlichen oder vermeintlichen deutschen Geschichtsrevisionismus in der polnischen Öffentlichkeit beeinflusste. Solange die Polen die dunklen Seiten ihrer eigenen Geschichte kritisierten – schon lange vor 1989 standen die meisten nationalen Mythen zur Disposition –, war alles gut. Dass aber eine Deutsche sich einmischt, polnische Repressalien gegen deutsche Gefangene thematisiert und die Massenvertreibungen verurteilt, wurde fast zu einem öffentlichen Ärgernis. Was für die Autorin eine Abrechnung mit den „Sünden“ der „68er“ war, die das Leid der Deutschen im und nach dem Krieg ausgeblendet hätten, erschien nicht wenigen in Polen als „Verrat“, als typische Entdeckung der „nationalen Seele“ durch einstige Linke. Für Hirsch ist es dagegen die Einsicht, dass unschuldige Kriegsoffer vergleichbar seien und jede Nation der eigenen Opfer gedenken solle. Konsequenterweise unterstützt sie das Konzept des Bundes der Vertriebenen (BdV), in Berlin ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu errichten.

Inzwischen ist das „Zentrum“ zu einem internationalen Zankapfel geworden. Im Frühjahr 2002 diskutierte man noch, ob Berlin oder Breslau der bessere Standort sei, ob ein „nationaler“ oder ein „europäischer“ Ansatz dem vereinten Europa des

21. Jahrhunderts gerechter werde. Ein Jahr später war es ein Politikum, das fast wie ein spätes Echo der alten Stürme um Willy Brandts „neue Ostpolitik“ erschien. Da verblüffte die polnische Öffentlichkeit eine repräsentative Umfrage, die eine erstaunliche Empathie für das deutsche Leid belegte. 57 Prozent der befragten Polen halten Deutsche „so wie Polen, Juden und Roma“ für Kriegsoffer (während nur 36 Prozent der Deutschen dieser Meinung sind). Zugleich sprechen sich 58 Prozent (aber nur 38 Prozent der Deutschen) überhaupt gegen ein Zentrum der Vertriebenen aus; und wenn, dann soll es lieber ein „nationales“ in Berlin (26 Prozent der Polen, 33 der Deutschen), kein „europäisches“ außerhalb Deutschlands sein (16 Prozent der Polen, 24 der Deutschen).

Diese Umfrage empörte nicht wenige Kommentatoren. Einer der bekanntesten polnischen Publizisten sah das Übel im „frommen Versöhnungswerk“⁴, durch das die junge polnische Generation die Kenntnis historischer Fakten verloren habe. Und Marek Edelman, der legendäre, letzte noch lebende Anführer des Aufstandes im Warschauer Ghetto, forderte in einem viel beachteten Gespräch mit der Wochenzeitung „*Tygodnik Powszechny*“ die weitere Entnazifizierung Deutschlands, weil die Deutschen ihre Vergangenheit nicht nur verdrängten und verniedlichten, sondern auch in die Rolle der Opfer schlüpfen. Sie seien vertrieben worden, weil sie den totalen Krieg angezettelt und geführt hätten: „Wenn im Warschauer Aufstand, in dem 20- bis 30 000 Untergrundsoldaten kämpften, 200 000 Zivilisten umkommen – gegen wen haben die Deutschen dann Krieg geführt? Bevor man den Vertriebenen ein Denkmal setzt, sollte man diejenigen beweinen, die man umgebracht hat.“

Nun droht Deutschen und Polen ein regelrechter „Museumskrieg“. Einer der Wegbereiter der deutsch-polnischen Verständigung, Władysław Bartoszewski, der Häftling unter Hitler und unter Stalin war und 1995 als Außenminister Polens in einer großen Rede im Deutschen Bundestag auch das Leid der deutschen Vertriebenen beklagte, forderte in scharfem Ton eine dezidierte Reaktion auf ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin. Polen solle in Posen ein Museum der deutschen Germanisierungspolitik von der ersten Teilung Polens 1772 bis zum Ende des Krieges 1945 errichten. Sind also Deutsche und Polen wieder zurück im nationalen Zeitalter, ähnlich wie 1910, als man im zwischen Preußen, Österreich und Russland geteilten Polen einen Grunwald-Kult schuf, eine Erinnerung an 1410, als polnisch-litauische Heere

3 Berlin 1998. *Anm. der Red.*: Vgl. den Beitrag von Helga Hirsch in diesem Heft.

4 Stefan Bratkowski in *Rzeczpospolita* vom 28. 8. 2003.

die Hegemonie des deutschen Ordensstaates brauchen?

Noch nicht. Der Stein des Anstoßes ist in Polen weniger die Erinnerung an die geflüchteten, vertriebenen und ausgesiedelten Deutschen. Ihr tragisches Schicksal und ihr kulturelles Erbe sind in Polen seit Jahren ein Thema der Publizistik, der wissenschaftlichen Forschung und vieler literarischer Werke. Wenn das „Zentrum gegen Vertreibungen“ Emotionen erweckt, dann liegt das weniger am Gedenken als vielmehr am Urheber und Träger des Zentrums, der Lobby der Vertriebenen, die – aus polnischer Sicht – ihre Position gegenüber Polen nie aufgearbeitet hat. Jahrzehntlang von der polnischen Propaganda als Schreckgespenst aufgebaut, hat der BdV nach 1989, auch unter der Präsidentschaft von Erika Steinbach, die Positionen eines nationalen Egoismus nicht verlassen. Die Funktionäre des BdV waren noch 1990 gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Dann traten sie immer wieder mit rechtlichen, materiellen und moralischen Forderungen an Tschechien und Polen auf. Sie wetteten gegen die „Benesch-“ und „Bierut-“, nie aber gegen die „Stalin-Dekrete“. Als Gralshüter der europäischen Erinnerung an die Vertreibungen im 20. Jahrhundert sind sie wenig glaubwürdig.

Die Debatte um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ ist nicht nur ein Teil des deutsch-polnischen oder eines deutsch-tschechischen Streites darum, was die nächsten Generationen der Deutschen über die deutsche und mitteleuropäische Geschichte wissen werden, sondern vor allem ein Aspekt des neu entfachten Erinnerungsbooms. Ist es „Geschichtsrevisionismus“, empören sich die Nachgeborenen, wenn man die alliierten Bomberpiloten, die Luftschutzräume in „Gaskammern“ (J. Friedrich) verwandelten, oder Russen, Polen und Tschechen, die Deutsche aus ihrer „angestammten Heimat“ vertrieben, als Täter bezeichnet? Die Leidenserfahrungen der deutschen Zivilbevölkerung seien lange „tabuisiert“ gewesen, es sei berechtigt, sie endlich auszusprechen. Nur ist die „Tabuisierung“ eine mediengerechte Ausrede, ein Mythos. Selbst in der DDR waren weder der Bombenkrieg noch das Schicksal der „Umsiedler“ und zuletzt sogar das der „Russenkinder“ ein Tabu. In der Bundesrepublik gab es Bildbände, Dokumentationen, Romane und Spielfilme darüber. Dass viele Linke diese Seite des Krieges ausgeblendet haben mögen, ist dabei irrelevant, stellten sie doch nie eine Mehrheit in der deutschen Gesellschaft.

Viel erheblicher für die Neuentdeckung der Einzelschicksale, die sich weit im Osten abspielten, ist

die Öffnung der Grenzen nach 1989. Man kann reisen und mit den Menschen sprechen. Und die Menschen dort, besonders die Polen in den „ehemals deutschen Gebieten“, beginnen sich für die Geschichte ihre Region zu interessieren. Sie stehen in Breslau Schlange vor deutschen Bildern ihrer Stadt und bringen im pommerschen Trieglaff zusammen mit einem Vertriebenen, Rudolf von Thadden, in der Kirche eine zweisprachige Gedenktafel an: „Zur Erinnerung an die vielen Generationen deutscher Trieglaffer, die hier lebten und glücklich waren, und mit guten Wünschen für das Wohlergehen derer, die hier heute ihre Heimat haben.“ Dieser versöhnliche Ton wurde in einem Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, in dem es hieß, „der Versuch, ein Vertreibungszentrum ohne und gegen die Vertriebenen zu errichten, erinnert an die sozialistische Methode, die Versöhnung mit den Brudervölkern zu verfügen“⁵, sowie in zahllosen Leserbriefen konterkariert: Endlich müsse den Deutschen Gerechtigkeit widerfahren, die anderen müssten als Täter bloßgestellt werden. Das ist der Kern des neuen nationalen Egoismus und eines „postmodernen Moralismus“: Man nimmt sich das Recht, die Opfer der deutschen Aggression mit allen Schwächen, Kollaborationen und Rachegehlüsten zu entblößen und zugleich die „eigenen“ Opfer zu verklären und in einem Mahnmal zu universalisieren. Das ist es, was man in Polen gelegentlich als moralische Usurpation, nationale Egozentrik, fehlende Empathie oder einfach als Maßlosigkeit empfindet.

Selbstverständlich ist es legitim, an das Leid der deutschen Zivilbevölkerung im und nach dem Krieg zu erinnern. Doch wie und wer? Es ist kein Geheimnis, dass in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre Dokumentationen der Vertreibungen gegen mögliche Reparationsforderungen zusammengestellt wurden: durch dieselben Experten, die nach 1939 eine brutale Germanisierungspolitik im Osten ideologisch begründet hatten. Aufgabe der Historiker ist es, wie Ute Frevert schreibt, „die jeweilige Gruppenerinnerung in ihren geschichtlichen Zusammenhang einzuordnen“. Sie bezweifelt, ob die Kausalität in dem für Berlin projektierten „Zentrum gegen Vertreibungen“ berücksichtigt wird: „Derzeit sehen die Pläne eher nach einer nationalen Nabelschau aus, die ihren Gegenstand isoliert, anstatt ihn zeitlich, räumlich und sachlich zu kontextualisieren.“⁶ Diese Kontexte geraten in Deutschland immer wieder in eine Schiefelage.

5 Berthold Kohler, Das letzte Kapitel, in: FAZ vom 4. 8. 2003, S. 1.

6 In der NZZ vom 30. 8. 2003. *Anm. der Red.*: Vgl. den Beitrag von Ute Frevert in diesem Heft.

Ute Frevert

Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit revisited

Der jüngste Erinnerungsboom in der Kritik

Deutsche Geschichte ist anstößig – vor allem dann, wenn es um den Nationalsozialismus geht. Diese Zeit gehört, anders als das Kaiserreich oder die Weimarer Republik, nicht allein den Historikern, die sich berufsmäßig damit beschäftigen. Sie gehört der Öffentlichkeit: Journalisten und Politikern, Verbandsvertretern und Schriftstellern, den Zeitzeugen und ihren Nachkommen. Um sie wird gestritten, und eben dieser Streit sichert der NS-Zeit einen privilegierten Dauerplatz auf der Bühne des öffentlichen Interesses.¹

Worüber indes gestritten wird, verändert sich je nach den aktuellen Bedürfnissen und Standpunkten der Zeitgenossen. Abstrakt und hintergründig geht es dabei immer wieder um den Platz des „Dritten Reiches“ in der nationalen Geschichtserzählung. Die Frage nach Kontinuität und Diskontinuität, nach Herkunft und Nachwirkungen ist, wie die Debatten der vergangenen zwei Jahrzehnte deutlich zeigen, eine eminent politische Frage, auf die es verschiedene Antworten gibt. Konkret und vordergründig tobt ein Kampf der Erinnerungen, in den die noch lebenden Zeitzeugen ebenso verwickelt sind wie ihre Kinder und Enkel. Hier geht es um die öffentliche Anerkennung eines Opferstatus, den fast alle für sich reklamieren, erlaubt er es doch, die politische Perhorreszierung des Nationalsozialismus mit einer persönlichen Erfahrung zu verbinden, die sich davon abspalten möchte, ohne den Grundkonsens zu missachten.

Dieser Grundkonsens hat sich in den historischen Debatten der vergangenen dreißig Jahre herausgebildet und umfasst alle politischen Lager – vom rechtsextremen Rand abgesehen. Er besagt, dass während des „Dritten Reiches“ Verbrechen unerhörten Ausmaßes in staatlichem Auftrag und „im Namen des deutschen Volkes“ begangen worden sind. Deshalb verbietet es sich gleichsam von selbst, sich dieser Epoche positiv zu erinnern. Wie weit und tief allerdings die negative Erinnerung

reichen soll, was sie umfasst und was sie ausschließt, daran scheiden sich die Geister. Das private und das Familiengedächtnis verfahren dabei oft milder und großzügiger, in jedem Fall aber unkontrollierter als der öffentliche Umgang mit dem Nationalsozialismus.²

Letzterer steht dauerhaft auf dem Prüfstand von Kritik und Antikritik. Vor allem in den achtziger und neunziger Jahren, als in Bonn und Berlin liberal-konservative Regierungen eine normalisierende Geschichtspolitik betrieben, schlug der Dissens hohe Wellen. Das spiegelte sich in den Planungen für ein Deutsches Historisches Museum ebenso wider wie in der öffentlichen Erregung, die 1985 der deutsch-amerikanische Staatsbesuch auf dem Bitburger Soldatenfriedhof provozierte. Besonderes Misstrauen riefen die Ereignisse nach der deutsch-deutschen „Wende“ 1989 hervor. Dort, wo sich wie bei der Gestaltung der Berliner „Neuen Wache“ unverhohlene Zeichen einer Schlussstrichmentalität zu erkennen gaben, wurden sie von heftigen Gegenreaktionen begleitet.³ Dabei waren nicht nur regierungferne Intellektuelle, Historiker, Schriftsteller und Publizisten am Werk. Wie der Nationalsozialismus erinnert werden sollte, bewegte ein sehr viel größeres und breiteres Publikum – im Westen wie im Osten.

Erinnerungen: Opfer, Täter, Mittäter

Sich zu erinnern – das war spätestens seit Richard von Weizsäckers Gedenkrede zum 8. Mai 1985 ein Sesam-Öffne-Dich. Dazu trugen die in rascher Folge abgefeierten Jubiläumsjahre (Kriegsbeginn,

1 Vgl. Aleida Assmann/ Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart 1999.

2 Dies zeigen Familiengespräche und Oral-history-Interviews: vgl. Harald Welzer u. a., „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt/M. 2002; Lutz Niethammer (Hrsg.), „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll“. Faschismus-Erfahrungen im Ruhrgebiet, Bonn 1983.

3 Peter Reichel, *Politik mit der Erinnerung*, München 1995.

Kriegsende, Novemberpogrom, Stalingrad, Auschwitz-Befreiung) ebenso bei wie das In-die-Jahre-Kommen der verbliebenen Zeitzeugen. Ihnen blieb nur noch eine begrenzte Spanne, um über ihre Erfahrungen und Erlebnisse zu berichten, und das öffentliche Interesse an diesen Erzählungen war groß. Zugleich aber war das Interesse nicht neutral, sondern es konfrontierte die Erzählenden mit neuen, aufwühlenden Fragen nach individueller Schuld und Verantwortung.

In diesen Fragen lag der explosive Zündstoff, der die Vergangenheitsdebatten jenseits politischer Instrumentalisierung und demographischer Bedrängnis kurz vor der Jahrhundertwende noch einmal kräftig anfachte. Fragen nach persönlicher Teilhabe und Mitwirkung der Vielen waren bislang weder in der DDR noch in der alten Bundesrepublik gestellt worden. Die SBZ/DDR hatte, nach anfänglichen radikalen Entnazifizierungsaktionen in Verwaltung, Justiz, Bildung und Militär, ihre Bevölkerung kollektiv entschuldet und die Verantwortung für den Nationalsozialismus den „usual suspects“ aufgebürdet: Monopolkapitalisten und Militaristen, also jenen, die im neuen sozialistischen Staat ohnehin zu Personae non gratae erklärt worden waren.

In der Bundesrepublik hingegen hatte man sich daran gewöhnt, das „Dritte Reich“ als „Gewaltherrschaft“ zu etikettieren und so ebenfalls die eigene Bevölkerung gewissermaßen zu entlasten. Denn selbst Schergen des Regimes konnten sich lange darauf berufen, nur Befehle ausgeführt, im „Befehlsnotstand“ gehandelt zu haben. Die Masse der „kleinen Leute“ nahm sich als Opfer wahr, die unter dem Nationalsozialismus und seinen Kriegsfolgen schwer gelitten hätten und deshalb für nichts verantwortlich seien.

An jener Lesart änderten auch die heftigen Attacken der antiautoritären 68er-Bewegung nicht viel. Ihre kritischen Fragen nach personellen und strukturellen Kontinuitäten mündeten rasch in eine globale Verurteilung der Vätergeneration, welche eine echte Auseinandersetzung dauerhaft blockierte. Mindestens ebenso steril und dogmatisch verlief die in der marxistischen Linken geführte Faschismus-Debatte, die schnell ins DDR-Fahrgwasser abdriftete und gebetsmühlenartig den Zusammenhang ökonomischer Entwicklungen und politischer Strukturen beschwor.

Einen gänzlich neuen, bis dahin ungewohnten Ton schlug Ende der siebziger Jahre die vierteilige amerikanische TV-Serie „Holocaust“ an. Ihr Erfolgsrezept bestand darin, dass sie Geschichte intimisierte und emotionalisierte. Indem sie die

Judenverfolgung und -vernichtung in Deutschland und den von der Wehrmacht besetzten Ländern Europas als Familiendrama inszenierte, konnten Zuschauer Empathie mit den Opfern empfinden und sich mit deren Leid identifizieren. Das bis dahin namenlose, lediglich in abstrakten Todeszahlen präsente Schicksal der jüdischen Bevölkerung bekam ein Gesicht; es wurde persönlich nachvollziehbar und damit erst „wirklich“. Viele Menschen begannen damals, Kontakte zu jüdischen Überlebenden zu knüpfen und die lokale Geschichte auf jüdische Spuren hin zu durchforschten. Einladungen an Überlebende in den ehemaligen Heimatort folgten und führten zu vorsichtigen, oft herzlichen Annäherungen. Denkmalsprojekte, in welcher Form auch immer, begleiteten diesen Prozess der Wiederaneignung. Der Holocaust rückte auf diese Weise, verstärkt durch starke mediale Unterstützung, in den Mittelpunkt der individuellen und kollektiven Auseinandersetzung. Die Geschichte des Nationalsozialismus war seit den achtziger Jahren über weite Strecken identisch mit der Geschichte der Judenvernichtung.

Annäherung an die und Empathie mit den jüdischen Opfern führten aber mittelfristig auch dazu, dass die Rolle der „normalen“ Deutschen bei diesem Jahrhundertverbrechen zunehmend in den Blick geriet. Inwiefern hatte die nichtjüdische Bevölkerung mitgewirkt – durch Wegschauen, Denunziationen, Solidaritätsverweigerung? Und was war für diese kollektive Gleichgültigkeit verantwortlich gewesen? Solche Fragen tauchten etwa bei der Lektüre der Tagebücher von Victor Klemperer auf, die 1996 erschienen und sich wider Erwarten blendend verkauften. Der jüdische Autor, der die NS-Zeit in Dresden mit knapper Not überlebt hatte, zeichnete ein bedrückendes Bild seines Überlebenskampfes. Er hatte es nicht nur mit brutalen Gestapo-Beamten zu tun, sondern auch mit gewissenlosen, bestenfalls lethargischen, oft offen feindseligen und grausamen Mitbürgern.⁴

Noch radikaler stellte der amerikanische Historiker Daniel J. Goldhagen die Frage nach Schuld und Verantwortung. Sein zeitgleich mit Klemperers Tagebüchern veröffentlichtes Buch über „Hitlers willige Vollstrecker“ nahm dezidiert von der Legende Abschied, es seien nur einige wenige gewesen, welche die Mordaktionen des NS-Regimes durchgeführt hätten. Goldhagen wies demgegenüber nach, dass die Zahl der Beteiligten ungleich größer war und, wie bereits Christopher Browning vor ihm festgestellt hatte, „ganz nor-

4 Vgl. Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945, 2 Bde., Berlin 1995.

male“ Deutsche umfasste. Er argumentierte darüber hinaus, dass diese Männer ihre Mordtaten nicht unter Zwang, sondern zuweilen geradezu lustvoll begangen hätten, angetrieben von einem seit jeher in der deutschen Kultur verwurzelten „eliminatorschen Antisemitismus“.⁵

So sehr Goldhagens Buch von Fachhistorikern gerade wegen dieser eindimensionalen Beweisführung kritisiert wurde, so großer Zustimmung erfreute es sich bei seiner Leserschaft. Seine eingängige Botschaft – alle Deutschen waren 1933 Antisemiten und deshalb auch potentielle Täter – kam an: Sie lieferte nicht nur eine einfache Erklärung für den Holocaust, sie entlastete auch die Nachgeborenen. Denn nach 1945 war jener Antisemitismus, der sich mindestens zwei Jahrhunderte lang in der deutschen Mentalität eingenistet hatte, laut Goldhagen abrupt von der Bildfläche verschwunden. Diese These nahm, überspitzt gesagt, den Charakter eines Heilswissens an, das seinen Konsumenten – sofern sie nach 1945 geboren waren oder die NS-Zeit nur als Kinder durchlebt hatten – Absolution und Erlösung versprach.

Selbstverantwortung als zivilgesellschaftliche Forderung

Die einfachen Erklärungen Goldhagens trafen den Nerv einer Gesellschaft, die es zunehmend für nötig erachtete, in Kategorien sozialer Mündigkeit zu denken. Aus dieser Sicht hatte die Weigerung der NS-Generationen, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen, etwas Infantiles, Unerwachsenes, Unreifes an sich. Das Bild des Opfers und Getriebenen, das die meisten Deutschen nach 1945 von sich entworfen hatten, passte nicht mehr in eine Zeit, in der sich auch die Bundesrepublik selbstbewusst als Zivilgesellschaft definierte. In einer solchen Gesellschaft rangierten Selbstorganisation und Selbsttätigkeit der Bürger an oberster Stelle. Man delegierte Verantwortung nicht an übergeordnete Stellen, sondern übte sie selber aus. Man zeigte Zivilcourage und trat für Bürger- und Menschenrechte ein.

Mit einem derart anspruchsvollen Selbstbild ausgestattet, befragten Bundesbürger der mittleren

und jüngeren Jahrgänge nach 1989 nicht nur die DDR-Bürger kritisch auf ihre Mitwirkung an der „Zweiten Diktatur“. Mindestens ebenso fragwürdig schien ihnen das Verhalten jener, die das „Dritte Reich“ aktiv erlebt hatten und sich gleichwohl auf ihre Rolle als bloße Beobachter oder passiv Erleidende zurückzogen. Indem sie diese Lesart nicht mehr gelten ließen, sondern auf individuellen Handlungsoptionen und spielräumen beharrten, nahmen sie die ältere Generation gewissermaßen in die Pflicht, sich zumindest in der Erinnerung Rechenschaft abzulegen über eigenes Mittun und persönliche Verantwortung.

Besonders dramatisch kam diese Forderung in der Ausstellung über „Verbrechen der Wehrmacht“ zum Ausdruck. Sie räumte mit einem der letzten Tabus der NS-Erinnerung auf, der Legende von der sauberen Wehrmacht. Diese Legende war zwar von der Geschichtswissenschaft längst als solche enttarnt; in der Bevölkerung jedoch und vor allem unter den ehemaligen Kriegsteilnehmern und ihren Angehörigen hielt sie sich weitgehend unangefochten. Millionen von Soldaten waren nach wie vor der Meinung, einen „normalen“ Krieg geführt zu haben; wenn es Auswüchse und Grausamkeiten gegeben hatte, dann nur auf sowjetischer Seite oder als legitime Reaktion auf feindliche Übergriffe. Fünfzig Jahre nach Kriegsende machte die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung publik, dass dem nicht so gewesen war: Neben Dokumenten über den von Anfang an verbrecherischen Charakter des Ostkrieges zeigte sie Fotomaterial aus dem Besitz einfacher Soldaten, das diese als aktive Teilnehmer oder selbstzufriedene Chronisten der Verbrechen abbildete.⁶

Diese These löste landauf, landab große Bestürzung und ebenso große Empörung aus. Viele Kriegsteilnehmer wiesen sie mit Verve von sich; manche reagierten nachdenklich und selbstkritisch. Wer an einer der überaus zahlreichen lokalen und zentralen Diskussionsveranstaltungen im Begleitprogramm der Wehrmachtausstellung teilgenommen hat, wird die tiefe Erschütterung gespürt haben, welche die Ausstellung provozierte – in ihrer alten, angreifbaren ebenso wie in ihrer neuen, methodisch abgesicherten, aber in der Sache identischen Aussage. Auch diejenigen Soldaten, deren Einheiten nicht oder nicht unmittelbar an dem Vernichtungswerk beteiligt gewesen waren,

⁵ Vgl. Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996; Christopher Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek 1993.

⁶ Vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 1996; Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 2002.

mussten sich fragen lassen, wie sie unter anderen Umständen gehandelt hätten. Und niemand konnte mehr daran zweifeln, dass Menschen selbst dort, wo sie in einen Zwangsapparat wie das Militär eingesperrt waren, über Handlungsspielräume verfügten, die sie je nach Zivilcourage und moralischer Ausstattung so oder so nutzen konnten.

In dieser ethisch-moralischen, zivilgesellschaftlichen Dimension lag die neue, aufrüttelnde Erkenntnis, welche die Wehrmachtsausstellung vermittelte und die sie zu einem zentralen geschichtspolitischen Ereignis erhob. Wie mit jener Erkenntnis umzugehen sei, war gleichwohl umstritten. In den öffentlichen, stark nachgefragten Gesprächen mit Zeitzeugen machte sich nicht selten eine moralisierende Tendenz breit, die bereits frühere Auseinandersetzungen polarisiert und gelähmt hatte. Wichtiger und ergiebiger war es demgegenüber, nicht nur „schlechtes“ Verhalten zu rügen, sondern jene Institutionen zu überprüfen, die „gutes“ Verhalten hätten einüben, stützen und honorieren können. Moralisch versagt, das wurde in den Debatten sehr deutlich, haben in der Zeit des Nationalsozialismus nicht nur die Individuen, die sich bereitwillig oder gleichgültig, jedenfalls ohne Gewissensbisse in die Terrormaschinerie einbinden ließen; versagt haben auch ihre Familien, ihre Lehrer, Pfarrer, Richter, ihre Freundeskreise, ihr soziales und konfessionelles Milieu.

Diese Einsicht lässt sich auch aus der Entschädigungsdebatte gewinnen, die 1999 begann. Hier ging es um die millionenstarke Gruppe der Zwangsarbeiter, die in der Kriegszeit in der deutschen (Land-)wirtschaft eingesetzt waren. Sie hatten bislang, sofern sie aus Polen oder der Sowjetunion stammten, keinerlei Genugtuung für ihre meist miserabel entlohnte Arbeit und die demütigende Behandlung erhalten, die ihnen in Deutschland widerfahren war. In ihren Herkunftsländern oft verfemt und als „fünfte Kolonne“ der Deutschen verdächtigt, waren sie auch von der deutsch-deutschen Nachkriegsöffentlichkeit kaum wahrgenommen worden, sieht man von einzelnen lokalen Initiativen einmal ab. Gerade sie aber erlebten durch den politischen Streit um die Entschädigung einen großen Aufwind. Die Zurückhaltung und Abwehr vieler Unternehmen, sich an der Finanzierung zu beteiligen, kontrastierte mit einer auffälligen Bereitschaft breiter Kreise, die noch lebenden Zwangsarbeiter materiell zu unterstützen und sich mit ihren leidvollen Erfahrungen auseinander zu setzen.⁷

7 Vgl. Susanne-Sophia Spiliotis, Verantwortung und Rechtsfrieden. Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, Frankfurt/M. 2003.

Letztere aber verweisen erneut auf das Problem der Mitwirkung und Mitverantwortung der Vielen. Wenn Briefe ehemaliger „Fremdarbeiter“ fast zwanghaft von den wenigen Deutschen berichten, die ihnen freundlich gegenübertraten und ihnen das schwere Los durch kleine Gesten menschlicher Solidarität erleichterten, taucht sofort die Frage auf, warum sich denn die übergroße Mehrheit solchen Gesten verweigerte.⁸

Die Rückkehr der Opfererinnerung: Flucht, Vertreibung, Bombenkrieg

Eine simple und simplifizierende Antwort ließ nicht auf sich warten: In einer Zeit, in der alle litten, fiel das Leid der anderen nicht besonders auf. Und außerdem habe man ja auch die Deutschen nach 1945 nicht gerade mit Samthandschuhen angefasst. Man denke nur an das Leid der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und an das Schicksal deutscher Zwangsarbeiter, die 1945 für mehrere Jahre nach Sibirien, in den Ural oder ins Donezk-Becken verschleppt worden waren. Solche Entlastungsargumente, die man aus der unmittelbaren Nachkriegszeit zur Genüge kannte, tauchen vermehrt in den jüngsten Erinnerungsdebatten auf. Wenn man sich die Initiativen und Diskussionen der vergangenen Jahre anschaut, kann man geradezu von einer Rückkehr, ja von einem Rückschlag der deutschen Opfererinnerung sprechen.

Den Anfang machte Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang“. Der über alle politischen Zweifel erhabene Autor und Literaturnobelpreisträger setzte der Schiffskatastrophe um die „Wilhelm Gustloff“ Ende Januar 1945 – das mit Flüchtlingen aus den Ostgebieten überfüllte ehemalige „Kraft-durch-Freude“-Kreuzfahrtschiff wurde von einem sowjetischen U-Boot versenkt – ein literarisches Denkmal, verbunden mit einer scharfen Selbstanzeige, das Thema des deutschen Leides bislang ausgespart und „rechtsgestrickten“ Kreisen überantwortet zu haben. Kurz darauf folgte Jörg Friedrichs Buch „Der Brand“, das sich mit dem Luftkrieg gegen Deutschland beschäftigte und ein eindringliches Bild der hunderttausendfachen

8 Vgl. „... ein Teil meiner Seele ist in Brackwede“. Briefe ehemaliger Zwangsarbeiterinnen in Bielefeld und Brackwede, hrsg. von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Sektion Bielefeld, Bielefeld 2003.

Bombenopfer zeichnete.⁹ Das umfängliche Opus erlebte einen immensen Verkaufserfolg; Lesereisen führten seinen Autor in viele Städte, und ein mitfühlendes Publikum war ihm gewiss. Das dritte Beispiel ist die gerade anlaufende Debatte um ein Berliner Zentrum gegen Vertreibungen. Hier geht es darum, der deutschen Vertreibungsoffer bzw. Flüchtlinge zu gedenken und an ihre Leidensgeschichte nach 1945 zu erinnern.

Die erwähnten Bücher und Initiativen argumentieren explizit oder implizit damit, dass die von ihnen thematisierten Leidenserfahrungen in der bisherigen Diskussion um den Nationalsozialismus und seine Folgen unterbelichtet oder gar gänzlich ausgespart worden seien. Deshalb sei es höchste Zeit, auch sie zur Sprache zu bringen, um ein komplexes Panorama jener Jahre zu entwerfen und den Opfern Gerechtigkeit, sprich Empathie, Erinnerung und Anerkennung, widerfahren zu lassen.

Doch diese Argumentation ist nicht stimmig. Das beginnt mit der Behauptung, es gebe eine Erinnerungslücke, die zu füllen sei. Dass Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung bis dato keine Rolle in der deutsch-deutschen Erinnerungsgeschichte gespielt hätten, ist eine Legende, die dadurch nicht wahrer wird, dass sie ständig wiederholt und nachgebetet wird. In der DDR prangten an vielen Gebäuden mit Bombenschäden Gedenktafeln, welche die „angloamerikanischen Terrorbomber“ namhaft machten und ihr kulturelles Zerstörungswerk anprangerten. Noch in den letzten Jahren des sozialistischen Staates schrieb der DDR-Historiker Olaf Groehler ein umfangreiches Buch über den „Bombenkrieg gegen Deutschland“, das 1991 im angesehenen Akademie-Verlag erschien.

In der Bundesrepublik gab es eine Fülle lokal- und regionalgeschichtlicher Dokumentationen, Bildbände und Forschungsarbeiten, die sich mit den Flächenbombardements der Alliierten und den angerichteten Schäden beschäftigten. Freiburg, Hannover, Bremen, München, Münster, Aachen, Darmstadt, Celle, Bonn, Braunschweig und viele andere Städte samt Talsperren und Eisenbahnviadukte wurden als Angriffsziele der Bomberflotten ausführlich gewürdigt – nicht zu vergessen Berlin und selbstverständlich Dresden, das „deutsche Hiroshima“.¹⁰ Auch in den zahlreichen Oral-history-Texten, die über die Kriegs- und Nachkriegszeit veröffentlicht wurden, spielte die Erfah-

ung des Bombenkrieges eine immense Rolle. Selbst die Belletristik hat sie, anders als es W. G. Sebald noch 1997 beklagte, nicht ausgeblendet, sondern ihr einige beeindruckende Werke gewidmet.

Ähnlich steht es mit dem Thema Flucht und Vertreibung. Bereits unmittelbar nach der Staatsgründung gab die Bundesregierung eine Forschungsarbeit in Auftrag, die das Leid der aus Ostmitteleuropa vertriebenen Deutschen dokumentieren und festhalten sollte. Als Weißbuch und Argumentationshilfe für zukünftige Friedensverhandlungen gedacht, erschien das fast ausschließlich auf Zeitzeugenberichten fußende mehrbändige Kompendium in den fünfziger und frühen sechziger Jahren; 1984 legte der Deutsche Taschenbuchverlag einen Nachdruck vor.¹¹ Darüber hinaus hielt die wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit der Vertriebenenverbände und ihrer politischen, vorwiegend konservativen Freunde das Problem wach. In den bisweilen mit Gift und Galle geführten Kontroversen um die Neue Ostpolitik der späten sechziger und der siebziger Jahre besetzte es einen ebenso prominenten Platz wie in Familienerzählungen, Literatur und Film. Nicht zuletzt die Versenkung des Flüchtlingsschiffs „Wilhelm Gustloff“ erlebte mehrfach mediale Bearbeitungen, lange bevor Guido Knopp das Thema für das ZDF entdeckte und quotenstark unters Fernsehvolk brachte.

Allerdings führte die außergewöhnlich rasche gesellschaftliche Integration der Flüchtlinge dazu, dass ihre leidvollen Erfahrungen zunehmend in den Hintergrund rückten und von den Erfolgsgeschichten der Gegenwart überdeckt wurden. Das traf nicht nur auf diejenigen zu, die als Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene ihre Heimat hatten verlassen müssen, sondern schloss die ältere Generation mit ein. Von den politischen Schaukämpfen der Vertriebenenfunktionäre und ihren revisionistischen Neigungen fühlten sich nur noch wenige vertreten. Selbst wenn sie die „alte Heimat“ nicht vergaßen und die Reiseerleichterungen seit den siebziger Jahren zu Besuchen nutzten, waren sie doch längst in der „neuen Heimat“ angekommen.

Mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs nach 1989 schien dieses Kapitel der eigenen Biographie auf

9 Vgl. Günter Grass, *Im Krebsgang*, Göttingen 2002; Jörg Friedrich, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945*, München 2002.

10 So der reißerische Untertitel eines Buches von Alexander McKee (*Dresden 1945*, Wien 1983).

11 Vgl. Mathias Beer, *Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 46 (1998), S. 345–389; ders., „Ein der wissenschaftlichen Forschung sich aufdrängender historischer Zusammenhang“, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 51 (2003) 1, S. 59–64.

wundersam versöhnliche Weise abgeschlossen: Die Reisen nach Osten wurden noch häufiger und intensiver, zugleich gestalteten sich die Begegnungen vor Ort offener, reflexiver und respektvoller. Nichts bezeugt die wechselseitige mentale Abrüstung deutlicher als die Tatsache, dass man zu Wroclaw wieder Breslau sagen kann, ohne automatisch als Revanchist beschimpft zu werden und ohne dass Einheimische den Verdacht hegen, hier sei eine neue Landnahme am Werk. In der Stadt gibt es Platz für viele Erinnerungen – auch für die der Deutschen und an die Deutschen.

Wider die Skandalisierung

Diesen Platz gilt es zu füllen – und die neueste Erinnerungsoffensive trägt dem Rechnung. Sie ist im eigentlichen Sinn keine Spätfolge von Verdrängung und Respektlosigkeit, sondern Teil und vorläufiges Endprodukt jenes Gedächtnisbooms, der seit den achtziger Jahren zu beobachten ist. Sie folgt den spezifischen politischen Konjunkturen dieses Gedächtnisses, das sich zunächst mit den jüdischen Opfern beschäftigte, bevor es sich folgerichtig den Tätern und Mittätern zuwandte. Man muss nicht wie Wolf Jobst Siedler von einem „Exzess des Schuldbewusstseins“ sprechen, um in den Erinnerungen an Bombentote, Flüchtlinge und Vertriebene einen neuen Pendelschlag zu erkennen.¹²

Dennoch schießt die These von einer „Verschiebung der geschichtspolitischen Fundamente der Bundesrepublik“ weit übers Ziel hinaus.¹³ Anstatt die Revitalisierung der deutschen Opfererinnerung zu skandalisieren, sollte man sie gleichermaßen kritisch wie unverkrampft betrachten. Dabei wären sieben Punkte zu bedenken.

Erstens: An das Leid zu erinnern, das der Krieg im eigenen Land und seine Folgen über die deutsche Zivilbevölkerung gebracht haben, ist legitim und wichtig. Dass das Thema Vertreibung durch die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien eine in Europa unerwartete und deshalb besonders bedrückende Aktualität gewonnen hat, verleiht den Erfahrungen deutscher Vertriebener und Flüchtlinge zudem eine neue Dignität. Ebenso weckt die Bombardierung irakischer Städte durch amerikanische und britische Flugzeuge fast

¹² Vgl. Wolf Jobst Siedler, Die Hoffahrt der Bußfertigen, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. 4. 2001, S. 16.

¹³ Vgl. Lorenz Jäger, Das Böse, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. 11. 2002.

zwangsläufig Erinnerungen an ähnliche Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg.

Zweitens: Solche Erinnerungen politisch stillstellen oder unterdrücken zu wollen, wäre nicht nur sinnlos, sondern auch kontraproduktiv. Gleichwohl müssen sie kritisch kommentiert werden. Erinnerungen sind vor allem dann, wenn sie öffentlich kommuniziert werden, keine bloß subjektiven Äußerungen mehr. Sie beziehen sich auch nicht nur auf Vergangenes, sondern haben ihren Ort in der Gegenwart und reflektieren auf zukünftige Ordnungen. Gerade das macht sie so bedeutungsvoll und kontrovers. Hinzu kommt, dass die Erinnerungen, um die es in der derzeitigen Debatte geht, in der Regel keine Primärerinnerungen mehr sind. Die meisten Menschen, die Bombenkrieg, Flucht oder Vertreibung bewusst erlebt und überlebt haben, leben heute nicht mehr. Erinnerungsträger wie Medien (Bücher, Film, Fernsehen) oder Institutionen (Vertriebenenverbände) treten an ihre Stelle. Gerade sie aber müssen sich fragen lassen, welche aktuellen und in die Zukunft projizierten Interessen sie verfolgen.

Aufrechnungen, Analogien, Vergleiche

Drittens: Die derzeitige Opferdiskussion steht unter dem Generalverdacht, dass Leid mit Leid, Schuld mit Schuld verrechnet werden soll. Ein solcher Aufrechnungsmodus hat eine lange, unrühmliche Tradition, in allen politischen Lagern. Ging es in der Nachkriegszeit darum, das den Deutschen im Osten angetane Unrecht gegen mögliche Reparations- und Entschädigungsforderungen aus diesen Ländern zu wenden, neigte man auf der Linken dazu, die Leiderfahrungen der Deutschen als logische Folge des vom Nationalsozialismus verursachten Unrechts zu betrachten und damit gleichsam zu rechtfertigen. Beide Positionen instrumentalisierten die „Vertriebenen“ bzw. „Umgesiedelten“ für politische Zwecke; umso schlimmer, dass manche Vertriebenenfunktionäre dieses Spiel bedenkenlos mitspielten und die Polarisierung weiter anheizten. Damit aber muss nun endlich Schluss sein. Die politische Großwetterlage hat sich gravierend geändert und macht die Fortsetzung der alten Grabenkämpfe ebenso überflüssig wie lächerlich. Der psychologische Reflex, auf einen massiven Schuldvorwurf mit Entlastungsargumenten zu antworten und den eigenen Opferstatus hervorzukehren, sollte sich jedenfalls

nicht noch einmal dauerhaft einschleifen und erinnerungspolitisch verfestigen.

Viertens: An dieser Stelle sind Historiker gefordert, die jeweilige Gruppenerinnerung in ihren geschichtlichen Zusammenhang einzuordnen. Ohne die Leidenserfahrungen der Opfer zu schmälern oder abzuwerten, muss die Dynamik von Unrecht und Leid angemessen gewichtet werden. Immerhin war es das nationalsozialistische Deutschland, das mit der Vertreibung und Vernichtung ganzer Bevölkerungen begann. Ob jene Handlungskette in dem für Berlin projektierten Zentrum gegen Vertreibungen tatsächlich berücksichtigt wird, bleibt abzuwarten. Derzeit sehen die Pläne eher nach einer nationalen Nabelschau aus, die ihren Gegenstand isoliert, anstatt ihn zeitlich, räumlich und sachlich zu kontextualisieren.

Dieser Kontext ist auch für eine Geschichte des Bombenkrieges notwendig, wie Jörg Friedrich sehr wohl weiß. Coventry und Rotterdam werden in seiner Darstellung nicht unterschlagen. Dennoch gleitet sie in historischen Relativismus ab. Viele Rezensenten haben darauf hingewiesen, wie suggestiv der Autor die Erfahrungen des Flächenbombardements an diejenigen der Gaskammern heranrückt. Indem er sich derselben Begrifflichkeit bedient (Holocaust, wörtlich „Brandopfer“ vs. „Der Brand“), stellt er den alliierten Bombenkrieg auf die gleiche Stufe wie die Vernichtungsorgien der Nationalsozialisten. Damit aber hat er dem Gespann Hitler/Himmler nicht nur britische Verbrechenspartner (Churchill/Harris) beigegeben und den Deutschen die Einsamkeit der Schuld genommen. Er hat im gleichen Atemzug auch die NS-Verbrechen, speziell den Völkermord an den Juden, in ihrer Dimension eingeebnet und entdramatisiert. Nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ liegen jedoch Welten zwischen den alliierten Kriegszerstörungen deutscher Städte und der gezielten Vernichtung ganzer Völker aus „rassischen“ Gründen.

Fünftens: Spätestens seit dem „Historikerstreit“ Mitte der achtziger Jahre sind die Gefahren des Analogisierens sattem bekannt. Geendet hat er nicht mit einem Verbot des analytischen Vergleichs, der nach wie vor zu den wichtigsten methodischen Instrumenten der Geschichtsforschung gehört und vor dem Nationalsozialismus keineswegs Halt macht. Warnschilder allerdings stellte er dort auf, wo es um implizite oder explizite Gleichsetzungen geht. In der politischen Debatte verfolgen sie gemeinhin den Zweck, ein Phänomen zu dramatisieren. Das trifft auf Friedrichs Buch ebenso zu wie auf die Äußerung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, der

Ende 2002 in der Vermögenssteuerdebatte davon sprach, hier solle Menschen „eine neue Form von Stern“ an die Brust geheftet werden. Auch der politisch folgenreiche Vergleich des amtierenden amerikanischen Präsidenten mit Hitler, den die damalige Justizministerin Herta Däubler-Gmelin im gleichen Jahr bemühte, verschrieb sich dieser Logik der Dramatisierung. Dass damit zugleich die Politik des Nationalsozialismus verharmlost wird, scheint vielen Politikern und Publizisten immer noch nicht klar geworden zu sein. Auch hier müssen Historiker stets von neuem Aufklärungsarbeit leisten.

Historisierung versus Moralisierung: auf der Suche nach europäischen Erinnerungsorten

Sechstens: Andererseits spricht die Tatsache, dass sich die Analogiebildung nach wie vor großer Beliebtheit erfreut und in der politischen Rhetorik ihren festen Platz behauptet, entschieden gegen die These, wonach der Nationalsozialismus in den vergangenen Jahren historisiert worden sei und für die Berliner Republik keine Rolle mehr spiele. Diese These lässt nicht nur außer Acht, dass das Thema nach wie vor einen hohen Streit- und Aufmerksamkeitswert verbucht. Sie verkennt darüber hinaus, dass Historisierung nicht zwangsläufig Entaktualisierung bedeutet und schon gar nicht identisch ist mit Entproblematisierung. Den Aufstieg und die Erfolgsbedingungen des Nationalsozialismus aus der Zeit heraus zu erklären, ihn dabei mit anderen Regimen zu vergleichen, um seine Spezifik genauer ermessen zu können – all das ist keine Verharmlosung, Entschuldigung oder Relativierung.

Begreift man Historisierung als Gegenstrategie zur Moralisierung, springen ihre Vorzüge rasch ins Auge. Gehen moralisierende Argumentationen in der Regel von der a priori behaupteten Singularität des Nationalsozialismus aus und verleihen ihm einen dämonischen, der rationalen Analyse letztlich nicht zugänglichen Charakter, beharrt der historisierende Zugriff auf der prinzipiellen Erkennbarkeit seines Gegenstandes. Große Fragen – Wie konnte das geschehen? Warum tun Menschen so etwas? – werden kleingearbeitet, das Monströse in Handlungsketten zerlegt und damit nachvollziehbar. Es wird dadurch keineswegs weniger verwerflich und „abgründig“ (Reinhart Koselleck), aber es verliert die Aura des Undurch-

dringlichen – eine Aura, die dem distanzierenden, kritischen Begreifen alles andere als zuträglich ist und den Nationalsozialismus als das ganz Andere, Fremde mumifiziert und abspaltet. Genau genommen läuft gerade die moralisierende Ausgrenzung darauf hinaus, die Gegenwart zu entlasten und in der vorgeblichen Sicherheit des Korrekten, Guten und Richtigen einzulullen.

Siebtens: Insofern tut Historisierung auch der politischen Debatte gut und stattet sie mit selbstkritischen Obertönen aus. Indem sie auf Kontextualisierungen beharrt, könnte sie auch den aktuellen Streit um ein Zentrum gegen Vertreibungen in sachlichere und zukunftsfähigere Bahnen leiten. Dazu gehört zum einen, die Dynamik von Ursache und Wirkung, die Kausalität, zu betonen und Täter- und Opfererinnerungen zu synchronisieren. Zum anderen fordert die historische Perspektive dezidiert dazu auf, die Vertreibungserfahrung zu europäisieren. Gerade die Erkenntnis, dass „ethnische Säuberungen“, wie wir Vertreibung seit den Jugoslawien-Kriegen in den neunziger Jahren nennen, keine exklusive Leidenserfahrung der Deut-

schen nach 1945 gewesen sind, sondern die gesamte europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts durchziehen, ließe sich dafür nutzen, über gemeinsame europäische Erinnerungsorte nachzudenken. Das könnte Breslau/Wrocław sein, aber auch Straßburg und Lemberg und andere Städte, die im Zentrum aufgezwungener Migrationen standen.

Das Projekt gemeinsamer europäischer Erinnerungsorte ist kompliziert und überaus voraussetzungsvoll, wie die scharfen Gegenreaktionen in den betroffenen Ländern zeigen. Vielleicht muss noch mehr Zeit vergehen, bis man solche Gemeinsamkeiten annehmen kann. Der beeindruckendste transnationale Erinnerungsort des Ersten Weltkriegs, das Historial de la Grande Guerre in Péronne, ist erst siebenzig Jahre nach dem Kriegsende entstanden. Dennoch sollte man daran arbeiten – und damit zugleich ein Stück gelebtes Europa realisieren, anstatt sich in der eigenen Nationalgeschichte einzuigeln und die Schlachten von gestern und vorgestern immer wieder neu zu schlagen.

Flucht und Vertreibung

Kollektive Erinnerung im Wandel

Mit Flucht und Vertreibung der Deutschen 1944/45 kehrt ein Thema in die öffentliche Debatte zurück, das jahrzehntlang als anstößig und rückwärtsgewandt, ja revanchistisch verpönt war. Wer sich nicht vor der Übernahme der Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes scheute und die Aussöhnung mit den Nachbarn anstrebte, so hieß es, dürfe über Deutsche als Opfer nicht reden. Allein die Vertriebenenverbände kümmerten sich um die Betroffenen – und ihre allzu einseitige Betrachtungsweise galt vielen als hinreichender Beleg für die Diskreditierung des Themas. Als gebe es nur die Alternative zwischen einem reuigen Deutschen, der die Vertreibung als Strafe für die Verbrechen des Hitler-Regimes akzeptiert, und einem Ewiggestrigen, der das Leiden der Nachkriegszeit vor sich her trägt, um über die Schuld der Kriegszeit nicht zu reden.

Seit Anfang der neunziger Jahre weicht diese Frontstellung auf. Der ehemalige deutsche Osten rückt wieder ins Gesichtsfeld. Die Öffnung des Eisernen Vorhangs löste eine wahre Erinnerungsflut und eine Neugier nach unterdrückten Wahrheiten aus. Verena Dohrn und Martin Pollack etwa schilderten das untergegangene Habsburgerreich in Galizien, Ralph Giordano reiste nach Ostpreußen und beschrieb mit großer Empathie die Trauer der einstigen Bewohner, Christian von Krockow schilderte die Strapazen der Flucht, Freya Klier griff das bis dahin tabuisierte Thema der Verschleppung von Frauen in die Sowjetunion auf, Ulla Lachauer notierte ostpreußische Lebensläufe, Roswitha Schieb machte sich auf die Reise in die Heimat ihrer Eltern nach Schlesien, Andreas Kossert entfaltete das Beziehungsgeflecht von Deutschen und Polen in Masuren, Matthias Kneip fuhr mit Großmutter, Vater und Tante in deren ober-schlesische Heimat, und Helga Hirsch recherchierte über die Lager für deutsche Zivilisten in Polen.¹

1 Verena Dohrn, *Reise nach Galizien. Grenzlandschaften des alten Europa*, Berlin 2000; Martin Pollack, *Galizien. Eine Reise durch die verschwundene Welt Ostgaliziens und der Bukowina*, Frankfurt/M. 2001; Ralph Giordano, *Ostpreußen ade. Reise durch ein melancholisches Land*, Köln 1994; Christian von Krockow, *Die Stunde der Frauen. Bericht aus Pommern 1944–1947*, Stuttgart 1997; Freya Klier, *Verschleppt bis ans Ende der Welt. Schicksale deutscher Frauen*

Günter Grass schließlich war mit seiner Novelle „Im Krebsgang“² ganz sicher kein Tabubrecher mehr. Aber sein Buch bewirkte den Durchbruch. Wenn dieser Linke, der stets vor neuen deutschen Großmachtträumen gewarnt und sich der Wiedervereinigung entgegengestellt hatte, das Ausblenden des Themas als „bodenloses Versäumnis“ empfand und nun Empathie für Vertreibungsoffer zuließ, dann wollten auch Zaudernde nicht mehr bestreiten, dass sich das Bekenntnis zu deutscher Schuld und die Trauer über deutsches Leid nicht widersprechen müssen, sondern zwei Seiten einer Medaille sind.

Und so sind Flucht, Vertreibung und auch der Bombenkrieg präsent wie selten zuvor: durch Jörg Friedrichs „Der Brand“³, im Fernsehen durch die Produktionen Guido Knopps, im Film durch „Schlesiens wilder Westen“ von Ute Badura, in Talkshows, Seminaren und bei Podiumsdiskussionen. Und der Deutsche Bundestag hat die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen beschlossen, über dessen Standort heftig gestritten wird.

Das Jahrhundert der Vertreibungen

Im Rückblick ist das 20. Jahrhundert vielfach als das der Völkermorde und Vertreibungen bezeichnet worden. An seinem Beginn stand der Genozid an den Armeniern durch die Türken (1915), an seinem Ende standen „ethnische Säuberungen“ im zerfallenden Jugoslawien. Dazwischen lagen allein in Europa u. a. die Zwangsdeportationen von Krimtataren, Tschetschenen, Wolgadeutschen und Einwohnern der baltischen Staaten innerhalb der Stalin'schen Sowjetunion, die Umsiedlungen von Polen aus dem okkupierten Westpolen in das

in sowjetischen Arbeitslagern, Berlin 1998; Ulla Lachauer, *Ostpreußische Lebensläufe*, Reinbek 1998; Roswitha Schieb, *Reise durch Schlesien und Galizien. Eine Archäologie des Gefühls*, Berlin 2000; Andreas Kossert, *Masuren. Ostpreußens vergessener Süden*, Berlin 2001; Matthias Kneip, *Grundsteine im Gepäck. Begegnungen mit Polen*, Paderborn 2002; Helga Hirsch, *Die Rache der Opfer*, Berlin 1998.

2 Göttingen 2002.

3 München 2002.

Generalgouvernement, die Vernichtung der Juden durch das NS-Regime, die Vertreibung der Deutschen aus ihren Ostgebieten und der Ungarn aus der Slowakei.

Bisher haben sich Wissenschaftler und Medien nicht auf gemeinsame Bezeichnungen einigen können. Für die Armenier handelt es sich bei der Tötung ihrer Landsleute um gezielten Völkermord, für die Türken um das unbeabsichtigte Nebenprodukt von Deportationen. Deutsche sehen in den Ereignissen 1944/45 Vertreibungen, Polen hingegen eher Zwangsaussiedlungen, Tschechen oft sogar nur einen Bevölkerungs-„Abschub“ (*odsun*). In Polen und Tschechien stoßen sich Wissenschaftler an dem angeblich zu emotionalen Terminus „Vertreibung“; die öffentliche Meinung in Deutschland hingegen reibt sich an dem sterilen Begriff der „ethnischen Säuberung“. Nur in der Unterscheidung von Vertreibung und Völkermord scheint Einigkeit erreicht: Genozid, so Norman M. Naimark, meine die beabsichtigte Tötung eines Teils oder aller Mitglieder einer ethnischen, religiösen oder nationalen Gruppe; die Intention der ethnischen Säuberung bestünde hingegen darin, ein Volk und möglichst auch seine Spuren aus einem bestimmten Gebiet zu entfernen.⁴ Allerdings, räumt Naimark ein, könnten sich bei Zwangsdeportationen die Grenzen zum Genozid leicht verwischen, da Menschen, die sich der Aussiedlung aus ihrer Heimat widersetzen, oft getötet würden.

Angriffe stärkerer auf schwächere Völker, die mit der Ausrottung oder Vertreibung der Schwächeren endeten, hat es immer gegeben. Im 19. und 20. Jahrhundert hat sich dieses Phänomen durch die Entstehung des Nationalismus allerdings entscheidend verändert. Die alten Reiche – Österreich-Ungarn, das Osmanische und das Zarenreich, auch Preußen-Deutschland – hatten ihre Legitimität aus der Loyalität ihrer Untertanen gegenüber den Dynastien bezogen und nicht aus der Zugehörigkeit der Bürger zu einem bestimmten Volk. In Österreich-Ungarn konnte jemand Jude sein, Deutsch sprechen und einen ungarischen Pass besitzen. Mit der Durchsetzung des Nationalstaats aber wurden jene Bürger bevorzugt, die der staatstragenden, der Titulnation angehörten. Und da die mitteleuropäische Landkarte nur wenige ethnisch homogene Territorien kannte, waren Konflikte programmiert.

Als die Pariser Vorortverträge 1919/20 den Selbstbestimmungswünschen der Völker Rechnung trugen,

erfüllten sie zwar die Träume von Polen, Litauern, Esten, Letten, Tschechen, Ungarn, Kroaten, Slowenen und Serben. Aber sie enttäuschten Minderheiten, die nun in ihren Heimatländern zu unerwünschten „Fremden“ wurden und vom Völkerbund geschützt werden mussten. „Versailles hatte sechzig Millionen Menschen eigene Staaten gegeben“, so der britische Historiker Mark Mazower, „dafür aber weitere fünfundzwanzig Millionen zu Minderheiten gemacht.“⁵ Trotz Schutzverträgen wurden ihre Rechte immer wieder massiv beeinträchtigt. So kam es Anfang der zwanziger Jahre zur gewaltsamen Vertreibung von 1,35 Millionen Griechen aus Kleinasien und – im Gegenzug – von 430 000 Türken aus Griechenland. Zu Gewaltausbrüchen kam es auch bei der Grenzziehung des neu gegründeten polnischen Staates 1918/1920. Die Provinzen Posen und Westpreußen sowie große Teile Nieder- und Oberschlesiens waren Polen ohne Abstimmung zugefallen. Ermeland, Masuren, die westpreußischen Gebiete östlich der Weichsel sowie Teile Oberschlesiens blieben bei Deutschland, nachdem sich die Bevölkerung in Volksabstimmungen zu gut 60 Prozent (Oberschlesien) und zu weit über 90 Prozent (Masuren) entsprechend entschieden hatte. An der so entstandenen Grenzlinie konnte auch der dritte polnische Aufstand in Oberschlesien nichts ändern.⁶

Die 1,1 Millionen Deutschen, die im polnischen Staat mit insgesamt 27 Millionen Staatsbürgern blieben, sollten durch eine restriktive Politik verdrängt werden – u. a. mit dem Gesetz über die Staatsbürgerschaft, mit der Durchsetzung der Agrarreform, der Besetzung von Beamtenstellen und der Einschränkung des muttersprachlichen Unterrichts. Tatsächlich sind zwischen 1918 und 1931 mehrere Hunderttausend Deutsche aus Polen ausgewandert. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts kannte der Nationalitätenkampf zwischen Deutschen und Polen allerdings nur Zwangsassimilierung und Verdrängung. Erst Hitler griff zu massenhaften Zwangsumsiedlungen und zu biologischer Vernichtung, denn ihm ging es um weit mehr als ethnische Entflechtung – er wollte „Lebensraum“ für das deutsche Volk. Seine rassistische Politik ging von einer Hierarchie aus, die einigen „Rassen“ die Hegemonie zuerkannte und anderen das Lebensrecht absprach. Daraus leitete er das Recht des „Mutterlandes“ ab, zum „Schutz der Volksgruppe“ unmittelbar im Gastland zu

4 Vgl. Norman M. Naimark, *Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth Century Europe*, London 2002, S. 3.

5 Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000, S. 70.

6 Vgl. Joachim Rogall (Hrsg.), *Land der großen Ströme. Von Polen nach Litauen*, Berlin 1996, S. 373.

intervenieren: Er holte das Sudetenland „heim ins Reich“ und siedelte die Tschechen ebenso aus den eingegliederten Gebieten aus wie die Polen gleich nach der Besetzung aus dem Warthegau. Während sich fortan die Polen im „Generalgouvernement“ drängten, wurden auf den von ihnen geräumten Höfen und Wohnungen über eine Million (Volks-)Deutsche aus den baltischen Staaten, aus Wolhynien, Bessarabien, der Bukowina, der Dobrudscha, aus Bulgarien, Bosnien und Ungarn angesiedelt.

Es entsprach dem Geist der Zeit, wenn die in London ansässigen Exilregierungen von Polen und Tschechen für die Zeit nach dem Sieg über Hitler-Deutschland die Aussiedlung von Deutschen aus ihren Ländern forderten. Damit verfolgten sie eine ethnische Homogenisierung, die ihnen bei der Staatsgründung 1918 nicht gelungen war: In Polen bildeten die ukrainischen, jüdischen, deutschen und weißrussischen Minderheiten bis 1939 etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung; in der Tschechoslowakei stellten die Deutschen etwa 23 Prozent. Weder Churchill noch Roosevelt waren einem „Bevölkerungstransfer“ grundsätzlich abgeneigt. Der Vertrag von Lausanne bildete für sie sogar eine „idée fixe“.⁷ Entsprechend sagte Churchill in seiner Unterhausrede am 15. Dezember 1944: „Die Vertreibung ist – soweit wir es zu überschauen vermögen – das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen wie im Fall von Elsaß-Lothringen. Es wird gründlich aufgeräumt.“⁸ Präsident Franklin D. Roosevelt hatte sich bereits im Frühjahr 1943 gegenüber dem britischen Außenminister Anthony Eden geäußert: „Wir wollen Vorkehrungen treffen, um die Preußen aus Ostpreußen auf die gleiche Weise zu entfernen, wie die Griechen nach dem letzten Krieg aus der Türkei entfernt wurden.“⁹

Spätestens seit der Konferenz von Teheran (November 1943) war Churchill und Roosevelt klar, dass Stalin die polnischen Ostgebiete bis hin zur Curzon-Linie – die 1920 vom britischen Außenminister George Curzon vorgeschlagene sowjetisch-polnische Grenze – beanspruchte, Polen insofern für die „wahrscheinlichen Verluste im Osten“ entschädigt werden müsste. Seitdem war die Westverschiebung Polens im Prinzip eine

7 Klaus-Dietmar Henke, Der Weg nach Potsdam. Die Alliierten und die Vertreibung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Frankfurt/M. 1995, S. 58 ff.

8 Zit. bei N. Naimark (Anm. 4), S. 110.

9 Zit. bei K.-D. Henke (Anm. 7), S. 66.

beschlossene Sache, der Grenzverlauf wurde in Potsdam im August 1945 endgültig an Oder und westlicher Neiße festgelegt. USA und Großbritannien erklärten sich einverstanden, die „früher deutschen Gebiete“ östlich davon unter polnische und das nördliche Ostpreußen unter sowjetische Verwaltung zu stellen – die endgültige Regelung der Grenzfrage sollte einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben. Soweit die Deutschen nicht schon vor der Front geflohen waren, war ihr „Transfer“ auf „ordnungsgemäße und humane Weise“ vorgesehen.

Hegten die Amerikaner zunächst Skrupel, so widersetzten sie sich doch niemals ernsthaft dem Kurs der Briten, der auf westlicher Seite treibenden Kraft der Ausweisung. Die Briten duldeten die Ausweisungspläne des tschechischen Exilstaatspräsidenten Edvard Beneš nicht nur, sie ermunterten ihn sogar zu einer möglichst weitgehenden Lösung. In der Tschechoslowakei wie in Polen machten sich im Laufe des Jahres 1944 auch die Kommunisten die Forderungen nach Vertreibung der Deutschen zu Eigen. Die prokommunistische Regierung in Lublin erklärte im Februar 1945, also noch vor der völkerrechtlichen Klärung in Potsdam, sie habe „in Ausführung des Programms, die polnische Westgrenze an die Oder und Neiße vorzuschieben, mit der Eingliederung der deutschen Vorkriegsterritorien in Polen begonnen“, und der Erste Sekretär der Polnischen Kommunistischen Partei Władysław Gomułka sprach von der Notwendigkeit der „Entdeutschung“ seines Landes. Als historische Rechtfertigung ihres Anspruchs auf die „wiedergewonnenen Gebiete“ diente ihnen die Herrschaft des Piastengeschlechts aus dem 10. bis 14. Jahrhundert, die sich zeitweise bis zur Oder erstreckt hatte.

Gegenüber Deutschland zogen die Sowjetunion und ihre späteren Satellitenstaaten Polen und Tschechoslowakei an einem Strang. Moskau musste die Polen und Tschechen zu nichts drängen, es brauchte sie nur gewähren zu lassen. „Wo die russischen Truppen standen“, konstatiert Klaus-Dietmar Henke, „begannen die Vertreibungen deshalb als eine von den betroffenen Staaten beinahe wie eine innere Angelegenheit gehandhabte pauschale Abrechnung mit den Deutschen.“¹⁰ Alle einst von Hitler besetzten mittel- und osteuropäischen Staaten sahen in der Vertreibung der Deutschen eine Vergeltung für das NS-Regime. Die Nationalsozialisten hatten Rassismus und Nationalismus gesät; jetzt spürte Deutschland die Rache der Opfer. Gleichzeitig aber, bemerkte schon Mar-

10 Ebd., S. 77 f.

tin Broszat, gingen die Vertreibung und die Errichtung einer polnischen Administration in den ehemaligen deutschen Ostgebieten weit über die Liquidierung des „Dritten Reiches“ hinaus.¹¹ „Nationalismus“, schreibt Naimark, „erschien als das dominierende Motiv der neuen Etappe der Staatenbildung am Ende des Zweiten Weltkriegs.“¹²

Ihre Opfer wurden nicht allein die Deutschen. Polen vereinbarte einen Bevölkerungsaustausch mit der Ukraine – aus Südostpolen zogen Ukrainer in die Sowjet-Ukraine, während Polen aus den „Kresy“, den ehemals polnischen Ostgebieten, in die „wiedergewonnenen Westgebiete“ umgesiedelt wurden. Nachdem bis Ende 1946 aufgrund der Pogrome von Kielce, Krakau und anderen Orten noch 220 000 Juden das Land verlassen hatten, war der Anteil der Minderheiten in Polen von 32 Prozent vor dem Krieg auf drei Prozent geschrumpft. In der Tschechoslowakei sank er nach der Aussiedlung der Ungarn aus der Slowakei von 33 auf 15 Prozent, in Rumänien von 28 auf 12 Prozent.¹³

Der Verlust der Heimat

Stalingrad bedeutete die Wende: Der Aggressor wurde zum Getriebenen, und die Kriegsschauplätze, bisher vor allem auf den Territorien fremder Staaten, verlagerten sich ins Reichsgebiet. Im Juli 1944 wurden die Bewohner des Memellandes hinter die Memel evakuiert, im Oktober zogen die ersten sowjetischen Truppen in Ostpreußen ein. Entgegen dem ausdrücklichen Verbot von Gauleiter Erich Koch begaben sich die meisten Zivilisten auf eigene Faust auf die Flucht – vor allem nach den Schreckensmeldungen über die Vergewaltigungen und Ermordungen der Frauen von Nemmersdorf, das am 21. Oktober 1944 eingenommen worden war.

Die Fluchtwelle aus Ostpreußen bildete erst den Anfang. Noch weit mehr Menschen setzten sich in Bewegung, als die Rote Armee Mitte Januar 1945 ihre Großoffensive begann und über die Weichsel nach Westen stieß: Vier bis fünf Millionen flüchteten aus Danzig, Masuren, Ober- und Niederschlesien, Ostpommern und Ostbrandenburg. Hunderttausende starben an Entkräftung oder Kälte, ertranken in den Fluten der Ostsee, verbluteten nach sowjetischen und amerikanischen Bomben-

angriffen oder wurden von der Front überrollt und von Rotarmisten vergewaltigt.¹⁴

Auch in den deutschen Siedlungsgebieten im südlichen Mitteleuropa kam es von Herbst 1944 an zu massiven Evakuierungen und Fluchtbewegungen. So wurden bis März 1945 100 000 von insgesamt 140 000 Deutschen aus der Slowakei und fast alle 95 000 Deutschen aus Kroatien ins „Protektorat Böhmen und Mähren“, ins Sudetenland oder nach Österreich umgesiedelt.¹⁵ Ebenfalls im Herbst 1944 flüchtete ein großer Teil der Deutschen aus Jugoslawien, ein anderer Teil wurde evakuiert. Von insgesamt 540 000 Menschen deutscher Muttersprache in Jugoslawien befanden sich Ende 1944 rund 340 000 bereits außerhalb ihrer Heimat.¹⁶ Von den verbliebenen Volksdeutschen wurden nach der Machtübernahme durch die jugoslawische Volksbefreiungsarmee im „Blutigen Herbst“ 1944 viele Opfer von Racheaktionen durch Partisanen. Etwa 67 000 Zivilisten sollen in den Arbeits- und Vernichtungslagern umgekommen sein.¹⁷ Aus Rumänien wurden Ende August und Anfang Oktober 1944 etwa 100 000 Volksdeutsche evakuiert. Der größere Teil der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben blieb zurück. Anfang 1945 wurden rund 75 000 zum Arbeitseinsatz in die Sowjetunion deportiert; viele kehrten nicht mehr nach Rumänien zurück, sondern ließen sich nach Deutschland ausweisen.¹⁸

Im Frühjahr 1945 kam kaum jemand unter den Flüchtenden auf die Idee, der Verlust der Heimat könnte endgültig sein. Vor allem die Reichsdeutschen aus Schlesien, Westpreußen und Pommern warteten nur das Ende der Kampfhandlungen ab. Allein nach Breslau kehrten mehrere Zehntausende zurück, insgesamt waren es über eine Million. Doch im Juni 1945 wurden die zurückströmenden Menschen schon westlich der Oder von Polen abgefangen. Damals begann die erste Phase der Vertreibung aus Polen. Diese „wildern“ Aussiedlungen noch vor der Potsdamer Konferenz

14 Für Deutschland in den Grenzen von 1937 wird von mindestens zwei Millionen Vergewaltigungsoptionen ausgegangen. Vgl. Franz W. Seidler/Alfred M. de Zayas, Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert, Hamburg-Berlin-Bonn 2002, S. 122.

15 Vgl. Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg (Hrsg.), Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem, Stuttgart 2002, S. 17.

16 Vgl. Donauschwäbische Kulturstiftung (Hrsg.), Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944–1948, München 2000, S. 66.

17 Vgl. ebd., S. 312.

18 Vgl. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien, in: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. III, München 1984, S. 64 E ff.

11 Vgl. Martin Broszat, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, München 1963, S. 307 ff.

12 N. Naimark (Anm. 4), S. 137.

13 Vgl. M. Mazower (Anm. 5), S. 317.

setzten am 20. Juni 1945 ein und dauerten ungefähr einen Monat. In diesem Zeitraum sind bis zu 400 000 Deutsche aus dem Grenzgebiet östlich von Oder und Neiße und aus Oberschlesien ausgesiedelt worden. Teilweise in Razzien von einer unvorbereiteten Armee zusammengetrieben, mussten die Menschen den Weg bis zu Oder und Neiße zu Fuß zurücklegen, und selbst für Kranke gab es keinerlei Transportmittel. Aufgrund des Einspruchs der Roten Armee, aber auch von polnischen Behörden, welche die Deutschen als Arbeitskräfte benötigten, wurden die Aussiedlungen Mitte Juli eingestellt.

Danach befanden sich noch etwa 4,5 Millionen Deutsche in Polen. Gemäß einer Anweisung des Ministeriums für öffentliche Verwaltung vom Juni 1945, der zufolge den Deutschen „das Leben derart erschwert werden“ solle, dass auch die „hartnäckigsten Feinde des Polentums den Mut verlieren“, in Polen zu bleiben, wurden „freiwillige Ausreisen“ gefördert: durch Enteignungen, unzureichende Versorgung, Ausschluss von ärztlicher Versorgung, Ausschluss der Kinder von der Schulpflicht, durch massenhafte Beseitigung der „Spuren des Deutschtums“ und durch Duldung von Diebstählen und Vergewaltigungen. Bis Ende 1945 verließen bis zu 550 000 Deutsche „freiwillig“ Polen. Noch in den Zügen wurden sie ausgeraubt.

Von Februar bis Dezember 1946 erfolgten organisierte Aussiedlungen in Absprache mit den Alliierten. Etwa 1,5 Millionen Menschen kamen in die britische und – bis November 1947 – 1,84 Millionen in die sowjetische Zone. Insgesamt verließen in dieser Zeit fast 3,5 Millionen Deutsche die alten Ostgebiete.¹⁹ Noch bis 1950 kamen vereinzelt Transporte mit Frauen, Kindern und Alten aus Ostpreußen, wo vor allem junge Frauen für die Sowjets hatten Zwangsarbeit leisten müssen, oder aus polnischen Internierungslagern wie Jaworzno und Potulice, in denen Angehörige der deutschen Minderheit zur Zwangsarbeit herangezogen worden waren. Die Deutschen, die nach 1950 in Polen blieben, wurden „polonisiert“: Sie mussten polnische Namen annehmen und sich als Polen erklären.

In der Tschechoslowakei kam es vor allem in Prag, aber auch im Sudetenland gleich in den ersten Nachkriegstagen zu massenhaften Racheakten von Militär, „revolutionären Garden“ und Zivilisten. Staatspräsident Beneš führte am 12. Mai 1945 in Brünn aus: „Wir werden Ordnung machen unter uns, insbesondere auch hier in der Stadt Brünn mit

19 Vgl. Włodzimierz Borodziej/ Hans Lemberg (Hrsg), Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950, Marburg 2000, S. 103.

den Deutschen und allen anderen. Mein Programm ist – ich verhehle es nicht –, dass wir die deutsche Frage in der Republik liquidieren müssen. Bei dieser Arbeit werden wir alle eure Kräfte brauchen.“²⁰ Die Sudetendeutschen galten nicht zuletzt aufgrund der Popularität der Henlein-Partei vor dem Krieg pauschal als Verräter am tschechoslowakischen Staat und als NS-Anhänger. Entsprechend pauschal waren die Strafaktionen. Am bekanntesten wurde das Pogrom von Aussig am 31. Juli 1945, als die tschechische Bevölkerung nach einer Explosion in einem Munitionswerk eine Hetzjagd auf Deutsche veranstaltete und wahllos Frauen und Kinder umbrachte. Etwa 2 700 Personen sollen damals umgekommen sein. Auf dem Todesmarsch von Brünn (30. Mai 1945) führten Frustration und Wut von Tschechen zu 1 700 Morden unter den insgesamt 30 000 deutschen Einwohnern der Stadt. Die sog. Beneš-Dekrete sahen wie die entsprechenden Erlasse der polnischen Regierung neben der Enteignung auch Zwangsarbeit für Deutsche vor. Die Rolle als Freiwild war so beängstigend und demütigend, dass selbst tschechische Quellen allein für das Jahr 1946 5 558 Selbstmorde von Deutschen verzeichneten – manchmal gemeinsam von ganzen Familien in bester Sonntagskleidung verübt.²¹ Nur etwa 200 000 von einst über drei Millionen Sudetendeutsche blieben in der Tschechoslowakei.

Die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn begann im Januar 1946 in Ortschaften entlang der Grenze zu Österreich, in denen die donauschwäbische Bevölkerung zusammengedrängt worden war. Ursprünglich war auch hier nach dem Prinzip der Kollektivschuld die Aussiedlung der gesamten, etwa 500 000 Personen zählenden Minderheit geplant; schließlich waren etwa 117 000 von ihnen betroffen. Nach einer Unterbrechung im Juni wurden die Transporte in die amerikanische Zone im November 1946 wieder aufgenommen, im Dezember aber vollständig eingestellt.²²

Insgesamt sind etwa 14 Millionen Deutsche aus dem Osten vertrieben worden; etwa zwei Millionen von ihnen kamen während Flucht und Vertreibung um. Die SBZ nahm 37,2 Prozent auf (4,5 Millionen), die britische Zone 32,8, die amerikanische 28,2 und die französische 1,4 Prozent – insgesamt

20 Dt. Übersetzung in: Der „Brünner Todesmarsch“ 1945. Die Vertreibung und Misshandlung der Deutschen aus Brünn, Schwäbisch Gmünd 1998, S. 35.

21 Vgl. Jaroslav Kucera, Odsunove ztraty sudetonemckeho obyvatelstva, Prag 1992, zit. nach N. M. Naimark (Anm. 4), S. 118.

22 Vgl. Agnes Tóth, Migrationen in Ungarn 1945–1948, München 2001, S. 175.

7,9 Millionen Menschen. 1950 stellten die Vertriebenen in der Bundesrepublik 16,5 Prozent der Gesamtbevölkerung, bis 1961 stieg ihr Anteil aufgrund der Massenflucht aus der DDR sogar auf 21,5 Prozent. Jeder fünfte Bundesbürger war ein Flüchtling oder Vertriebener. Ihre rasche soziale und wirtschaftliche Integration gilt daher manchen noch heute als das eigentliche Nachkriegswunder. Wenn überhaupt, dann fielen Vertriebenenkinder im Wirtschaftswunderland positiv auf. So hielt der Soziologe Helmut Schelsky lobend fest: „(Die Flüchtlingsjugend) ist in ihrer hohen sozialen Mobilität, ihrem Anpassungs- und Durchsetzungswillen, ihrem sozialen und beruflichen Aufstiegsstreben und Leistungswillen von der einheimischen Jugend (...) höchstens durch die Schroftheit und das Tempo unterschieden, mit der sie in diese Verhaltensnotwendigkeiten hineingezwungen wurden.“²³ Die Flüchtlingsfrage schien gelöst.

Doch heute sind wir uns dessen nicht mehr so sicher.

Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen

Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen wurde zur alleinigen Aufgabe der Deutschen erklärt, aber die Alliierten übten beträchtlichen Druck aus. Die Vertriebenen sollten sich auf keinen Fall um Forderungen nach Rückkehr in die alte Heimat scharen, sondern sich möglichst schnell assimilieren. „Die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen soll ihr organisches Aufgehen in der einheimischen Bevölkerung gewährleisten“, hieß es etwa im Gesetz Nr. 303 in Baden-Württemberg vom Februar 1947.²⁴ So wurden die „Neuen“ weit verstreut in ländlichen Gebieten angesiedelt, vor allem in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Erst später wurden die Belastungen für die einzelnen Bundesländer gerechter verteilt. Bis in den Sommer 1948 hinein galt in den Westzonen ein generelles Koalitionsverbot für Vertriebene.²⁵

In den ersten Wochen und Monaten stießen die Flüchtlinge und Vertriebenen bei den Einheimischen auf Mitgefühl: Die einen wie die anderen waren davon überzeugt, die Einquartierungen

seien vorübergehend. Als sich dann abzeichnete, dass die Ostdeutschen bleiben würden, gab es vielerorts Ärger, denn die Wohnungsbewirtschaftung führte dazu, dass Alteingesessene Zimmer an Vertriebene abtreten mussten; in den westlichen Zonen lebten nun pro Quadratkilometer weit über 200 Menschen statt wie vor dem Krieg 160. Ferner bewirkte die plötzliche Konkurrenz, dass neben dem ansässigen Apotheker ein zweiter Laden in der Kleinstadt öffnete, dass schlesische Klempnermeister oder sudetendeutsche Gerber billigere Angebote unterbreiteten und sich auf dem Arbeitsmarkt Menschen bewarben, die größere Kompromisse einzugehen bereit waren als die Einheimischen. So wechselten zwei Drittel der vor dem Krieg selbständigen Vertriebenen nach 1945 den Erwerbszweig, unter den Landwirten waren es sogar 87 Prozent.²⁶

Die teilweise katastrophale Unterbringung in leeren Fabrikhallen, Hotels oder in Baracken ehemaliger Zwangsarbeitslager suchte man seit 1950 durch Wohnungsprogramme abzuschaffen. Zehn Jahre nach Kriegsende existierten in der Bundesrepublik aber noch immer 3 000 kriegsbedingte Lager, obwohl vielerorts neue Siedlungen entstanden waren und viele Vertriebene dank günstiger Darlehen eigene Häuser zu bauen begannen. Die Zahlungen durch den Lastenausgleich entschädigten die Betroffenen zwar nur für einen Bruchteil ihres verlorenen Vermögens, gaben ihnen aber das Gefühl einer gewissen Genugtuung. Um die Wachstumspolitik nicht zu gefährden, erfolgten die Hauptentschädigungen allerdings nicht vor 1959. In langwierigen Prozeduren, bei denen die Angaben von speziellen Kommissionen verifiziert wurden, sind bis 1979 etwa 22 Prozent der Vermögensverluste ausgeglichen worden.²⁷

Die Vertriebenen in der DDR erhielten nach der Wiedervereinigung eine einmalige Pauschalsumme von 4 000 DM. In der SBZ hatte es aufgrund des Befehls Nr. 304 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) von 1946 nur eine einmalige Unterstützung für Arbeitsunfähige und Bedürftige gegeben: 300 RM für Erwachsene, 100 RM für deren Kinder. Bis 1949 waren 400 Millionen Mark für diese Vertriebenen Soforthilfe ausgeschüttet worden – fast jeder zweite Vertriebene hatte davon profitiert. Ebenfalls aufgrund eines Befehls der SMAD wurden die Vertriebenen seit 1945 offiziell als „Umsiedler“ bezeichnet; die SED sprach auch von „Neubürgern“. So spiegelte die Wort-

23 Helmut Schelsky, *Die skeptische Generation*, Düsseldorf 1963, S. 331.

24 Zit. nach: *Haus der Heimat* (Anm. 15), S. 26.

25 Vgl. Reinhold Schillinger, *Der Lastenausgleich*, in: W. Benz (Anm. 7), S. 232.

26 Vgl. *Die Flucht der Deutschen*, Spiegel-Spezial, 2/2002, S. 125.

27 Vgl. R. Schillinger (Anm. 25), S. 240.

wahl wider, dass Kritik an Vertreibung und die Erinnerung an Unrecht in der SBZ/DDR nicht erwünscht waren.

Dabei ist der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete den deutschen Kommunisten nicht leicht gefallen.²⁸ Der SED-Vorsitzende Wilhelm Pieck, ein gebürtiger Gubener, warb bei den Gemeindevahlen im Herbst 1946 mit einer Revision der Oder-Neiße-Grenze: „Wir werden alles tun, damit bei den Alliierten die Grenzfrage nachgeprüft und eine ernste Korrektur an der jetzt bestehenden Verwaltung der Ostgrenze vorgenommen wird.“²⁹ Erst nach einem Besuch der SED-Führung Ende Januar 1947 in Moskau begann sich diese Politik zu verändern – zumindest innerhalb der Parteispitze, denn der später als Konterrevolutionär inhaftierte Wolfgang Harich, ein gebürtiger Ostpreuße, gab noch im Juni 1948 im Nordwestdeutschen Rundfunk seiner Hoffnung auf eine Grenzrevision bei einer Friedenskonferenz Ausdruck. Kurz darauf wurde das Thema zum Tabu. Am 6. Juni 1950 unterzeichneten Ost-Berlin und Warschau die Deklaration über die „Grenzmarkierung an Oder und Neiße“. Wer die Grenze fortan in Frage stellte, hatte mit Parteistrafen und juristischer Verfolgung zu rechnen. Landsmannschaftliche Organisationen waren verboten. Eine Organisation für Vertriebene sei, so hieß es, in der DDR überflüssig, da es sich bei den Konflikten zwischen Eingesessenen und „Umsiedlern“ um soziale Probleme handele, die angesichts einer raschen „Verschmelzung“ der beiden Bevölkerungsgruppen nur vorübergehenden Charakter trügen.³⁰

Vielen Vertriebenen in der DDR hat die Tabuisierung ihrer Vergangenheit die Trauerarbeit erschwert. Nicht einmal ihre kulturelle Identität konnten sie in die Aufnahmegesellschaft einbringen. Als 1989 die Mauer fiel, strömten Zehntausende Schlesier, Pommern und Ostpreußen in die Versammlungen der Vertriebenenverbände: Es bestand starker Nachholbedarf, über die verlorene Heimat zu reden und das Unrecht zu benennen. Viele hatten bereits lange vorher die Konsequenzen gezogen: Von den gut vier Millionen Vertrie-

28 Vgl. Andreas Malycha, „Wir haben erkannt, dass die Oder-Neiße-Grenze die Friedensgrenze ist“. Die SED und die neue Ostgrenze 1945 bis 1951, in: Deutschland Archiv, 33 (2000) 2, S. 193–207.

29 Zit. nach: Die Flucht der Deutschen (Anm. 26), S. 120.

30 Vgl. Michael Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik. Ein Versuch über geteilte deutsche Nachkriegsidentitäten, in: Deutschland Archiv, 30 (1997) 2, S. 177–195; ders., Tabu und Erinnerung. Zur Vertriebenen-Problematik in Politik und literarischer Öffentlichkeit der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (2003) 1, S. 89.

benen in der DDR hatten sich bis zum Mauerbau 1961 über eine Million in den Westen abgesetzt.

In den Westzonen wurde das Koalitionsverbot für Flüchtlinge und Vertriebene Ende der vierziger Jahre aufgeweicht. Zunächst hatten die Alliierten befürchtet, unter den Westpreußen, Pommern oder Sudetendeutschen könnten schnell Nationalismus und Revanchismus erstarken. Im Februar 1946 war der Versuch von Linius Kather, vor 1933 einziger Vertreter der Zentrumspartei im Stadtparlament von Königsberg, eine „Notgemeinschaft einzelner Landsmannschaften“ zu gründen, von der Militärregierung untersagt worden. Und im Mai 1946 wurde sein Antrag auf Genehmigung einer „Arbeitsgemeinschaft deutscher Flüchtlinge“ abgelehnt. Doch bei der evangelischen Kirche entstanden „Hilfskomitees“ für Menschen aus den Vertreibungsgebieten, geleitet von Eugen Gerstenmaier; die katholische Kirche ernannte den früheren Ermländer Bischof Maximilian Kaller zum „Flüchtlingsbischof“.

Der einsetzende Kalte Krieg erleichterte jedoch dann die Zulassung von Vertriebenenorganisationen. So durfte sich die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Flüchtlinge“ unter dem neuen Namen „Aufbaugemeinschaft der Kriegsgeschädigten“ im März 1948 als Verein eintragen, und im April 1949 schlossen sich die Landesverbände der Heimatvertriebenen zum „Zentralverband vertriebener Deutscher“ (ZvD) zusammen. Gemeinsam mit den Landsmannschaften der Sudetendeutschen und der Schlesier bildete er im November 1951 den Bund der Vertriebenen (BdV).³¹

Die „Charta der Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950 ist ein gutes Beispiel für die Mischung aus Radikalität und Mäßigung, mit der die Vertriebenenorganisationen fortan Politik machten. Einerseits verzichtete die Charta „auf Rache und Vergeltung“ und forderte die „Schaffung eines geeinten Europas, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“; andererseits bestand sie auf dem „Recht auf Heimat“ als grundlegendem Menschenrecht – als Recht auf Rückkehr verstanden. Bis in die achtziger Jahre hinein, als die schlesische Landsmannschaft ihren „Deutschlandtag“ unter die Losung „Schlesien bleibt unser!“ stellte, verstanden es die Vertriebenenverbände immer wieder, die Öffentlichkeit, vor allem aber die Nachbarn im Osten, mit radikalen, revanchismusverdächtigen Parolen aufzuschrecken. Dabei war es von den siebziger Jahren an still um sie

31 Vgl. Hermann Weiß, Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, in: W. Benz (Anm. 7), S. 248.

geworden, seit mit der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition Aussöhnung gefragt war und nicht mehr Konfrontation. Unter den Vertriebenen gehörte schon 1965 nur knapp ein Prozent einer Landsmannschaft an.³² Die starken Worte, so schien es Beobachtern, sollten von der schwachen Position ablenken: „Symbolische Handlungen, propagandistische Leerformeln und unrealistische Forderungen wurden zum Ersatz einer nicht realisierbaren Politik.“³³

Wesentlich kurzlebiger als der BdV erwies sich der im Januar 1950 in Schleswig-Holstein vom ehemaligen SS-Sturmbannführer Waldemar Kraft gegründete „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE). Bei der ersten Landtagswahl, an der er teilnahm (Schleswig-Holstein im Juli 1950), erreichte er überraschend 23,4 Prozent. Doch schon bei der Bundestagswahl 1953 erhielt er trotz eines Wählerpotentials von zehn Millionen Bundesbürgern mit Vertriebenen- oder Flüchtlingsstatus nur 5,9 Prozent (1,6 Millionen Stimmen), bei der Wahl 1957 schrumpfte sein Anteil auf 4,6 Prozent. Damit war der BHE, von Adenauer zuvor noch als Koalitionspartner geschätzt, nicht mehr im Parlament vertreten. Als Kommunikationsmittel zwischen den Vertriebenen dienten die Zeitungen der Landsmannschaften. Das „Ostpreußenblatt“ erreichte 1959 eine Auflage von 128 000, „Die Pommersche Zeitung“ 53 000 (1960), „Die Sudetendeutsche Zeitung“ 25 000 (1960) und „Unser Oberschlesien“ 22 900 (1962). Als Lesemotive standen an erster Stelle: Heimerinnerungen, landsmannschaftlich-familiäre Nachrichten, Unterhaltung, Lastenausgleich und Soziales.³⁴ Parteipolitisch hatten sich die meisten Vertriebenen der SPD oder den Unionsparteien zugewandt.

Gelungene oder erzwungene Integration?

Mitte der achtziger Jahre mehrten sich Stimmen in der sozialhistorischen Migrationsforschung, die den Integrationsprozess der Vertriebenen nicht mehr uneingeschränkt positiv beurteilten.³⁵ Zu schnell hatten die bedrückenden Erfahrungen ins

32 Vgl. Dietrich Strothmann, „Schlesien bleibt unser“: Vertriebenenpolitik im Rad der Geschichte, in: W. Benz (Anm. 7), S. 267.

33 Joseph Foschepoth, Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen, in: W. Benz (Anm. 7), S. 105.

34 Vgl. H. Weiß (Anm. 31), S. 260.

35 Vgl. u. a. P. Lüttinger, Der Mythos der schnellen Integration, in: Zeitschrift für Soziologie, 15 (1986), S. 20–36.

Private oder in die abgeschlossenen Kreise von Vertriebenenverbänden gedrängt werden müssen; zu schmerzhaft war die Zurückweisung durch eine Öffentlichkeit, die nicht mit Leidensgeschichten jener bedrängt werden wollte, die persönlich am härtesten für die NS-Verbrechen zu bezahlen hatten. Die traumatischen Erlebnisse vieler Flüchtlinge und Vertriebenen sind bis heute nicht verarbeitet.³⁶ Das Schweigen drückte weniger eine gelungene als eine erzwungene Integration aus: Man schwieg, um nicht als „Fremder“ in Distanz zu den Einheimischen zu geraten; man schwieg auch, weil man nicht mehr an die Vergangenheit denken wollte, tauchten da doch Schuldgefühle auf, weil man die Heimat und die Gräber der Eltern „im Stich gelassen“ hatte. Auch Schamgefühle spielten eine Rolle, weil man in den Anfangsjahren in der neuen Heimat so abhängig und hilfsbedürftig war. Dem Stolz von Politikern – „Wir haben sie integriert!“ – entsprach der Stolz der Betroffenen: „Wir haben es geschafft!“

In den ersten Jahren war das Anderssein der Flüchtlingskinder nicht zu übersehen gewesen. Die „Langeoog-Studie“ – so benannt, weil sie von 1946 bis 1950 insgesamt 12 500 Kinder (die Hälfte von ihnen aus vertriebenen Familien) untersuchte, die zu Erholungskuren auf die Insel geschickt wurden – stellte für 1946 fest: Das Untergewicht von Vertriebenenkindern betrug bis zu 20 Prozent, das Längenwachstum blieb deutlich hinter der Norm zurück, Eiweißmangel führte zu Haltungsschäden, falsche Ernährung zu schlechten Zähnen, Rachitis und erhöhter Anfälligkeit für infektiöse Krankheiten wie Tuberkulose. Nicht alle verfügten über Seife, ihre Haut war oft schmutzig, verkrustet, welk, die Kinder wirkten alt. Sie zeigten einen Mangel an Selbstvertrauen, waren misstrauisch, ernst, schweigsam und litten an mangelnder Konzentrationsfähigkeit, an Schlafstörungen, Alpträumen, Bettnässen, Sprachstörungen, Schwindel und Kopfschmerzen – all jene Symptome, die man heute als Posttraumatisches Belastungssyndrom bzw. *post-traumatic stress disorder* (PTSD) bezeichnet.³⁷

Die „Langeoog-Studie“ zeigte, dass die Kinder ab 1949 weniger von den Eindrücken der Vergangenheit erzählten, bei einigen trat sogar Erinnerungsverweigerung auf. Stattdessen drehten sich ihre

36 Vgl. u. a. H.-W. Rautenberg, Die Wahrnehmung von Flucht und Vertreibung in der deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 53/1997, S. 34–46.

37 Vgl. E. Lippelt/ C. Keppel, Deutsche Kinder in den Jahren 1947 bis 1950, in: Schweizerische Zeitschrift für Psychologie und ihre Anwendungen, (1950) 9, S. 212–322.

Erzählungen um die Gegenwart, vor allem um aktuelle Mangelsituationen.³⁸ Die Kinder waren nun vor allem mit Assimilierungsprozessen beschäftigt, um einer Ausgrenzung zu entgehen: Sie lernten den bayerischen Dialekt, um für ihren schlesischen nicht mehr als „Saupreiß“ beschimpft zu werden; sie legten die Tracht der Ungarndeutschen ab, um in Hessen nicht mehr als „Zigeuner“ verachtet zu werden; sie hörten auf, die alte Heimat zu erwähnen, und konzentrierten sich aufs Lernen und Arbeiten. Das Land befand sich im Rausch des Wirtschaftswunders. „In ihm wurden Produktivität, Modernität, Jugend, wirtschaftliche Integration und innenpolitische Stabilität zur Obsession“, schreibt der amerikanische Historiker Tony Judt.³⁹

Die Kinder, denen die Funktion des Bindeglieds zwischen Flüchtlingen und Einheimischen zugewiesen wurde, gerieten in einen inneren Spagat. Die Schule und die neue Heimat setzten sie unter starken Anpassungsdruck, und auch die Eltern wollten mit ihren Kindern beweisen, dass „wir aus dem Osten so gut sind wie die Einheimischen“. Aber die Eltern empfanden die Aufgabe des alten Dialekts oder die Übernahme neuer Sitten auch als Verrat. So pendelten die Kinder zwischen zwei Welten, zwei sich ausschließenden Anforderungen, denen sie nicht gleichzeitig genügen konnten. Innerlich fühlten sie sich oft zerrieben, erfüllten sie äußerlich auch alle Erwartungen.

Eine psychologische Studie kam 1964 zu dem Ergebnis, dass der körperliche Entwicklungsstand der Flüchtlingskinder durch die Versorgungsgänge während und nach der Flucht „vermutlich nicht dauerhaft“ beeinträchtigt worden sei. Krankhafte Befunde seien seltener als bei einheimischen Altersgenossen, schulische Leistungen sogar besser, und mögliche frühkindliche traumatische Erlebnisse hätten zu keiner Beeinträchtigung geführt.⁴⁰ Diese Diagnose entsprach der damals gängigen psychologischen Lehrmeinung, dass Menschen in Extremsituationen sehr stark belastbar seien und der Organismus praktisch unbegrenzte Ausgleichsmöglichkeiten besitze. Kinder verfügten danach über eine außerordentliche Elastizität, konnten schnell vergessen und sogar von Bombenangriffen und dem Anblick von Toten in

ihrer Seele wenig tangiert werden, solange sie bei der Mutter seien. Einige vermuteten in der Tatsache, dass Kinder scheinbar so gut mit den Ereignissen zurechtkämen, sogar eine Spätfolge der NS-Erziehung, die das Ideal „harter“ Maskulinität gepredigt hatte.⁴¹

Diese Auffassungen über die Belastbarkeit von Menschen wurden erst durch die Erfahrungen bei der Behandlung von Holocaust-Überlebenden ab Ende der fünfziger Jahre in Zweifel gezogen. 1961 schrieb Walter Ritter von Baeyer, ehemals beratender Psychiater der Wehrmacht und von 1955 bis 1972 Leiter der Universitätsnervenklinik in Heidelberg: „Der alte Erfahrungssatz – der Kern der bis dato herrschenden Lehre –, dass der Mensch unglaublich viel verträgt, ohne dauernden Schaden an seiner Seele zu nehmen, gilt hier nicht mehr. Davor dürfen wir nicht länger die Augen verschließen.“⁴² Seit den achtziger Jahren ist PTSD als Krankheitsbild beschrieben: Jemand muss in Lebensgefahr gewesen sein, unter wiederkehrenden Erinnerungsfetzen, unwillkürlichem Wiedererleben, Symptomen eines erregten Zustands wie Schlaflosigkeit, Reizbarkeit, Alpträumen etc. leiden und ein Verhalten entwickeln, das ihn Situationen vermeiden lässt, die an das Trauma auslösende Ereignis gedanklich oder emotional erinnern könnten. Derartige Symptome zeigen sich sogar noch Jahrzehnte nach dem auslösenden Ereignis. So wiesen etwa ein Drittel der norwegischen und niederländischen Veteranen des Zweiten Weltkriegs noch 45 Jahre nach Kriegsende eine partielle PTSD auf.⁴³ Bei alternden Opfern des Holocaust ergab sich in den achtziger Jahren sogar eine PTSD-Beeinträchtigung von 57 Prozent.

Das Psychologische Institut in Hamburg hat 1999 erstmals eine Untersuchung unter 270 Vertriebenen durchgeführt, davon 205 Frauen. Diese waren bei der Flucht zwischen neun und 21 Jahre alt (die befragten Männer zwischen sieben und 15). 82 Prozent hatten gehungert, 70 Prozent waren durch Beschuss und Bombardierung in Todesnähe geraten, mehr als die Hälfte der Frauen war vergewaltigt worden. Am schrecklichsten wurden Vergewaltigungen, Hinrichtungen, der Anblick von verstümmelten Toten und der Tod von Familienangehörigen erlebt. Noch zur Zeit der Befragung litten 62 Prozent unter traumabezogenen Sympto-

38 Vgl. Volker Ackermann, *Das Schweigen der Flüchtlingskinder*, unveröff. Ms., S. 19.

39 Vgl. Tony Judt, *Die Vergangenheit ist ein anderes Land. Politische Mythen im Nachkriegseuropa*, in: *Transit*, (1993) 6, S. 100.

40 Vgl. Ursula Brandt, *Flüchtlingskinder. Eine Untersuchung zu ihrer psychischen Situation*, München 1964, S. 80–83 und 151–154.

41 Vgl. H. Stutte, *Ärztliches Problem des Flüchtlingskindes*, in: *Unsere Jugend*, (1950) 2, S. 214 ff.

42 Zit. nach V. Ackermann (Anm. 38), S. 23.

43 Zit. nach Frauke Teegen/Verena Meister, *Traumatische Erfahrungen deutscher Flüchtlinge am Ende des II. Weltkriegs und heutige Belastungsstörungen*, in: *Zeitschrift für Gerontopsychologie und -psychiatrie*, (2000) 13, S. 112–124.

men; bei 4,8 Prozent wurde ein voll ausgeprägtes, bei 25 Prozent ein partielles PTSD festgestellt.⁴⁴

Weit überproportional sind Vertriebene und ihre Kinder auch unter den Patienten von Schmerztherapeuten und Psychoanalytikern zu finden. Zwar gibt es noch keine systematischen Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen chronischen Schmerzen, Beziehungsstörungen, mangelndem Selbstwertgefühl und Schädigungen während Flucht und Vertreibung. Doch einige Analytiker haben erste Schlussfolgerungen gezogen.⁴⁵ Kennzeichnend für die meisten Vertriebenen (und viele ihrer Kinder) ist ein Gefühl der Wurzellosigkeit. Sie fühlen sich unruhig, getrieben, unfähig, sich irgendwo langfristig niederzulassen. Sie zeigen tendenziell eine hohe Mobilität, oder aber – gerade umgekehrt – das zwanghafte Bestreben, sich mit dem Bau eines Hauses festzukrallen. Auch im Beruf und in persönlichen Beziehungen zeigt sich, dass Vertriebene sich oft nur unter Vorbehalt einlassen – nach dem Motto: „Ich kann immer jederzeit wieder gehen.“ Nirgends fühlen sie sich auf Dauer heimisch, und in der Tiefe ihres Herzens bleiben sie fluchtbereit.

Dass diese Phänomene erst in jüngster Zeit ins Bewusstsein rücken, liegt auch daran, dass viele Vertriebenenkinder ins Rentenalter kommen. Plötzlich werden sie sich bewusst, wie weit sie mit einer überzogenen Leistungsorientierung, mit protestantischer Arbeitsethik und Karrieredrang ein brüchiges Selbstwertgefühl zu überdecken versuchten und sich in die Arbeit flüchteten, obwohl ihnen berufliche Erfolge häufig nur bedingte Befriedigung verschafften. Sie haben im Leben oft viel erreicht, fühlen sich aber aufgrund emotionaler Defizite und schwachen Selbstbewusstseins unzufrieden und unausgefüllt. Insofern sind noch die Kinder mit der Hypothek der Eltern belastet. Es trifft eben nicht zu, dass sich das Problem der Flucht durch das Ableben der Erlebnisgeneration von selbst erledigt. Im Unterschied zur Erlebnisgeneration ist die Generation der Kinder nicht mehr dazu erzogen worden, „die Zähne zusammenzubeißen“. Das Individuum muss sich nicht immer als stark, hart und als Herr der Situation beweisen. Jemand, der sich sensibel mit seinen beschämenden, demütigenden Erlebnissen auseinandersetzt, erfährt neuerdings sogar eher Wertschätzung als einer, der Probleme hinter einer stoischen Fassade verbirgt.

44 Vgl. ebd., S. 116.

45 Vgl. u. a. Günter Jerouschek, Vertreibungsschicksale in Psychoanalysen, Vortrag im Mai 2002 in Leipzig; Uwe Langendorf, Heimatvertreibung – das stumme Thema, Vortrag im Oktober 2002 in Berlin.

Drei Phasen kollektiven Erinnerns

Der französische Soziologe und Philosoph Maurice Halbwachs gehörte in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu den ersten, die von einem „kollektiven Erinnern“ und einem „kollektiven Gedächtnis“ sprachen. Seine zentrale These besagt – sehr zugespitzt –, dass sich jede Gemeinschaft die Vergangenheit schafft, die sie für ihr Selbstbild braucht. Die Vergangenheit wird wie ein Reservoir aus Symbolen, Zeichen, „ewigen“ Wahrheiten benutzt, aus denen sich das kollektive Gedächtnis identitätsstiftende Bezugspunkte herausucht, um aktuellen und zukünftigen Zielsetzungen der Gesellschaft Sinn zu unterlegen. Aus diesem gemeinsamen Erinnern, so Jan Assmann in Anlehnung an Halbwachs, entstehe kollektive Identität: „Das Bewusstsein sozialer Zugehörigkeit, das wir kollektive Identität nennen, beruht auf der Teilhabe an einem *gemeinsamen* Wissen und einem *gemeinsamen* Gedächtnis.“⁴⁶

Im Unterschied zur Geschichtswissenschaft geht es dem kollektiven Erinnern nicht um eine detailgerechte Rekonstruktion von Fakten. Vielmehr greift das „gemeinsame Gedächtnis“ auf zentrale Codes, Orte, auf Archetypen, Mythen, Feste und Riten zurück, die historische Differenzierungen weitgehend unberücksichtigt lassen. „Es nährt sich von unscharfen, vermischten, globalen und unstenen Erinnerungen, besonderen oder symbolischen, ist zu allen Übertragungen, Ausblendungen, Schnitten und Projektionen fähig (...) und rückt die Erinnerung ins Sakrale“, erläutert der französische Historiker Pierre Nora.⁴⁷

Wenn die Deutschen nun nach Jahrzehnten der Tabuisierung die Vertreibung wieder zu einem Bezugspunkt ihres kollektiven Gedächtnisses machen, stellt sich die Frage: Welchen veränderten Sinn gibt die Erinnerung an Flucht und Vertreibung unserem Gemeinschaftsgefühl? Inwiefern verändert sich unsere kollektive Identität? Nach den sechziger Jahren erleben wir augenblicklich die zweite Korrektur in der Wahrnehmung von Flucht und Vertreibung. Für Konrad Adenauer lag im festen Bündnis mit dem Westen die Antwort auf die Bedrohung durch die Sowjetunion. Für ihn war der Antikommunismus die zentrale Lehre aus dem Nationalsozialismus: „Ich bin seit Jahr und

46 Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 2002; Hervorhebung im Original.

47 Vgl. Pierre Nora, Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt/M. 1998, S. 13.

Tag davon ausgegangen, dass das Ziel Sowjetrusslands ist, im Wege der Neutralisierung Deutschlands die Integration Europas zunichte zu machen“, erklärte er im April 1952.⁴⁸ Adenauer wollte keine Sonderstellung durch Neutralität riskieren, die Bundesrepublik vielmehr fest im Westen einbinden und als Bollwerk des christlichen Abendlandes gegen die atheistische Sowjetunion ausrichten. Diese Politik der Westintegration hat ihm den Vorwurf eingetragen, der Wiedervereinigung zu wenig Gewicht beizumessen und unsensibel für den Verlust der Ostgebiete zu sein. Tatsächlich haben zunächst sehr viele Vertriebene die SPD gewählt, denn bis in die sechziger Jahre hinein warben die Sozialdemokraten vor Wahlen mit einem Deutschland in den Grenzen von 1937.

Aber auch Adenauer kam den Vertriebenen, die wenige Jahre nach der Flucht noch massenhaft zu „Tagen der Heimat“ strömten, entgegen. Auf einer Kundgebung am Berliner Funkturm erklärte er Anfang Oktober 1951: „Lassen Sie mich mit letzter Klarheit sagen: Das Land jenseits der Oder-Neiße gehört für uns zu Deutschland.“⁴⁹ Um sich einer Zweidrittelmehrheit für den Beitritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) sicher sein zu können, nahm er 1953 auch den BHE in die Koalition, obwohl an dessen Spitze Politiker mit nationalsozialistischer Vergangenheit standen. Adenauer wusste, dass er mit der Forderung nach Rückgewinnung der Ostgebiete bei den Alliierten auf Widerspruch stieß. Schon im November 1950 hatten ihm die drei Hohen Kommissare in Zusammenhang mit den Verhandlungen über die EVG unmissverständlich klargemacht, dass sie, wenn sie von Wiedervereinigung sprechen, nicht an die Grenzen des Reiches von 1937 dächten, sondern die „Wiedervereinigung der östlichen Zone und Berlins mit der Bundesrepublik“ im Sinn hätten.⁵⁰ Faktisch endete Deutschland im Osten also damals bereits an Oder und Neiße.

Wenn die Grenzfrage in der Öffentlichkeit dennoch offen gehalten wurde, hatte das taktische Gründe. 1951 glaubten 66 Prozent der Bevölkerung, die Ostgebiete würden irgendwann wieder an Deutschland fallen. Auch um deren Erwartungen entgegenzukommen, finanzierte Vertriebenenminister Theodor Oberländer (BHE) eine mehrbändige „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa“ – die erste von

48 Zit. nach Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2, München 2000, S. 148.

49 Keesings Archiv der Gegenwart, 1951, S. 3146.

50 J. Foschepoth (Anm. 33), S. 107.

einer Historikerkommission seit 1951 erarbeitete wissenschaftliche Abhandlung über Flucht und Vertreibung, die vor allem auf Augenzeugenberichten, privaten Briefen und Umfragen fußt. Sie erschien zwischen 1953 und 1961. Kritiker monierten, dass der historische Kontext fehlte, und der Historiker Theodor Schieder urteilte, dass „das ganze Spektakel (...) ja nichts weiter als der Versuch ist, die Volksgruppen aus dem allgemeinen Gericht über die NS-Politik auszunehmen, unter das wir als sogenannte Binnendeutsche uns ja ohne weiteres stellen“. Die deutschen Leiden wurden herausgestrichen und gleichzeitig das Erscheinen einer 1000-seitigen Studie über die Volkstumspolitik des NS-Staates verhindert. Man befürchtete, sie könnte von den Alliierten als „Entschuldigungszettel“ für die Vertreibung genutzt werden.⁵¹

Was der Philosoph Hermann Lübbe 1983 anlässlich der 50. Wiederkehr der nationalsozialistischen Machtübernahme als Maßnahme „kommunikativen Beschweigens“ lobte, weil es der Mehrheit des Volkes, die mit dem Nationalsozialismus verbunden gewesen sei, den Übergang in die Demokratie ermöglicht habe, stieß bei der jungen Generation in den sechziger Jahren auf Widerspruch. Aufgewühlt von den Prozessen gegen KZ-Aufseher in den Jahren 1963 bis 1965 und dem Verfahren gegen Adolf Eichmann in Jerusalem begann die 68er-Generation das Selbstverständnis der Gesellschaft in Frage zu stellen. Es empörte die Söhne und Töchter, dass ihre Eltern sich schon 1946 über das Unrecht der Alliierten gegenüber den Deutschen (die Entnazifizierung) mehr erregt hatten als über die Verbrechen der Deutschen. Es empörte sie, dass die Schuldigen rasch amnestiert, die Verwicklung von Mitläufern erst gar nicht untersucht und Organisationen wie die Wehrmacht in toto rehabilitiert worden waren. Es empörte sie auch, dass ökonomische Prosperität Vorrang hatte vor einer juristischen Bewältigung der NS-Vergangenheit und der Antikommunismus dazu diente, von der Auseinandersetzung mit der Geschichte abzulenken.

Im Laufe der sechziger Jahre fokussierte sich die Debatte auf die Frage der deutschen Schuld. Der Holocaust wurde, so der Publizist Karl Heinz

51 Zit. nach: Mathias Beer, *Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa“ im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 46 (1998) 2, S. 376; ders., *Die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa. Hintergründe – Entstehung – Ergebnis – Wirkung*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 50 (1999) 2, S. 111.

Bohrer, „zum archimedischen Punkt der deutschen Geschichte“. War für Adenauer das Jahr 1945 der entscheidende Bezugspunkt gewesen – und damit deutsches Leid und die Kritik am kommunistischen Unrechtsregime in Mitteleuropa –, so wählten die 68er gemeinsam mit Bundeskanzler Willy Brandt das Jahr 1933 als Ausgangspunkt ihrer Erinnerungspolitik. Brandt war der erste Kanzler, der mit dem Kniefall vor dem Warschauer Mahnmahl für die Gefallenen im Ghetto-Aufstand 1943 öffentlich Reue zeigte. In dieser zweiten Phase kollektiven Erinnerens standen Fragen nach Schuld und Verantwortung der Nachgeborenen im Vordergrund. Doch indem sie die eine Einseitigkeit aufhob, verfiel die Debatte nach 1968 in eine andere: Die deutsche Nation, so die Logik, habe sich moralisch selbst vernichtet. Die Deutschen wurden nur noch verächtlich als Tätervolk wahrgenommen. Es galt als politisch unkorrekt, über Deutsche als Opfer zu sprechen, während es als korrekt galt, den Verlust der Ostgebiete als gerechte Strafe für die NS-Verbrechen zu akzeptieren. Viele sahen bereits im Erinnern an Vertreibung einen potentiell revanchistischen Akt, der einer Aussöhnung mit den Nachbarn entgegenstehe.

Um das politische Eis gegenüber den kommunistischen Staaten zu brechen, waren die Anhänger von Brandts Ostpolitik zu vielen Zugeständnissen bereit. So übernahmen sie in der nach dem Warschauer Vertrag 1970 gegründeten deutsch-polnischen Schulbuchkommission in Bezug auf die Vertreibung die polnische Sicht, empfahlen für deutsche Schulbücher die Benutzung des Begriffs „Bevölkerungstransfer“ und ließen die wilden Vertreibungen ebenso unerwähnt wie die inhumane Praxis bei den organisierten Zwangsaussiedlungen.⁵² Ein endloser Streit entzündete sich auch um die Ortsnamen. Liberale und Linke quälten sich mit dem polnischen „Wrocław“ und „Szczecin“, weil ihnen das deutsche „Breslau“ und „Stettin“ als Ausdruck revanchistischer Gesinnung erschien.

Seit dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Wiedervereinigung Deutschlands befinden wir uns nun offensichtlich in einer dritten Phase kollektiven Erinnerens. Intensiver als zuvor stellt sich die Frage, was nationale Identität konstituiert, die Ost- und Westdeutsche „ein Volk“ sein lässt. Dabei stellt sich heraus, dass neben der gemeinsa-

men Sprache und kulturellen Tradition auch die Erfahrungen von Krieg und Vertreibung zu den wichtigen gesamtdeutschen Klammern zählen. Seit 1989 ist das Land nicht nur wiedervereint. Es hat sich auch nach Osten verlagert. Die neue gesamtdeutsche Ostgrenze an Oder und Neiße ist nicht mehr undurchlässig. Dadurch, so der frühere Staatsminister für Kultur und Medien Julian Nida-Rümelin, werde es leichter, „das kulturelle Erbe im mittleren und östlichen Europa wieder selbstverständlicher zu sehen und es als Teil auch der deutschen Kulturgeschichte zu begreifen“⁵³. Begegnungen sind nicht mehr geprägt durch offiziöse Geschichtsdarstellungen und obligatorische Reiseführer. Hinter der Gegenwart von Wrocław eröffnet sich die Vergangenheit von Breslau, neben die ukrainische Literatur über Ostgalizien treten die deutschsprachigen Romane von Joseph Roth. Endlich ermöglichen private Begegnungen einen authentischen Meinungsaustausch, und zunehmend werden die bis dahin weitgehend entlang nationaler Fronten verlaufenden Diskussionen in Wissenschaft, Kultur und Politik durch individuelle Standpunkte ersetzt.

Angesichts dieser äußeren Umstände beschleunigt sich auf beiden Seiten der Grenzen ein Prozess des Umdenkens: So wie in Deutschland die einseitige Selbstwahrnehmung als Täternation einem differenzierteren Selbstbildnis wich, erhalten auch in Osteuropa die gestanzten, mythologisierten Bilder von den Opfervölkern Risse. Tschechische Historiker stellen die Frage, ob es sich bei der tschechischen Macht unter Staatspräsident Emil Hacha im „Protektorat Böhmen und Mähren“ um Kollaboration gehandelt habe. Polen debattiert angesichts der Ermordung der Juden 1941 im ostpolnischen Jedwabne durch ihre polnischen Mitbürger die Mitschuld am Holocaust. Beide Länder befassen sich nun schon seit Jahren mit ihrer Rolle bei der Vertreibung von Deutschen, Ukrainern und Ungarn bei Kriegsende.

In all diesen Fällen geht es nicht nur um die Aufdeckung bisher unbekannter oder tabuisierter historischer Fakten. Was diese Debatten so schmerzhaft, emotionsbeladen und mühselig macht, sind die damit einhergehenden Veränderungen im kollektiven Gedächtnis, die ganz subjektiven Erinnerungen Rechnung tragen und nicht selten von den Aussagen der großen Geschichte abweichen. Bleiben diese Einzelerfahrungen mit ihren Orten und Namen aber unberücksichtigt

52 Vgl. Krzysztof Ruchniewicz, Die Problematik der Aussiedlung der Deutschen aus polnischer und deutscher Sicht in Vergangenheit und Gegenwart, in: Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 10 (2002).

53 Zit. nach: Wie viel Geschichte liegt im Osten?, hrsg. vom Deutschen Kulturforum östliches Europa, Potsdam 2003, S. 10.

oder werden sie zu schnell in allgemeinere Erfahrungen überleitet, drohen wichtige Chancen für den gesellschaftlichen Integrationsprozess ungenutzt zu bleiben: Dann kann weder die Bitterkeit von Bürgern gemildert werden, die sich in ihrem Leid übergangen fühlen, noch können Erzählungen durch die Rekonstruktion des ganz Konkreten korrigiert werden.

Da es sich bei der augenblicklichen Debatte über Vertreibung zweifellos in erster Linie um einen Dialog der Deutschen mit sich selbst handelt, müsste das geplante Zentrum gegen Vertreibungen in erster Linie auch den Bedürfnissen der Deutschen Rechnung tragen: den Erzählungen über deutsches Leid (wieder) Raum schaffen, die Geschichte des deutschen Ostens (wieder) in Erinnerung rufen, der ganz spezifischen Verflechtung von Täter-Opfer-Konstellationen nachgehen. Zweifellos wäre der geeignetste Ort dafür Berlin. Die Stadt ist nicht nur ein Symbol für Hitlers Rasenwahn; Berlin war auch Schauplatz des Widerstands und ein Ort, an dem Zehntausende von Flüchtlingen nach dem Krieg Unterschlupf fanden. Gerade weil ein Zentrum in Berlin dem Leid der deutschen Vertriebenen endlich die entsprechende Anerkennung zukommen ließe, würde es keineswegs die Relativierung von fremdem – polnischem, jüdischem, russischem – Leid nach sich ziehen. Denn entgegen einer weit verbreiteten Annahme müssen Opfergruppen nicht notwendigerweise in Konkurrenz zueinander stehen. Wirkliche Empathie schließt die Anerkennung fremden Leids ein. Und so, wie die Bilder aus Jugoslawien Anfang der neunziger Jahre viele sensibler werden ließen für die Vertreibungsschicksale in den eigenen Familien, kann die Beschäftigung mit dem deutschen Leid auch ihre Einfühlung in die Nachbarn fördern.

Zwar war schon vor 1989 ein Anstieg der Reisen von Betroffenen in die früheren Heimatorte zu verzeichnen; doch nach Öffnung der Grenzen hat sich diese Tendenz verstärkt. Fuhren früher fast ausschließlich Busse mit Angehörigen der Erlebnisgeneration, machen sich inzwischen ganze Familien auf den Weg: Söhne, Töchter und Enkel, welche die Geburtsorte der Eltern und Großeltern und die Wurzeln der Familien kennen lernen wollen – in Ostpreußen, Schlesien, im Sudetenland, im Baltikum, in Bessarabien, Wolhynien, Rumänien, Ungarn, Russland, in Serbien oder in der Slowakei. Auch das ist ein Teil der Veränderung des kollektiven Erinnerns: Mit den Familiengeschichten

kehren die Orte des verlorenen Ostens in das Gedächtnis zurück. Der Blick richtet sich nicht mehr nur nach Westen und Süden, sondern auch – wieder – nach Osten und Südosten: nicht als Räume einer neuen Begierde, sondern als Räume der Erinnerung.

In den Zeugnissen, die in den vergangenen Jahren erschienen sind, zeigt sich noch manche Bitterkeit: von inzwischen sehr alten Menschen, die nicht nur die Heimat, sondern auch Ehepartner und Kinder verloren haben und die sich in der neuen Umgebung und in neuen Ehen nie mehr vollständig einrichteten. Dominierend sind jedoch andere Sichtweisen. Zum Teil versuchen sich Menschen endlich durch das Niederschreiben von traumatischen Erinnerungen zu entlasten. Zum Teil geben sie ihrer Trauer Ausdruck, wenn sie sich bei Reisen in die Geburtsorte den unwiederbringlichen Verlust noch einmal vor Augen führen: eine tiefe Kränkung, die in der Regel jedoch nicht mehr mit Wut und Hader gegenüber dem Schicksal verbunden, sondern zu einer zukunftslosen Erinnerung geworden ist. Bei Angehörigen der zweiten und dritten Generation schließlich, die zwischen 30 und 60 Jahre alt sind, steht in Ost- wie in Westdeutschland die Entdeckung von bisher tabuisierten und ausgeklammerten Familiengeschichten im Vordergrund, die Suche nach Wurzeln, nach geheimnisvollen, nicht erklärbaren Familienlegenden, die Suche nach Identität.

Und plötzlich stellt sich heraus, dass die Interessen der Kinder und Enkel von Vertriebenen auf frappierende Weise mit den Interessen gleichaltriger Polen, Tschechen, Ungarn oder Juden übereinstimmen: Die einen wie die anderen forschen nach Tiefenschichten von Orten und Landschaften und Geschichten, die ihnen aus unterschiedlichen Gründen vorenthalten worden sind.⁵⁴ Die einen wie die anderen suchen die weißen Flecken in den Geschichten ihrer Familien und Völker auszufüllen. Diese Nachkriegskinder suchen nach untergegangenen Vergangenheiten, in denen die Geschichte ihren *ganzen* Reichtum und ihre *ganze* Vielfalt offenbart und alle Kulturgüter für alle zugänglich sind. Insofern enthält der augenblickliche Prozess im Kern nichts Beängstigendes, aber viel Befreiendes, Aufklärerisches, Heilendes.

⁵⁴ Vgl. z. B. Martha Kent, Eine Porzellanscherbe im Graben, Zürich 2003; Reinhard Jirgl, Die Unvollendeten, München 2003; Michael Zeller, Die Reise nach Samosch, Cadolzburg 2003.

Keine gemeinsame Erinnerung

Geschichtsbewusstsein in Ost und West

Über die fortbestehende „Mauer in den Köpfen“ wird periodisch immer wieder öffentlich geklagt. Während der zahlreichen Veranstaltungen anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953 gerieten die unterschiedlichen Erfahrungen und auch der sehr unterschiedliche Umgang mit diesem Ereignis in Ost und West so deutlich wie selten in den Blick. Eine intensive Beschäftigung mit den Erinnerungsmustern der ehemaligen DDR-Bürger und der Alt-Bundesbürger würde einen Schlüssel für viele gegenwärtige Verständigungsprobleme liefern. Vor allem an der Beurteilung und Deutung der DDR-Geschichte entzündeten sich immer wieder Kontroversen. Im Sommer war das anlässlich der Präsentation einer DDR-Kunstschau in der Neuen Nationalgalerie in Berlin aufs Neue zu erleben. Aber auch die Zeit des Nationalsozialismus, die schließlich ein zentrales Stück gemeinsamer deutscher Vergangenheit darstellt, wird durchaus nicht gemeinsam erinnert.

Dieser Text fußt auf Ergebnissen verschiedener Recherchen und Interviewprojekte.¹ An zwei von ihnen war die Autorin beteiligt. Eine Schnittstelle dieser Studien bilden die Erfahrungen der Befragten in der DDR und ihre Erfahrungen mit den Erinnerungen an die DDR nach der historischen Zäsur von 1990. Welche Spuren finden sich im heutigen Bewusstsein? Eine weitere Schnittstelle ist der Umgang mit der nationalsozialistischen

Vergangenheit, der sich vor allem in den neuen Ländern verändert hat, seitdem es die DDR und ihre prägende Geschichtspolitik nicht mehr gibt.

Geschichtsbewusstsein wird hier verstanden als Gesamtheit der Formen und Inhalte des Denkens, mit denen sich eine Gruppe von Menschen in die Zeit einordnet, mit der Vergangenheit in Beziehung setzt und sich in der Gegenwart im Hinblick auf die Zukunft orientiert. Der Historiker Jörn Rüsen hat Geschichtsbewusstsein als „Inbegriff der mentalen Operationen“ definiert, „mit denen Menschen ihre Erfahrungen vom zeitlichen Wandel in ihrer Welt und ihrer selbst so deuten, dass sie ihre Lebenspraxis in der Zeit absichtsvoll orientieren können“². Ein so verstandenes Geschichtsbewusstsein ist also weit mehr als Wissen von der Geschichte, mehr auch als die Summe individueller, vergangener Erfahrungen. Der Bezugspunkt, von dem aus Geschichte betrachtet und das eigene Selbstverständnis definiert wird, ist stets die Gegenwart. Einfluss auf das Geschichtsbewusstsein nehmen ebenso die individuellen Erfahrungen wie das sich wandelnde kollektive Selbstverständnis einer Gruppe, Nation oder Generation.

Der ostdeutsche Staat entwickelte ein propagandistisch und ideologisch stark aufgeblähtes, offizielles Selbstverständnis, mit dem sich möglichst alle Bürger identifizieren sollten. Seit 1990 hat sich die Sicht auf die DDR-Vergangenheit sehr gewandelt. Einerseits verfügt die bundesdeutsche Gesellschaft insgesamt über sehr viel mehr präzises Wissen über Machtstrukturen und -mechanismen, über Repression und Überwachung, andererseits gibt es im Osten Tendenzen von Nostalgie, partieller Verklärung und natürlich von Verteidigung des eigenen gelebten Lebens. Das ist alles historisch noch sehr nah und sehr fragmentiert.

Über die Geschichte der DDR existiert kein kollektives Selbstverständnis in der neuen Bundesrepublik. Es gibt keinen Konsens über ihre Beurtei-

1 Es handelt sich um ein Projekt des Forschungsinstituts für Arbeiterbildung Recklinghausen, in dessen Verlauf Mitte der neunziger Jahre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ost und West zu ihrem Geschichtsbewusstsein befragt wurden, sowie um Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern der brandenburgischen Kleinstadt Fürstenberg Ende der neunziger Jahre über ihre Erinnerungen an das nahe gelegene Konzentrationslager Ravensbrück. Einbezogen wurde auch eine Untersuchung der Universität Hannover über die generationelle Übermittlung von Geschichte in Ost und West. Vgl. Bernd Faulenbach/Annette Leo/Klaus Weberskirch, *Zweierlei Geschichte. Lebensgeschichte und Geschichtsbewusstsein von Arbeitnehmern in Ost- und Westdeutschland*, Essen 2000; Annette Leo, „Das ist so'n zweischneidiges Schwert hier unser KZ . . .“. Das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück in der lokalen Erinnerung, in: Dachauer Hefte, Nr. 17 (2001), S. 3ff; Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschugnall (Hrsg.), *Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*, München 2002.

2 Jörn Rüsen, *Historische Vernunft. Grundzüge einer Historik*, Bd. I: Die Grundlagen der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1984, S. 48 ff.

lung, über ihre Einordnung in den deutschen und europäischen Kontext. Das macht auch die Schwierigkeit von Erinnerungsarbeit aus. Der Dissens über zentrale Fragen – etwa, ob die DDR von Anfang an und in jeder Phase ein von außen aufgezwungenes, zum Scheitern verurteiltes System war; ob sie vor allem von ihrer diktatorischen Seite definiert werden kann; welche Rolle dabei die Alltagserfahrungen der Individuen spielen, die in ihrer Mehrheit weder Täter noch Opfer von Repression waren; ob die Zweistaatlichkeit nur eine Episode in der Geschichte war oder ein wichtiger Zeitabschnitt – teilt keineswegs nur die Ost- und Westdeutschen, sondern verläuft, je nach politischer Verortung und Vorerfahrungen, quer durch diese Gruppen. Aber am deutlichsten spaltet er die Gesellschaft in ehemalige Ost- und Westdeutsche, weil es um unterschiedliche Lebenserfahrungen geht: um die Auf- oder Abwertung gelebten Lebens.

Das Erlebnis eines Bruchs

Eines der wichtigsten Ergebnisse der Befragungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Ost und West ist deshalb beinahe eine Binsenweisheit: Der deutlichste Unterschied zeigt sich nicht bei den Erfahrungen in den unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten in Ost und West, etwa hinsichtlich sozialistischer oder demokratischer Erziehung, unterschiedlicher Erfahrungen im Berufsleben, Qualifizierungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, Emanzipation der Frau. Er liegt im Erlebnis eines tiefen Bruches auf der ostdeutschen Seite, der das ganze bisherige Leben infrage stellt, und das Erlebnis einer zumindest scheinbar ungebrochenen Kontinuität auf der westdeutschen Seite.

Daraus resultiert unter anderem eine unterschiedliche Erzählfreude. Bei unseren ostdeutschen Gesprächspartner/innen trafen wir auf ein viel größeres Darstellungs- und Rechtfertigungsbedürfnis als bei ihren westdeutschen KollegInnen. Auch der Wunsch, sich beim Erzählen der eigenen Biografie, in der so vieles nun infrage gestellt ist, zu vergewissern, ist bei ihnen viel ausgeprägter. Bei den westdeutschen Gesprächspartner/innen war die Bereitschaft geringer, sich einem solchen Gespräch zu stellen. Die Betroffenen haben keinen so offensichtlichen Bruch erlebt, der das eigene Leben in ein Vorher und Nachher teilte. Sie betrachten ihr Leben als Ergebnis vorwiegend

individueller Erfahrungen. Gruppenerfahrungen oder gar politische Rahmenbedingungen, die das Geschehen beeinflusst haben könnten, werden seltener thematisiert, sodass es ihnen letztlich auch weniger „erzählenswert“ erscheint. Außer den älteren Befragten, die den Krieg erlebt haben, hat offenbar niemand das Gefühl, über so etwas wie „Schicksal“ zu verfügen. Die Ostdeutschen dagegen haben durch den biografischen Bruch eigentlich alle ein „Schicksal“ erhalten, das sie zur Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte antreibt, aber auch zur Abwehr gegenüber beunruhigenden Erinnerungen und zur Neukonstruktion einer kohärenten biografischen Erzählung.

Die Äußerungen von West- und Ostdeutschen über die DDR unterscheiden sich durch ihre grundlegend verschiedenen Erfahrungs- und Bewertungsebenen. Während die einen die DDR vorwiegend von außen sehen – die Innensicht stammt meist nur von gelegentlichen Besuchen –, bedeutet sie für die anderen den größten Teil ihres bisherigen Lebens. Westdeutsche meinen, wenn sie über die DDR sprechen, vorwiegend das sozialistische System mit seinem Machtapparat, während die Ostdeutschen meist ihre Lebenswelt in den Vordergrund stellen. In beiden Gruppen gibt es jeweils ein Spektrum verschiedener Auffassungen, wobei die wenigen kritisch bis oppositionell eingestellten ostdeutschen Gesprächspartner/innen der westdeutschen Sicht am nächsten kommen, während die wenigen linkssozialistisch gestimmten Gewerkschafter aus der alten Bundesrepublik in mancher Hinsicht Affinitäten zur Ostsicht erkennen lassen.

Freiheit versus Sicherheit

Einen der gravierendsten Unterschiede in der Bewertung konnten wir im Hinblick auf Demokratie und Freiheit konstatieren. Die befragten Ostdeutschen ignorieren dieses Thema überwiegend. Beispiele von Repression und Überwachung werden nur von den wenigen GesprächspartnerInnen erinnert, die dem System kritisch oder zumindest distanziert gegenübergestanden haben. Bei der Beschreibung des eigenen Lebens in der DDR werden solche Aspekte fast ausschließlich in der Verteidigung gegen eine als fremd empfundene Sicht im Rahmen des gegenwärtigen Diskurses erwähnt: „Die Mauer war zwar schmerzlich, aber sie hat unsere heile Welt geschützt“; „wir hatten

zwar die Stasi, aber konnten uns abends auf die Straße trauen.“

Für die Interviewpartner/innen aus dem Westen dagegen stehen Demokratie und Freiheit bzw. deren Mangel in der DDR im Vordergrund ihrer Wahrnehmung und Bewertung. Alle anderen Beobachtungen werden diesem Gesichtspunkt untergeordnet. Es verwundert deshalb nicht, dass bei Gesprächspartner/innen aus der alten Bundesrepublik die Bereitschaft zu beobachten ist, die Verhältnisse in der DDR mit denen des „Dritten Reiches“ zu vergleichen und bisweilen sogar gleichzusetzen, während die Befragten aus der DDR, zumindest die Nachkriegsgenerationen, schon den Vergleich generell als unzulässig ablehnen.

Im Vordergrund der Äußerungen aus dem Osten stehen soziale Sicherheit und Fürsorge, in erster Linie die Sicherheit der Arbeitsplätze. Das gipfelt häufig in dem Bild von einer solidarischen Gemeinschaft im Betrieb und im Wohngebiet, wo die Leute füreinander da waren, da sie gleiche Interessen hatten und unter etwa gleichen sozialen Bedingungen lebten. Angesichts des zunehmenden Zerfalls dieser Gemeinschaft in Individuen mit unterschiedlichen Interessen wurde dieses Bild in den Gesprächen häufig beschworen. Natürlich muss man sich die Frage stellen, ob das tatsächlich immer so erlebt wurde, oder ob es sich hier nicht eher um ein „nachträgliches Bewusstsein“ handelt, um ein rückprojiziertes Gegenbild zur Gegenwart.

Soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung, mehr noch die Kinderbetreuung spielen auch im DDR-Bild unserer westdeutschen Interviewpartner und -partnerinnen eine Rolle. Sie werden überwiegend positiv bewertet. Solche sozialen Bedingungen wünschen sich viele in ihrem eigenen Lebensbereich. Allerdings werden auch die Schattenseiten gesehen: wirtschaftliche Ineffizienz, staatlich reglementierte Kindererziehung, überhaupt das staatlich reglementierte Leben.

Eine historische Entwicklung der DDR mit unterschiedlichen Phasen sehen die Befragten aus den alten Bundesländern überwiegend nicht. Für sie blieb die DDR von ihrem Beginn bis zum Ende im Wesentlichen unverändert. Das zeugt natürlich vor allem von zu geringen Geschichtskennntnissen, um zeitliche Differenzierungen vorzunehmen. Dagegen unterscheiden die Interviewpartner/innen aus dem Osten Phasen der DDR-Geschichte, deren Einteilung und Bewertung vor allem von der Generationszugehörigkeit und den individuellen Lebenserfahrungen bestimmt wird. So kam es vor, dass etwa die fünfziger Jahre, ebenso wie die achtziger Jahre kurz vor der „Wende“, sowohl als

„schlimmste Zeit“ angesehen werden als auch als jeweils „schönste Zeit“, weil man noch Ideale hatte oder weil sich Zwänge zu lockern begannen.

Die Ursachen des Scheiterns

Unterschiedliche Antworten gibt es auf die Fragen, ob die DDR ein sozialistischer Staat gewesen ist und woran sie letztlich scheiterte. Hier allerdings verläuft die Trennungslinie der Bewertungen nicht durchgängig zwischen Ost und West. Vor allem diejenigen Gesprächspartner/innen, die an ihrer Vision von einer gerechteren Gesellschaft festhalten wollen, so verschwommen sie auch sein mag, haben ein großes Bedürfnis, einen Unterschied zwischen dem DDR-System und dem eigenen sozialistischen Ideal zu behaupten. Sie sind der Meinung, dass die Grundidee von einer Funktionsbürokratie verfälscht worden sei. Allerdings sind zum Beispiel die sozialdemokratischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus der alten Bundesrepublik überwiegend davon überzeugt, dass letztlich Sozialismus und Diktatur nicht miteinander vereinbar seien, während die Interviewpartner/innen aus dem Osten eher von Fehlern und Entgleisungen der Politiker sprechen. Für eine Minderheit von Befragten, vor allem aus der alten Bundesrepublik, sind Diktatur und Zwang dagegen dem sozialistischen System immanent, das Scheitern der DDR war deshalb folgerichtig und von Anfang an vorbestimmt.

Diejenigen Interviewpartner/innen, welche die DDR als Gesellschaft ansehen, in der eine ursprünglich akzeptable Idee verfälscht worden bzw. entgleist ist, machen – je nach persönlicher Erfahrung und politischem Standort – durchaus unterschiedliche Ursachen für den Zusammenbruch 1989 verantwortlich. Die Skala reicht von der Starrheit der überalterten Funktionäre bis zur allgemeinen Unzulänglichkeit des Menschen, der für ein solches Modell eben zu egoistisch sei. Die meistgenannten Ursachen sind jedoch wirtschaftliche Ineffizienz (Ost-Befragte) und fehlende Freiheiten (Befragte aus dem Westen). Es gibt aber auch Gesprächspartnerinnen und -partner aus der Nachkriegsgeneration Ost, die ratlos vor dieser Frage standen. Damit quäle sie sich seit 1990, bekennt etwa eine Mutter von fünf Kindern und Meisterin im Halbleiterwerk Frankfurt/Oder, Jahrgang 1942, SED-Mitglied. Für sie bedeutete das Ende der DDR gleichzeitig das Ende ihrer Berufstätigkeit. Sie grüble darüber nach, was schief gelaufen sei, aber sie komme zu keinem Ergebnis.

Geteilte Erinnerung an den Nationalsozialismus

Über die Geschichte von SBZ und DDR gibt es keinen Konsens der Erinnerung – nicht zwischen Ost und West, auch nicht in jedem Fall unter den Ostdeutschen, nicht einmal unter ehemaligen Bürgerrechtlern, wie die Kontroversen der vergangenen Jahre zeigen. Wie verhält es sich mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus? Hier ist eine Spaltung des Bewusstseins zu registrieren, die aus der Zeit der Teilung, des Kalten Krieges, der Blockauseinandersetzung stammt, als sich jede Seite des Geschichtsbildes und der Abgrenzungsargumente bediente, die der Bestätigung des eigenen Systems dienten. Das gegenseitige Aufeinanderbezogenheit hörte aber spätestens in den achtziger Jahren auf. In der alten Bundesrepublik entfaltete sich, begleitet von vielen öffentlichen Debatten und einer Geschichtsbewegung von unten, ein differenziertes Bewusstsein von der NS-Vergangenheit, das die Projektionen des Kalten Krieges hinter sich ließ und alle Teile des Widerstandes und die meisten Verfolgtengruppen nach und nach einbezog. In der DDR war die Abgrenzung von der nationalsozialistischen Vergangenheit und das Gedenken an die ermordeten Widerstandskämpfer ein wichtiger Bezugspunkt gesellschaftlichen Erinnerens. Das auf Legitimation des eigenen Systems ausgerichtete, sehr einseitige Vergangenheitsbild blieb jedoch mit geringen Modifikationen bis 1989 erhalten, ebenso wie die Fixierung auf das Gegenmodell Bundesrepublik.

Der Historiker Jürgen Kocka spricht davon, dass die NS-Diktatur für die Ostdeutschen „anscheinend eine weniger zentrale, weniger prägende Rolle“ spiele als für die Westdeutschen, die darin ein negatives Bezugssystem sehen, „an dem sie die eigene Gesellschaft messen und beurteilen“³. Dieser Unterschied in der Gewichtung hat zweifellos mit einem Umstand zu tun, auf den Kocka ebenfalls hinweist: Aufgrund des Antifaschismus-Konzeptes der DDR, das den Faschismus vor allem als extremste Form des Kapitalismus deutete, sahen sich die DDR-Bürger nicht in der Nachfolge des „Dritten Reiches“. Sie verstanden das belastende NS-Erbe nicht als Teil ihrer eigenen Geschichte, sondern als etwas weit Entferntes, das mit ihnen nicht viel zu tun hatte.

Zu ähnlichen Befunden kam auch unsere Studie über das Geschichtsbewusstsein, wobei man nach

Generationen differenzieren muss. Ich beziehe mich im Folgenden vor allem auf Gespräche mit ehemaligen DDR-Bürgern. Ein solches „Losgelöstsein“ von der belastenden Vergangenheit ließ sich am deutlichsten in Interviews mit den Vertretern der ersten Nachkriegsgeneration feststellen. Die älteren Gesprächspartner der Kriegsgeneration und die jüngeren der zweiten Nachkriegsgeneration hatten die „antifaschistische“ Erziehung keineswegs uneingeschränkt verinnerlicht. Die Älteren beriefen sich vielmehr auf ihre eigenen, widersprüchlichen Erinnerungen an diese Zeit, die sich nicht völlig umdeuten ließen. Bei den Jüngeren hatte die Bindekraft der offiziellen Ideologie weitgehend nachgelassen, und das Identifikationsangebot des Antifaschismus zeigte weniger Wirkung. Die Aussagen der Vertreter der zweiten Nachkriegsgeneration ähnelten übrigens denen ihrer Altersgenossen aus der alten Bundesrepublik. Bei ihnen stellten wir fast gleichermaßen die Abwehr von tatsächlichen oder vermeintlichen Schuldvorwürfen fest, denen sie sich als Deutsche ausgesetzt sahen. Sie sprachen ebenso den Wunsch aus, dass endlich Schluss sein müsse mit der Erinnerung an die Vergangenheit.

Solche Worte waren von den Vertretern der ersten DDR-Nachkriegsgeneration nicht zu hören. Die Befragten dieser Altersgruppe bezeichneten allgemein die Erinnerung an den Nationalsozialismus als wichtige Aufgabe für die Gesellschaft. Sie wünschten sich, dass von dieser Erinnerung eine dauerhafte Mahnung für die Gegenwart ausgehe. Zweifellos hatten sie das formelhafte „Nie wieder“ verinnerlicht. Eine Identifikation mit dem untergegangenen sozialistischen Staat leiteten die Befragten aber nicht unbedingt aus dieser Haltung ab. Doch sie hatten, solange die DDR noch existierte, offenbar das beruhigende Gefühl, auf der „richtigen Seite“ zu leben, in einem System, das eine Wiederkehr des Faschismus in jedem Fall verhindern würde.

Verkoppelung der Vergangenheiten

Seit 1990 geschieht in der öffentlichen Debatte häufig eine Verkoppelung der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Diskussion um die DDR-Geschichte. Das ist nicht verwunderlich. Nach der Vereinigung gab es in den neuen Bundesländern nicht nur einen radikalen Paradigmenwechsel in Bezug auf die Bewertung des Sozialismus in der DDR. Auch das starre, hermetische Bild von der NS-Vergangenheit, wie es bis

3 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 22. 1. 1998.

dahin in KZ-Gedenkstätten, Museen, Schulbüchern und Publikationen gezeichnet worden war, stand nun zur Disposition. Schließlich war dieses Vergangenheitsbild, dessen Botschaft im Sozialismus mündete, ganz wesentlich vom Legitimationsinteresse der SED-Führung geprägt worden.

Die gleichzeitige und doppelte Revision hat zweifellos mit dazu geführt, dass sich heute beide Erinnerungsschichten berühren, überlagern, vermischen, sogar in Konkurrenz miteinander treten, zumal, wenn es um Orte geht, an denen nicht nur zur NS-Zeit Menschen inhaftiert und gequält wurden, sondern die nach 1945 in der SBZ oder später in der DDR ebenfalls zu diesem Zweck genutzt wurden. Dort muss eine erstarrte, eingeengte Erinnerung neu befragt und ein bisher tabuisierter Teil der Vergangenheit in die Geschichtsarbeit einbezogen werden. Hier wäre nicht nur an die bekannten Kontroversen um die KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen zu denken, die später als sowjetische Speziallager dienten. Ich denke auch an Haftorte wie das Zuchthaus Brandenburg, das Zuchthaus Bautzen, die Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden. Überall dort sind heute Gedenkstättenmitarbeiter wie Besucher mit der zweifachen Vergangenheit dieser Orte konfrontiert und stehen vor der Aufgabe, angemessen damit umzugehen. Es geht immer wieder um die gleichen Fragen: Sollen beide Vergangenheiten in der Darstellung völlig voneinander getrennt werden? Oder können sie in Zusammenhang gebracht oder gar miteinander verglichen werden?

Zu Beginn der neunziger Jahre habe ich als Mitglied der Expertenkommission für die Neuorientierung der Brandenburgischen Gedenkstätten diesen Konflikt ganz nah miterlebt. Es gab damals heftige Kontroversen zwischen den Opferverbänden. Das Internationale Auschwitzkomitee veröffentlichte eine große Anzeige in der „Zeit“, in der die Bemühungen, in den KZ-Gedenkstätten auch an die sowjetischen Speziallager zu erinnern, als Vorbereitung „eines neuen Auschwitz“ verdammt wurden. Mit derart schweren Vorwürfen wollte man in letzter Minute eine Entscheidung blockieren.

Inzwischen hat sich die Situation verändert. Zwischen den Opferverbänden, die beide Vergangenheiten repräsentieren, existiert ein zerbrechlicher Konsens. Aber direkt und indirekt geht es in den Debatten immer wieder und weiterhin um eine „Konkurrenz der Opfer“. Die überlebenden Häftlinge der Nachkriegszeit fühlen sich benachteiligt, zurückgesetzt, als Opfer zweiter Klasse behandelt.

Häufig beklagen sie, dass ihre Leidensorte nicht angemessen bezeichnet und beachtet werden. Das Gedenken an nationalsozialistische Verfolgung und Holocaust, wie es sich in 40 Jahren in der Gesellschaft der alten Bundesrepublik etabliert hat, ist für sie der Maßstab, an dem sie den Umgang mit ihrer Leidensgeschichte messen. Die Opfer des Stalinismus, wie sie sich selbst in ihrem Dachverband nennen, beklagen, dass das Bild der SBZ/DDR, wie es in der Öffentlichkeit gezeichnet wird, viel zu freundlich und harmlos erscheine und ihre Verfolgungsgeschichte häufig ausgespart bleibe. Auf der anderen Seite äußern ehemalige DDR-Bürger, wie schon erwähnt, dass das öffentliche Bild der DDR nur noch aus Repression und Terror bestehe. Ihr normales Alltagsleben komme darin nicht vor.

Eine Verkoppelung der Debatten um DDR und Nationalsozialismus finden wir zum Beispiel in der Kontroverse um die Ehrenbürgerwürde für den Kinderarzt Jussuf Ibrahim, die in den vergangenen Jahren in Jena geführt wurde. Als der Publizist Ernst Klee aus Frankfurt/Main Fakten über die Beteiligung des in Jena hoch verehrten Mediziners am nationalsozialistischen Mord an behinderten Kindern enthüllte und die Aberkennung von dessen Ehrenbürgerwürde forderte, wiesen Bürgerinnen und Bürger – auch Abgeordnete des Jenaer Stadtparlaments und Mitglieder von Ärztereinigungen der Region – das als Versuch der Delegitimierung der Leistungen der DDR-Medizin vehement zurück.

Wer sich mit der DDR-Karriere von Ibrahim und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beschäftigt, stößt wiederum zwangsläufig auf die Aktivitäten der Staatssicherheit, die seinerzeit viele Informationen über die NS-Belastung der betreffenden Personen zusammentrug, gleichzeitig aber dafür sorgte, dass die Dokumente unter Verschluss blieben, um das Ansehen der DDR-Medizin in der Öffentlichkeit nicht zu beschädigen. Viele Jahrzehnte lang hatte sich das Schweigen der Obrigkeit mit der Verleugnung der Bürger/innen verbunden. Als nach „Wende“ und Vereinigung dieses Schweigens endlich aufbrach, meinten die Angegriffenen, es gehe vor allem um ihre Identität und ihre Lebensleistung, die es zu verteidigen galt.

Ähnlich und doch anders mag es den Fürstenberger Bürgerinnen und Bürgern während des so genannten Supermarktskandals gegangen sein. Sie waren 1991 unvermittelt als „hässliche Deutsche“ in die Schlagzeilen geraten, weil sie mit einer spontanen Demonstration den umstrittenen Bau eines Supermarkts nicht weit vom Eingang des ehemaligen

Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück hatten unterstützen wollen. Auch die Fürstenberger Bevölkerung hatte sich, ähnlich wie die Jenaer, im pauschalen Antifaschismus der DDR-Zeit eingerichtet. Einmal im Jahr waren sie pflichtgemäß zur Gedenkveranstaltung hinunter an den Schwedtsee gegangen. Es war bequem, dass die Verbindung zwischen Stadt und Lager weitgehend tabuisiert war und die Erinnerung an das KZ auf ein kleines Areal zwischen Lagermauer und See begrenzt blieb.

Als nach 1990 eine neue Geschichtskonzeption nach der tatsächlichen Ausdehnung des Frauenkonzentrationslagers fragte und die bis dahin allseits gebilligte Grenze zwischen historisch belastetem und alltäglich nutzbarem Raum in der Stadt zu verschieben oder sogar ganz aufzuheben drohte, wurden in diesem Konflikt auch tiefere Erinnerungsschichten aufgewirbelt. Alte Rechtfertigungsmuster und die bisher öffentlich nicht thematisierten eigenen Leiden und die erlebte Willkür am Ende des Krieges und in der frühen Nachkriegszeit verbanden sich in dieser Situation zu einem widersprüchlichen und explosiven Gemisch.

Auf welche Weise vor allem im familiären Dialog in den ostdeutschen Bundesländern die Vertreter/innen der Großelterngeneration nach so vielen Jahren des Schweigens ihre Leidens- und Verfolgungserfahrungen in der Nachkriegszeit gegen die Geschichte des Nationalsozialismus setzen oder sogar dagegen aufrechnen möchten, ist in einer Publikation nachzulesen, die unter dem Titel „Opa war kein Nazi“ Befragungsergebnisse von Vertretern dreier Generationen vorstellt. In der Studie von Harald Welzer und seinen Mitarbeiter/innen wurden Angehörige dreier Generationen über die Erinnerungen an die NS-Vergangenheit und die Weitergabe von Erfahrungen an Kinder und Enkel befragt.⁴ Die Autorin Sabine Moller, die vor allem Familien in den ostdeutschen Bundesländern befragte, machte dabei die Entdeckung, dass die Großelterngeneration, die den Nationalsozialismus noch erlebt hat, nach dem Ende der DDR moralisch an Boden gewonnen habe und entsprechenden Einfluss auf die Enkelgeneration ausübe. Die VertreterInnen der Kriegsgeneration bräuchten heute nur auf die „Stasi“ verweisen, um kritische Fragen ihrer Töchter und Söhne nach ihrem damaligen Verhalten abzuwehren.

So versuchte beispielsweise Frau Haase, eine der Befragten, im Gespräch mit ihrer Tochter und ihrem Enkel die NS-Zeit als heile Welt darzustel-

len, die erst mit dem Krieg zerbrochen sei. Die Tochter gab zu verstehen, dass sie anderer Auffassung sei, worauf die Mutter erwiderte: „Was du in der DDR gelernt hast, das ist doch heute nicht mehr aktuell.“⁵ Die Tochter von Frau Haase konnte – anders als ihre Altersgenossinnen aus dem Westen – so schnell in die Defensive gedrängt werden, weil sie ja inzwischen weiß, dass sie selbst aus einer Diktatur kommt. Sie hat das DDR-System mitgetragen oder sich zumindest darin arrangiert.

Wie weiter?

Die Geschichte der SBZ/DDR ist ein schwieriges Feld für die Erinnerungsarbeit. Es ist eine Geschichte, die historisch noch frisch ist, die sehr fragmentiert erinnert und sehr kontrovers diskutiert wird. Für die Mehrheit der ehemaligen DDR-Bürger steht im Rückblick vor allem der eigene Alltag im Vordergrund. Der Geschichtsdiskurs in der Öffentlichkeit wird aber bestimmt vom Thema Machtstrukturen, Repression und Verfolgung. Von diesem Thema handeln die bisher eingeweihten Gedenkstätten, die aufgestellten Gedenktafeln und Denkmäler: das ehemalige Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen, das Internierungslager und Zuchthaus Bautzen, das Mauermuseum oder das Denkmal für die Opfer des 17. Juni 1953. Es gibt in der vereinigten Bundesrepublik nur ein Museum der Alltagskultur der DDR und eigentlich keines, das sich allein mit der Geschichte der DDR beschäftigt (sieht man einmal vom Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig ab, bei dem die Opposition in der DDR im Mittelpunkt steht).

Die Erinnerungsarbeit ist auch deshalb heikel, da es aufgrund eines doppelten Paradigmenwechsels in der Praxis häufig eine enge Verkoppelung der Erinnerung an die NS-Vergangenheit und an die frühe Nachkriegszeit gibt. Auf diese Weise verbinden sich gegenwärtig die Revision der antifaschistischen Erinnerungskultur und die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte auf der Ebene der Familienerzählung wie in der öffentlichen Erinnerungsarbeit zu einem widersprüchlichen Komplex, der unbedingt ernst genommen werden muss.

5 Sabine Moller, „Du und Dein DDR-Geschichtsbild!“. Der neue Blick auf die Familiengeschichte im Nationalsozialismus nach dem Ende der DDR, in: Horch und Guck, Nr. 40 (2002) 4, S. 26.

4 Vgl. H. Welzer u. a. (Anm. 1).

Neue Erinnerungskultur?

Die Massenmedialisierung des 17. Juni 1953

So fern wie Troja, so nah wie Hollywood

Bei einer Emnid-Umfrage im Jahr 2001 wussten nur 43 Prozent der Befragten, was sich am 17. Juni 1953 ereignet hatte. Ein weiterer Teil brachte den Tag immerhin noch mit der DDR in Verbindung, meinte aber, es sei der Tag des Mauerbaus; manche wähten, dass an diesem Datum die D-Mark das Licht der Welt erblickt habe; 29 Prozent der interviewten Deutschen fiel rein gar nichts ein. Besonders schlecht war es um die Jugendlichen bestellt. Geschichtsdidaktiker verwiesen darauf, dass der 17. Juni 1953 nur noch in etwa jedem dritten schulischen Lehrplan auftauche. Viele Jugendliche verließen die Schule, ohne jemals vom Aufstand in der DDR gehört zu haben. Für nicht wenige Schülerinnen und Schüler war der 17. Juni 1953 so fern wie Troja.¹

Dies dürfte sich 2003 geändert haben. Fünfzig Jahre nach dem Ereignis war es schwer, den Tag zu ignorieren. Das Fernsehen zeigte wochenlang Dokumentationen, Diskussionsrunden und Spielfilme. Was Hollywoods Filmindustrie mit dem Film „Holocaust“ in den siebziger Jahren vorgebracht hatte – ein Spielfilm zu einem historisch brisanten Thema² –, hat in Deutschland längst Nachahmer gefunden. Massenmedien, Bildungseinrichtungen, Wissenschaft und Politik widmeten sich dem Datum. Mit der Wucht von mehreren hundert Veranstaltungen und Projekten sollte der 17. Juni 1953 offenbar im Gedächtnis der Deutschen neu verankert werden. Eine solche Medienoffensive fast inflationären Ausmaßes hatte es bis dahin bei keinem anderen historischen Ereignis gegeben – nicht einmal anlässlich des 150. Jubiläums der Revolution von 1848.

Der 17. Juni 1953 ist – nachdem er jahrzehntelang missbraucht, verdrängt, vergessen und als Tag der

Deutschen Einheit ausgerechnet zu ihrer Vollerfüllung 1990 abgeschafft worden war – nicht nur in einer bemerkenswerten Weise wiedergewonnen worden, sondern die Massenmedien haben ihn entdeckt und gekonnt vermarktet.³ Das historische Ereignis fasziniert, seine Geschichte wurde von einer Erinnerungsindustrie als Erlebnis präsentiert, das Geschehen als Event an die Frau und den Mann gebracht. Welches waren die Spezifika dieses Erinnerungsbooms? Welchen Nutzen, welche Nachteile ergeben sich aus der neuen Erinnerungskultur?

Der neue Erinnerungsboom

Zur besten Sendezeit liefen bereits Wochen vor dem 17. Juni Fernsehfilme, aufwändige Fiktionen, in den öffentlich-rechtlichen Programmen. „Tage des Sturms“ stellt das Schicksal einer Arbeiterfamilie, die in das Geschehen des Aufstands vom 17. Juni 1953 verwickelt wird, in den Mittelpunkt. In „Zwei Tage Hoffnung“ dreht sich die Geschichte um zwei Brüder, die in beiden Teilen Berlins leben, der eine arbeitet beim RIAS, der andere ist SED-Kader; zwischen den Brüdern steht eine Frau – der 17. Juni als Liebesgeschichte und Familientragödie. „Helden ohne Ruhm“, der auf Arte, dann in der ARD, schließlich in den Dritten Programmen ausgestrahlt wurde, gehört demgegenüber zur Rubrik des Dokumentarfilms; er lenkt das Augenmerk vom Zentrum auf die Provinz und lässt Zeitzeugen ausgiebig zu Wort kommen – ein engagierter Film, der denen Gerechtigkeit verschaffen will, die bisher unsichtbar und namenlos waren. Das geschieht mit Unterstützung pathetischer Klangkaskaden von Schostakowitsch, die signalisieren: Hier geht es um Helden. Im ZDF steuerte Guido Knopp in bewährter Manier „Der Aufstand“, ein Dokudrama, also eine Mischung

³ Die vielfältigen Aktivitäten um das Großereignis „50 Jahre 17. Juni 1953“ sind alle mehr oder weniger verstreut im Internet dokumentiert. Die Fundorte werden nachfolgend aus Platzgründen nicht im Einzelnen aufgeführt. Bei der Recherche half mir dankenswerterweise Valentin Eck von der Universität Mannheim.

¹ Vgl. Deutsche Welle, Politik: www.dw-world.de/german/0,3367,1454_A_890724,00.html.

² Vgl. Wilhelm van Kampen, Holocaust. Materialien zu einer amerikanischen Fernsehserie über die Judenverfolgung im „Dritten Reich“, Bonn 1981.

aus Dokumentation und nachgespielten Szenen, mit anschließender Expertenrunde bei. Vor allem der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) sendete zahlreiche kleinere Fernsehfilme, Interviews und Diskussionsrunden. In allen größeren Städten und Gemeinden der östlichen Bundesländer gab es, getragen von verschiedenen Veranstaltern, öffentliche Filmpräsentationen zum Schicksalsjahr 1953. Auch im Westen fand man solche, jedoch waren sie viel geringer an der Zahl. Zu erwähnen sind schließlich noch Dokumentarfilme, die auf Video und DVD vertrieben werden.

Auch die Radiosender richteten ihr Programm auf den 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 aus. „Panzer und Poeten“ nannte etwa der Deutschlandfunk seine Sendereihe: In 14 collageartigen Beiträgen wurden Teilaspekte aus der Sicht von Zeitzeugen geschildert. Grundlage waren Briefe, Tagebücher und andere Materialien von Hörerinnen und Hörern, die der Redaktion nach einem Aufruf des Schauspielers Peter Sodann zur Verfügung gestellt worden waren. Dazu kamen historische Originaltöne, Autorenlesungen – so Erich Loest mit „Durch die Erde ein Riss“ oder Günter Grass mit „Die Plebejer proben den Aufstand“ –, Gespräche mit Günter Kunert oder Gerhard Zwerenz und vielen anderen, Live-Übertragungen zum ost-westlichen Dialog über den 17. Juni, Hörspiele und so weiter und so fort; die Reihe liegt mittlerweile als CD vor. Bei den regionalen Programmen lag wiederum der Schwerpunkt im Osten. Im Westen bekamen Hörerinnen und Hörer z. B. die Radiosendung des 2. Programms des Südwestrundfunks (SWR) Baden-Baden „Der Ost-West-Träumer. Heinz Brandt und der 17. Juni 1953“ geboten. Die Deutsche Welle übernahm wie gewohnt die Information der im Ausland lebenden Deutschen und widmete dem Jubiläum zahlreiche Sendungen, etwa vom 16. bis zum 20. Juni eine tägliche „Spuren-suche“. Auch das Goethe-Institut organisierte Veranstaltungen. Der 17. Juni war ebenfalls in den Medien des europäischen Auslands präsent.

Wie noch niemals zuvor sind für den Jahrestag von verschiedenen Institutionen der Wissenschaft (wie dem Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam) und der politischen Bildung (Bundeszentrale und Landeszentralen) sowie von Museen (wie dem Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland) eine Fülle umfangreicher Internetseite aufgebaut worden. Man kann so den Weg in das Krisenjahr 1953 verfolgen, die dramatischen Ereignisse selbst und die Nachwirkungen, unterstützt durch multimediale Tageschroniken, Karten und Videoclips.

Nicht zu beziffern ist die Zahl der Ausstellungen unterschiedlichster, z. T. regionaler und lokaler Träger an vielen Orten zu fast allen Aspekten des Aufstands und seiner Verarbeitung in der Öffentlichkeit, in Schulbüchern und im Privaten. Das Haus der Geschichte erarbeitete eine Wanderausstellung über „Widerstand und Opposition in der DDR“, die großen Besucherandrang verzeichnet. In der Rastatter „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ wird eine Ausstellung gezeigt, ebenfalls in den Räumen aller politischer Stiftungen, in Foyers von Landtagen, im Mauermuseum am Checkpoint Charlie, im Koblenzer Bundesarchiv, in Gedenkstätten und Dokumentationszentren, Stadtmuseen, in Akademien, an Universitäten, in Schulen, in unzähligen Rathäusern der ganzen Republik. In der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen fand vom 16. bis zum 18. Juni „Die Lange Nacht des 17. Juni 1953“ statt, eine multimediale Theateraufführung im ehemaligen Stasi-Gefängnis, ergänzt durch eine am nächtlichen Himmel Berlins weithin sichtbare Videoinstallation, eröffnet von der Kulturstaatsministerin Christina Weiss. In verschiedenen Berliner Bezirken, aber auch in fast allen größeren Städten Ostdeutschlands wurden Straßentheater und szenische Collagen aufgeführt: An Plätzen, die während des Aufstands eine Rolle gespielt hatten, erinnerten Gruppen mit Toninstallationen, historischen Kostümen und Rundfunkaufnahmen, mit Lesungen und Theaterszenen lautstark an das Ereignis.

Ungezählt blieben die vielen wissenschaftlichen Tagungen, die sich gegenseitig Konkurrenz machten. Die größte Resonanz fanden Festveranstaltungen um die Symposien herum, so etwa die medienwirksame Feier, die anlässlich der Tagung der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR am 11. Juni 2003 im Plenarsaal des Berliner Abgeordnetenhauses stattfand und auf der u. a. der Bundesratspräsident sprach und die TV-Journalistin Sandra Maischberger Lesungen und Diskussionen moderierte. Wer sich für neue Bücher zum 17. Juni 1953 interessierte, fand in den Literaturbeilagen aller Zeitungen mehr als genügend Hinweise. Neben Neuerscheinungen von – in alphabetischer Reihenfolge – Thorsten Diedrich, Thomas Fleming, Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann, Hubertus Knabe, Guido Knopp, Volker Koop, Ilko-Sascha Kowalczyk, Hans-Peter Löhn, Ulrich Mühlert und Rolf Steininger widmeten sich zahlreiche Autorinnen und Autoren regionalen oder lokalen Fallbeispielen. Keine Zeitung, von „Bild“ bis zur „Süddeutschen“, kein Magazin, keine Illus-

trierte, vom „Spiegel“ bis zur „Bunten“, kam ohne Geschichten zum 17. Juni 1953 aus, der als demokratischer Massenaufstand, als eine der wenigen demokratischen und nationalen Bewegungen in der deutschen Geschichte und als Anfang vom Ende der DDR gewürdigt wurde – als würde Geschichte als Einbahnstraße verlaufen.

Natürlich sollen die Gedenkveranstaltungen für die Opfer des 17. Juni nicht vergessen werden, die großen nicht – im Deutschen Bundestag, am Friedhof Seestraße im Berliner Bezirk Wedding, was seit den fünfziger Jahren Tradition ist – und nicht die unzähligen kleinen, die in Rathäusern, auf öffentlichen Plätzen, vor Gedenksteinen und Mahnmalen begangen wurden. Die Deutsche Post offerierte ausgewählten Haushalten ein „begehrtes“ und „wertvolles“ Erinnerungstück von bleibendem Wert, „auch für folgende Generationen“, wie sie schrieb, nämlich das limitierte Numisblatt „50. Jahrestag Volksaufstand in der DDR“. Der Zehnerbogen einer Sonderbriefmarke mit Zuschlag (55 plus 25 Cent) mit Ersttagsstempel „Berlin“ und eine 10-Euro-Silbermünze wurden zusammen abgegeben. Unter 57 Entwürfen von elf Designern hatte sich die Post für die Wiedergabe eines charakteristischen Details des Aufstandes entschieden: auf T-34-Panzer Steine werfende junge Männer. Das Design für den Silber-Euro stammt von Hans Dobler aus Walda: stilisierte Panzerketten über Schriftzügen wie „Freiheit“, „Demokratie“, „Freie, geheime Wahlen“. Der ehemalige Bundespräsident Walter Scheel unterstreicht in einer dem Prospekt beigelegten Stellungnahme die Bedeutung des 17. Juni 1953, und Bundespräsident Johannes Rau präsentierte das Sonderpostwertzeichen und die Gedenkmünze am 5. Juni 2003 im Schloss Bellevue. Er hob hervor, dass der Zuschlag von 25 Cent, für den er sich eingesetzt habe, an die Opferverbände des 17. Juni abgeführt werden soll, um Versäumtes wieder gutzumachen. Es sei nämlich „manches hinter dem zurückgeblieben, was wir uns unter Gerechtigkeit vorstellen“.

Rau war es auch, der zusammen mit der Hamburger Körber-Stiftung einen Schülerwettbewerb zum 17. Juni 1953 initiierte. Anfang der siebziger Jahre hatte der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann zusammen mit dieser Stiftung, die sich vor allem um das Geschichtsbewusstsein junger Menschen in Deutschland und Europa kümmert, den „Gustav-Heinemann-Preis für die Schuljugend zum Verständnis deutscher Freiheitsbewegungen“ ins Leben gerufen, dem großer Erfolg beschieden war. Der erste Wettbewerb hatte anlässlich des 125. Jahrestages die deutsche Revolution von

1848/49 zum Thema; damals waren über 5 000 Arbeiten eingereicht worden.

2003 war der 17. Juni 1953 an der Reihe. Jugendliche und junge Erwachsene bis zu 25 Jahren waren aufgerufen, der Geschichte des Aufstandes und seiner Folgen in Ost und West nachzugehen und ihre Arbeiten bis Ende Januar 2003 abzugeben. Die Resonanz war weniger groß, als es sich die Auslober erhofft hatten: 170 junge Menschen reichten über 100 Beiträge ein, zwölf davon wurden von einer Jury mit Preisen ausgezeichnet. Die Teilnehmenden interessierten sich besonders für Einzelschicksale. Obwohl es sich um die Geschichte der DDR handelte, stammten 56 Prozent der Arbeiten aus den westdeutschen Bundesländern und nur 39 Prozent aus den ostdeutschen; fünf Prozent kamen aus Osteuropa.⁴ Hier schlug offenbar die Zurückhaltung ostdeutscher Lehrerinnen und Lehrer gegenüber dem 17. Juni, ja gegenüber der DDR-Geschichte insgesamt durch, die doch immer wieder Fragen nach ihrer eigenen Biographie provoziert.⁵ Zahlreiche Fortbildungsseminare der Oberschulämter und von pädagogischen Landesinstituten zum 17. Juni 1953, die im ersten Halbjahr 2003 angeboten wurden, sollten die Malaise beheben helfen.

Erinnerung zur Zeit der deutschen Teilung

Der 17. Juni 1953 ist das am gründlichsten erforschte historische Ereignis der jüngeren deutschen Zeitgeschichte. Nahezu alle Dimensionen des Aufstandes, seiner Vorgeschichte und seiner Nachwirkungen sind in den vergangenen Jahren aufgearbeitet worden. Wir wissen heute mehr als jemals zuvor. Im Großen und Ganzen hat sich das Bild des 17. Juni 1953, das im Westen vor 1989 bekannt war, bestätigt. Mehr als eine Million Menschen beteiligten sich am Aufstand, der flächendeckend die gesamte DDR erfasste; in eine Landkarte müsste man über 700 Fähnchen stecken, um alle Orte des Geschehens zu erfassen. Das Neue im Jahr 2003 war, dass viele Geschichten „von unten“ und aus der Provinz erzählt wurden: weg von den großen Ereignissen, weg vom Zentrum

⁴ Vgl. www.stiftung.koerber.de/wettbewerbe/geschichtswettbewerb/presse/schreibwettbewerb/17_juni_1953.pdf.

⁵ So Vermutungen ostdeutscher pädagogischer Institute, vgl. Aus der Geschichte gefallen, in: Süddeutsche Zeitung vom 17. 6. 2003.

Berlin, hin zum Kleinen, zur Peripherie. Auffällig war auch: Es gab keine großen Kontroversen; im Mittelpunkt stand die nationale Geschichte, die Wiederentdeckung der Nation. Eine transnationale Perspektivenverschmelzung fehlte weitgehend.

Der 17. Juni 1953 ist im Westen natürlich nicht sofort vergessen worden, im Gegenteil: In der Bundesrepublik der fünfziger Jahre war er das herausragende Erinnerungsdatum.⁶ Man war sich damals einig, dass die Deutschen in der DDR eine Revolution gemacht hatten, wie sie der deutschen Geschichte bisher fremd war: gegen den Terror und die Ausbeutung durch die kommunistischen Handlanger der sowjetischen Besatzungsmacht, für die Wiedervereinigung Deutschlands. Dass die deutsche Teilung 40 Jahre dauern würde, war für die meisten Deutschen in den fünfziger Jahren unvorstellbar. Fast jeder rechnete mit der baldigen Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Heute nahezu vergessen ist das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“, das damals als überparteiliche Organisation gegründet wurde, um mit ganzjährigen plebiszitären Aktionen die Verfestigung der Zweistaatlichkeit zu verhindern und den Gedanken an die nationale Einheit im Bewusstsein der Menschen zu erhalten. Das Kuratorium organisierte jeweils um den 17. Juni herum Feste und Feiern an deutschen Erinnerungsorten, etwa am Hermannsdenkmal, in Fallersleben, vor dem Reichstag; es rief die Jugend zu Stafettenläufen von Helgoland bis zur Zugspitze, vom Saarland bis zur „Zonengrenze“ auf, errichtete in hunderten von Städten Denkmäler zur Wiedervereinigung und brannte an der Grenze zur DDR „Mahnfeuer“ ab. Politiker verkauften Anstecknadeln und sammelten auf der Straße und in den Schulen „Wiedervereinigungspfennige“. Die Erinnerungskultur war vielschichtig.

Aber jeder modellierte sich sein eigenes Bild vom 17. Juni 1953. Er geriet sehr rasch in die Fänge partei- und gruppenpolitischer Vereinnahmungen, die sich wiederum im Zeitverlauf infolge internationaler Rahmenbedingungen, generationeller Umbrüche und eines Wertewandels in der Gesellschaft tief greifend veränderten. Die Geschichte des Umgangs mit dem 17. Juni im Westen war für niemanden ein Ruhmesblatt, und wohl auch deshalb ist der Feiertag 1990 so sang- und klanglos durch den 3. Oktober ersetzt worden: Der Staatsakt verdrängte den Volksaufstand. Aber das schlechte

Gewissen, den Ostdeutschen eine Erfahrung geraubt zu haben, drückte aufs Gemüt.

Die Idee der Nation blieb in der DDR-Bevölkerung länger lebendig als im Westen, weil hier die geeinte Nation immer auch die Freiheit versprach, die man im Westen längst hatte. Dennoch haben viele in der untergehenden DDR, gerade aus der Bürgerbewegung, die Bedeutung des 17. Juni 1953 bestritten und den Männern und Frauen von 1953 wenig Respekt erwiesen. Manche waren gar der SED-Propaganda vom „faschistischen Putschversuch“ aufgesessen. Dieses Verhalten wird heute etwa von Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für Stasi-Unterlagen und frühere DDR-Bürgerrechtlerin, sehr kritisch gesehen,⁷ und daraus erklärt sich die emphatische Neuentdeckung des 17. Juni auch von dieser Seite aus.

Erinnert wird, was massenmedial präsentabel ist

Erinnerungskulturen sind maßgeblich von Medien abhängig. Diese ermöglichen Bewahrung und Weitergabe. Medien jedoch sind keine neutralen Speicher, die Daten nur abbilden, sondern sie sind aktiv an der Bedeutungskonstruktion der zu vermittelnden Botschaft beteiligt. Geschichte ist in den vergangenen Jahren vor allem zu einem Medienerlebnis für die breite Öffentlichkeit geworden. Sie unterhält, informiert, klärt auf und belehrt, und vergangene Zeiten lassen sich nicht nur lesen, sondern auch hören und sehen.

Heute hat das Fernsehen die Grundversorgung der Gesellschaft mit Geschichtsbildern übernommen. Im Mittelalter war dies die Rolle der Armenbibel, in der Frühen Neuzeit die Rolle der Flugblätter. Im 19. Jahrhundert formte sich das nationale Gedächtnis an Denkmälern als Stein gewordener Geschichtsunterricht, aber auch an der historisch-patriotischen Erbauungsliteratur in der Schule und an dem Panorama, einer Art Filmdokumentation vor dem Film. Seit der Zwischenkriegszeit im 20. Jahrhundert trat das Radio als neues Epoche machendes Massenmedium seinen Siegeszug an.

Die Kritik an massenmedialer Geschichtsvermittlung ist so alt wie das Phänomen selbst. Kritiker des Denkmalbooms im ausgehenden 19. Jahrhundert prangerten den Appell an die Emotionen auf

6 Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999.

7 Marianne Birthler, *Das lange Schweigen*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 14./15. 6. 2003.

Kosten der Ratio an; Gottfried Benn nannte dies später abschätzig den „Wallungswert“ des Denkmals. Kaum hatte sich der Hörfunk in den zwanziger Jahren geschichtlichen Sendungen zugewandt, erklang die Klage, das Massenvergnügen verdränge die bürgerliche Hochkultur. Und über das Fernsehen sagte der Kulturkritiker Neil Postman 1985, es sei dabei, unsere Kultur in eine riesige Arena für das Showbusiness zu verwandeln.

Geschichtsdarstellung in neuen Medien ist und war für die Geschichtswissenschaft eine Herausforderung par excellence – und zwar für alle drei Zweige, für die empirische Forschung, für die Theorie und für die Didaktik. Mit dem Durchbruch eines demokratischen Massenmarktes und der modernen Kommunikationsgesellschaften seit dem 19. Jahrhundert ging ein öffentlicher Gebrauch der Geschichte einher. Seither werden bange Fragen gestellt: Geht auf dem Jahrmarkt der Geschichte die Aufgabe verloren, „zu zeigen, wie es eigentlich gewesen“ ist? Wird in massenmedialen Darstellungen leichtfertig die Wissenschaftlichkeit über Bord geworfen? Andererseits: Dass auch „Klio dichtet“, haben nicht erst die „Postmodernisten“ wie Hayden White festgestellt. Bereits Johann Gustav Droysen hat in seiner „Historik“ von 1868 unabdingbare Formen des Fiktiven analysiert.⁸

Historikerinnen und Historiker müssen sich heute intensiv mit der massenmedialen Konstruktion der Vergangenheit befassen. Es ist nicht damit getan, die zeitgeschichtlichen Filme im Fernsehen, besonders Inszenierungen, die im Fachjargon „Nachdreh“ genannt werden, naserümpfend zur Kenntnis zu nehmen oder die Zeitzeugenfolge im 20-Sekunden-Takt zu bemängeln oder das schöne Styling, die dramatische Musik und die raue Kommentarstimme von Christian Brückner, des Synchronsprechers von Robert de Niro, als Kotau vor einem erlebnisorientierten Massenpublikum zu entlarven.

Geschichtstheorie bedeutet, einfach gesagt, das Nachdenken über die Geschichte als vergangene Realität und über das Wissen davon. Wenn aber dieses Wissen und damit das Geschichtsbewusstsein in besonderem Maße durch das Fernsehen und andere Massenmedien vermittelt wird, müssen Theorie und Didaktik Antworten liefern, was diese für das Geschichtslernen leisten.⁹ Geschichte

⁸ Anstelle vieler Einzelnachweise vgl. Chris Lorenz, Die Konstruktion der Vergangenheit, Köln u. a. 1997, S. 127 ff. (dort auch weiterführende Literatur).

⁹ Vgl. u. a. Gerhard Schneider, Filme, in: Hans-Jürgen Pandel/ ders. (Hrsg.), Handbuch Medien im Geschichtsunterricht, Schwalbach/Ts. 1999, S. 365–386.

im Fernsehen ist eine Art Historiographie mit den Ausdrucksmitteln des Films: starke Bilder, Einsatz von Musik, Emotionen. Man muss sich v. a. um drei Problemkreise kümmern: um die ästhetischen Ausdrucksformen, um das Verhältnis von Persönlichkeit und Struktur und um die Wirkung und die Bewertungsmaßstäbe von Geschichte in den Massenmedien.

Die ästhetischen Ausdrucksformen

Historikerinnen und Historiker versuchen, die Geschichte wirkungsvoll vor Augen zu führen; sie müssen sich für Darstellungsfragen interessieren. Nur wenige werden dem Bekenntnis von Golo Mann zustimmen, dass gute Historiographie weniger mit Wissenschaft als vielmehr mit Literatur zu tun habe. Aber die meisten werden doch zum Lesen anstiften wollen, werden versuchen, anschaulich zu schreiben und zu reden, werden Fragen aufwerfen, zum Mit- und Nachdenken anregen wollen, werden zwischen Potentialität und Faktizität variieren und einer Mischung aus narrativen und reflexiven Elementen den Vorzug geben. Übersetzt für Filme lauten die geschichtsdidaktischen Kategorien: „Veranschaulichung“ und „Vergegenwärtigung“.

Auf die Fußangeln jedweder historischen Arbeitsweise hat bereits Johann Gustav Droysen im 19. Jahrhundert aufmerksam gemacht. In seiner „Historik“ hat er drei unabdingbare Formen des Fiktiven herausgearbeitet, ohne die Historiografie nicht auskommt: erstens die Fiktion des vollständigen Verlaufs, denn noch jede Erzählung erweckt den Eindruck der Vollständigkeit; zweitens die Illusion des ersten Anfangs und definitiven Endes, denn jede genetische Erzählung konstruiert einen gegenüber der Wirklichkeit übertriebenen Eindruck von organischer Entwicklung; drittens steht jede Geschichtsdarstellung in der Gefahr, die Illusion eines objektiven Bildes der Vergangenheit vorzutäuschen.

Droysen kannte die elektronischen Medien nicht. Darf, so muss man heute fragen, die Theorie Buch und Film über den gleichen Leisten schlagen? Muss man nicht das jeweilige Medium stärker berücksichtigen? Wie steht es z. B. mit dem Problem der Mehrdeutigkeit? Der Kompilationsfilm bietet die beste Möglichkeit, die Vergangenheit zu konstruieren: Er bedient sich Szenen, Computeranimationen, zeitgenössischen Bildern und Überresten, unterbricht den Filmverlauf durch Interviews und gibt Stellungnahmen von Experten wieder. So werden verschiedene Ebenen und Sichtweisen zum Thema vermittelt und die in der Didaktik geforderte Multiperspektivität eingelöst.

Das Verhältnis von Persönlichkeit und Struktur

Geschichte im Fernsehen, aber auch allgemein in den Massenmedien, heißt: Die Geschichtsbetrachtung richtet sich vornehmlich auf Handlungen und Ereignisse, weniger auf Strukturen und Prozesse. Personen regen zur Identifikation an, bergen aber die Gefahr der Sichtverengung und des Reduktionismus gegenüber der Vielfalt und der möglichen Gegenläufigkeit gesellschaftlicher Prozesse. Strukturhistoriker haben biographische Besonderheiten ausgeblendet und sich den geschichtsmächtigen, überindividuellen Strukturen und Prozessen zugewandt. Sie sehen im Geschichtsfernsehen daher häufig einen audiovisuellen Neohistorismus. Historiker aus der hermeneutischen Tradition argumentieren hingegen, in der Geschichte gehe es um den Menschen, und wenn in ihr Strukturen entdeckt würden, seien diese doch immer von Menschen geschaffen und könnten durch besondere, durch „große“ Persönlichkeiten umgeformt werden. Sie halten den Strukturhistorikern mangelnde narrative Kompetenz vor.

Geschichte in den modernen Massenmedien erklärt durch Erzählung. Daher ist der Streit um das Fernsehen die Fortführung des alten Streits über die Narration in der Geschichte. Anfang der siebziger Jahre geriet die Erzählung in der Geschichtswissenschaft, auch in der Didaktik, jäh ins Abseits, und es dominierte der emanzipatorische Ansatz. Doch erstaunlich schnell setzte eine Gegenbewegung ein. Didaktiker plädieren heute wieder für einen erzählenden Umgang mit Geschichte, da sich nur so Authentizität, also größtmögliche Erfahrungsnähe, gewinnen lasse. Erfahrungsnähe und Erlebnis scheinen für Geschichte im Fernsehen *conditiones sine qua non* zu sein.

Wirkung und Bewertungsmaßstäbe

Das Fernsehen als Medium der Schaulust kann in seiner Vielfältigkeit im letzten Sinne Schau-Bühne historischen Lernens sein. Die Vergangenheit steht uns nicht als Realität, sondern in Form von Deutungen zur Verfügung, die von Wertungen und künftigen Perspektiven mitbestimmt sind. Mit Blick auf das Fernsehen lässt sich dieser Gedanke mit der These verbinden, dass eine audiovisuelle Präsentation ihrem Wesen nach bereits eine Form der Erklärung ist. Bilder beeinflussen die Formung von Geschichtsbewusstsein stärker als das gesprochene oder geschriebene Wort. Weil der Film fertige und obendrein „lebendige“ Bilder liefert, gerät das Dargestellte leichter als bei anderen Medien und Quellen ungefragt zur geschichtlichen Wahrheit.

Geradezu skurril mutet vor diesem Hintergrund das grobe Missverhältnis bei der kritischen Würdigung massenmedialer historischer Werke an. Jede durchschnittliche Buchpublikation darf darauf vertrauen, mehrfach rezensiert zu werden. Fernsehsendungen werden von der Fachhistorie und der Fachdidaktik hingegen nur selten gewürdigt. Es fehlt an Bewertungsmaßstäben, die über die sonst üblichen Fragen wie Rationalität, Quellennähe und Thesenführung hinausweisen.

Es wäre eine wichtige Aufgabe, solche Bewertungsmaßstäbe zu entwickeln. Sie müssten natürlich die Standards reflektieren, aber auch Fragen nach der Anschaulichkeit, der Komplexität, der Handlungsführung, der Perspektive, der Suggestivität stellen. Vor allem aber müsste diskutiert werden, ob die Vorzüge des Mediums genutzt worden sind. Denn Sachertrag oder Aufklärung und Publikums эффект müssen nicht zwangsläufig Gegensätze sein.

Auf der Euroclio-Konferenz der Geschichtslehrerinnen und -lehrer in Budapest im März 1997 wurde ein Programm über den „Umgang mit Geschichte im 21. Jahrhundert“ verabschiedet, in dem die interkulturelle Medienkompetenz – Fernsehen, CD-ROM, Internet – ganz oben stand.¹⁰ Geschichte ist heute eine internationale Handelsware, sie wird als Film oder als CD bzw. als DVD international vertrieben, und das neue Speicher- und Kommunikationsmedium Internet revolutioniert den Umgang mit der Vergangenheit. Das World Wide Web vereinigt Elemente der Interaktivität und der Hypertextualität.

Das Internet bietet eine immense Fülle an Informationsquellen, die entdeckendes Lernen ermöglicht. Aber wir sollten uns der besonderen Problematik einer z. T. mangelnden Qualität bewusst sein. Die Gefahr eines Orientierungsverlustes droht: In der personalisierten, auf individuelle Präferenzen abgestimmten, beliebig verknüpfbaren Datenfülle kann sich jeder und jede „seine“ und „ihre“ Vergangenheit, seine und „ihre“ Erinnerung selbst zusammenbasteln.

Erinnerungskultur heute und morgen

Das Gedächtnis wird immer stärker durchformt von den Instrumenten und Möglichkeiten der modernen Massenmedien. Darüber hinaus ist

¹⁰ Dokumentiert in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 49 (1998), S. 204.

Geschichte zu einer Massenaktivität geworden. Die Politikwissenschaftler Claus Leggewie und Erik Meyer stellen vor diesem Hintergrund Trendvermutungen über künftige Erinnerungskulturen an: Sind Erinnerungskulturen heute noch meist zivilgesellschaftlich begründet, so werden sie morgen kommerziell motiviert sein; sind sie heute noch eher politisch inszeniert, so werden sie morgen durchgehend event-bezogen sein; sind sie heute noch auf Dauer angelegt, so werden sie morgen episodenhaft und kampagnenförmig sein; sind sie heute noch vergegenständlicht und diskursiv, so werden sie morgen visualisiert und virtuell sein. Sie werden weniger national verfasst als vielmehr global ausgerichtet sein.¹¹

Diese Trends lassen sich auch beim Umgang mit dem 17. Juni 1953 im Jahre 2003 erkennen. Der Aufstand – eine Zeitlang totgeschwiegen und nun totgefeiert? Wird nach der kollektiven Erinnerung nun wieder das kollektive Vergessen einsetzen? Fehlt es nicht an einem Ort, an dem sich die Erinnerung fest machen kann, fehlt es nicht an Namen der Handelnden, der Opfer? Andererseits verfügen wir durch die wachsende Medialisierung über Erinnerungssymbole – Bilder und Filmsequenzen –, die immer wieder aufbereitet werden können, und das 50. Jubiläum des 17. Juni 1953 hat dem Tag

¹¹ Vgl. Claus Leggewie/Erik Meyer, Medien und Erinnerungskulturen heute und morgen – ein Ausblick, Ms. (o.J.), Gießen, zu finden unter: www.memorama.de.

eine Unmittelbarkeit gegeben, die man ihm nicht mehr zugetraut hätte.

Wer die (z. T. bisher unbekannt) Bilder gesehen hat von den freudig demonstrierenden Männern und Frauen – die fröhlichen Gesichter fallen sofort ins Auge –, der ahnt, wieviel Hoffnung und Zuversicht, wieviel Enttäuschung und Leid an diesem Datum hängt. Hat nicht 1953 die ostdeutsche Bevölkerung eine Bastille von der Größe eines Landes zu erstürmen versucht? Warum sollte der 17. Juni nicht ein zuversichtlicher Erinnerungsort sein können? Die Franzosen genießen sich nicht, wenn sie ihren 14. Juli mit einer gewissen Leichtigkeit feiern. Eine Scheu vor Symbolen erscheint unangebracht. Schon der große Politiker und Historiker der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Alexis de Tocqueville, wusste, dass demokratische Völker der symbolischen Formen mehr als andere bedürfen, sie für gewöhnlich jedoch geringer achten. Ein Defizit an symbolisch vermittelter Identifikation könnte Antidemokraten jeglicher Couleur auf den Plan rufen, dieses Vakuum zu füllen.

Der 17. Juni 1953 ist ein Zuversicht verbürgender Erfahrungsschatz für alle Deutschen. Er vermittelt Erfahrungen von Opposition, Widerstand und Aufstand gegen eine Diktatur, Erfahrungen eines zivilbürgerlichen Engagements, welche die Deutschen übrigens mit ihren europäischen Nachbarn teilen.

Jugendliche aus Einwandererfamilien und die Geschichte des Nationalsozialismus

Wessen Geschichte?

Unbeeindruckt von der politischen Debatte um eine gesetzliche Regelung der Zuwanderung haben Migrationsprozesse in Vergangenheit und Gegenwart Deutschland faktisch zu einem Einwanderungsland gemacht. Wie alle Einwanderungsgesellschaften ist damit auch die bundesdeutsche Gesellschaft durch ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt gekennzeichnet. Auch Geschichtsbezüge, so meine These¹, werden durch die veränderte ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung und die Pluralisierung von Geschichte(n) transformiert. Ein beachtlicher Teil der heute in Deutschland lebenden Menschen verfügt über Familien- und Kollektivgeschichten sowie über historisch-politische Erfahrungen, die sich von den „deutschen“ unterscheiden. Es handelt sich größtenteils um Menschen, deren Vorfahren keine direkten Verbindungen zum Nationalsozialismus haben, also weder Zuschauer oder Mitläufer noch Täter waren.

Diese Menschen leben aber in einem Land, in dem die Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Holocaust für die politisch-moralische Öffentlichkeit von immenser diskursiver und symbolischer Bedeutung ist.² Die Gegenwärtigkeit der Geschichte entfaltet sich in immer wiederkehrenden und neuen Debatten, in denen um Historisierung, Schuld und Verantwortung, geschichtliche Deutungen, die Besetzung von Gedenkortern und Erinnerungskultur gestritten wird. Als Beispiele seien hier nur die Debatte über das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin oder aktuell die Diskussion über Deutsche als Opfer des Krieges (Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung) genannt.

1 Vgl. ausführlich meine Studie „Entlehnte Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland“ (soeben erschienen im Verlag der Hamburger Edition).

2 Vgl. Aleida Assmann/Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit, Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart 1999.

Diese Kontroversen zeigen, wie zentral die Geschichte des Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen für das kollektive und individuelle Selbstverständnis der Deutschen sind, und unterstreichen zugleich die normativ-einheitsstiftende Bedeutung der Vergangenheitsbewältigung.³ Da diese meist ausschließlich als Angelegenheit der durch Abstammung begründeten deutschen Schicksals-, Verantwortungs- oder Haftungsgemeinschaft begriffen wird, besteht die Gefahr, ein ethnisch-völkisches Selbstverständnis zu verstärken. Mit Blick auf eine deutsche Einwanderungsgesellschaft muss deshalb die Frage aufgeworfen werden, ob und inwiefern das Festhalten an einem solchen Selbstverständnis nicht zur Exklusion von Menschen nicht-deutscher Herkunft führt. Kann eine so definierte deutsche Erinnerungsgemeinschaft Menschen aus anderen Traditionszusammenhängen überhaupt integrieren? Kann von Einwandererinnen und Einwanderern überhaupt erwartet werden, dass sie, mit Jean Améry gesprochen, das „negative Eigentum“⁴ der Aufnahmegesellschaft annehmen?

Die Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust bildet sich in einer Mannigfaltigkeit von Repräsentationsformen ab: in kulturellen Objektivierungen, öffentlichen Debatten und institutioneller Verarbeitung, etwa in der Schule oder in Gedenkstätten. An diesen Orten verhandeln junge Menschen unterschiedlicher Herkunft ihre Geschichtsbilder. Der Umgang mit der NS-Geschichte wird dabei häufig zu einem kritischen Testfeld für Anerkennungs- und Zugehörigkeitsfragen in der deutschen Aufnahmegesellschaft. Im interkulturellen Austausch über Vergangenheit werden Identitäten geformt, behauptet und abgegrenzt.

Aus der skizzierten Problemstellung ergeben sich zwei Fragen, die das Erkenntnisinteresse meiner

3 Vgl. hierzu etwa Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München; Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001.

4 Jean Améry, *Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten*, Stuttgart 1980.

Studie strukturieren. Erstens: Wie positionieren sich Jugendliche aus Einwandererfamilien zur NS-Geschichte und ihren Trägern – der deutschen Zuschauer-, Mitläufer- und Tätergesellschaft und ihren Nachkommen? Zweitens: Ist es auf der Grundlage sozialisationstheoretischer Erkenntnisse denkbar, dass Migranten sich ein kollektives, „historisches Erbe“ der Aufnahmegesellschaft zu Eigen machen?

Gegenstand der Untersuchung ist die Bedeutung der Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust für die Herausbildung historischer Identität von jugendlichen Migranten in Deutschland. Identitätsbildung wird hier mit Stuart Hall als Prozess der „Positionierung“ gefasst: *Positioning* beschreibt das temporäre und strategische Beziehen von Positionen im Kontext einer als kontinuierlich verstandenen Identitätsarbeit.⁵ Im untersuchten Zusammenhang besteht diese darin, sich seiner Geschichte in zweierlei Hinsicht zu vergewissern: erstens seiner Lebensgeschichte und zweitens der Geschichte der historischen Bezugsgruppe, der man sich zugehörig fühlt. Dabei muss das Individuum kollektive und individuelle Vergangenheit integrieren, d.h. die kollektive Geschichte muss biographisch anschlussfähig gemacht werden. Im Mittelpunkt steht also die Betrachtung der hergestellten Bezüge zwischen „kleiner“ (persönlicher) und „großer“ (nationaler) Geschichte. Die Studie untersucht deshalb die von jungen Migranten in Auseinandersetzung mit den historischen Ereignissen des Zweiten Weltkrieges entwickelten Zeitdeutungen, Zugehörigkeitskonstruktionen, biographischen Strategien und Aneignungsformen der Geschichte.

Zur Gegenwart und Zukunft der Erinnerung

Wenn es im Folgenden um die Geschichtsbezüge junger Migranten in Deutschland geht, sind diese auch vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen eines veränderten Diskurses über die Erinnerung an den Holocaust zu betrachten. Ich möchte deshalb einige der wesentlichen Entwicklungen in fünf Thesen benennen, um den theoretischen, historischen und gesellschaftspolitischen Raum zu markieren, in welchem sich auch die Geschichtskonstrukte von Jugendlichen aus Einwandererfamilien bewegen.

5 Vgl. hierzu Stuart Hall, *Rassismus und kulturelle Identität*. Ausgewählte Schriften, Hamburg 1994, S. 128 ff.

These 1: Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis: Die Erinnerung an den Holocaust befindet sich an einem kritischen Übergangspunkt. Es vollzieht sich ein Wandel vom *kommunikativen Gedächtnis*, welches vornehmlich durch Zeitzeugen verbürgt war, zu einem *kulturellen Gedächtnis*, welches sich in symbolischen Formen der Repräsentation von Vergangenheit manifestiert.⁶ Dieser Wandlungsprozess hat seinen Ursprung in dem sich unaufhaltsam vollziehenden Generationenwechsel: Die Zeitzeugen sterben. Damit löst sich das Gedächtnis von seinen Trägern. Die Erinnerung an den Holocaust muss fortan vermittelt werden und ist ausschließlich auf Repräsentation angewiesen. Der Generationenwechsel leitet zugleich eine Historisierung des Holocaust ein. Michael Jeismann spricht vom Ende der „Epoche der Vergangenheitsbewältigung“: „Heute gehe es nicht mehr so sehr um das, was tatsächlich geschah, sondern vielmehr darum, „wie das Geschehene erzählt und vergegenwärtigt werden soll“⁷. Es geht also vorrangig um Gebrauch und Repräsentation der Vergangenheit.

These 2: Europäisierung des Holocaust: Im Zuge der Einigung Europas ist die Erinnerung an den Holocaust zu einer europäischen Aufgabe geworden. Es entsteht eine europäische Erinnerungs- und Wertegemeinschaft, die sich auf die Neugründung der Demokratien nach dem Zweiten Weltkrieg beruft. Dabei wird die Chiffre Auschwitz zum negativen, aber doch zukunftsgerichteten Bezugspunkt europäischer Identitätsbildung.⁸ Beispielfhaft zum Ausdruck kommt dies in der im Januar 2000 verfassten Abschlusserklärung des „Stockholm International Forum on the Holocaust“.⁹ Dort wurde die Judenvernichtung nicht

6 Zu den Begriffen siehe Jan Assmann, *Erinnern, um dazuzugehören*. Kulturelles Gedächtnis, Zugehörigkeitsstruktur und normative Vergangenheit, in: Kristin Patt/Mihan Dabhaig (Hrsg.), *Generation und Gedächtnis*. Erinnerungen und kollektive Identitäten, Opladen 1995, S. 52 ff.

7 Michael Jeismann, *Auf Wiedersehen Gestern*. Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen, Stuttgart 2001, S. 73.

8 „It is appropriate that this, the first major international conference of the new millenium, declares its commitment to plant the seeds of a better future amidst the soil of a bitter past.“ Aus: Declaration of the Stockholm International Forum on the Holocaust, 1999, Art. 8.

9 Die Stockholmer Konferenz war das Ergebnis einer „Task Force for International Cooperation in Holocaust Education, Remembrance and Research“, die 1998 von den Regierungen Schwedens, Großbritanniens und der USA eingerichtet worden war. Hauptziel der Veranstaltung war es, einen internationalen Dialog zu ermöglichen, der Initiativen zur pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Holocaust fördert. Das Forum gab Überlebenden, Politikern und Verwaltungsexperten, Vertretern von gesellschaftlichen Institutionen und Religionsgemeinschaften, Lehrern, Historikern, Vertretern

nur im europäischen Gedächtnis verankert, sondern im Sinne von Vergangenheitspolitik auch zur ethisch-moralischen Grundlage von internationaler Interventionspolitik in Konfliktregionen erklärt. Der Holocaust kristallisiert sich so zu einem universalen Orientierungspunkt für die Einordnung und Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen und Genoziden heraus.¹⁰

These 3: Globalisierung der Erinnerung: Die Herausbildung von Identität, auch von historischer, vollzieht sich nicht mehr nur im Rahmen des „Lokalen“ – etwa innerhalb der territorialen Grenzen einer Region oder eines Nationalstaates –, sondern zugleich im globalen Raum, im *global village*, einer grenzüberschreitenden Kommunikations-, Informations- und Medienwelt, die Geschichte unabhängig von Akteuren und Ereignisorten in einen erweiterten Rezeptions- und Reproduktionszusammenhang stellt. Im Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit erleben wir zudem eine Allgegenwärtigkeit von Geschichte, die der Globalisierung von Erinnerung Vorschub leistet. Die Erinnerung löst sich dabei allmählich aus dem nationalstaatlichen Rahmen. Nathan Sznajder und Daniel Levy sprechen von einer „Globalisierung der Erinnerung an den Holocaust“.¹¹ Diese Tendenz deuten sie positiv, da der Holocaust „zugänglicher“ werde, insofern die jüdischen Opfer zu „Opfern schlechthin“ würden.¹² Die Rede ist von einer „kosmopolitischen Wende“ der Holocaust-Erinnerung, die u. a. dadurch charakterisiert sei, dass sie vielen Opfergruppen erlaube, sich in den jüdischen Opfern von einst wiederzuerkennen.

These 4: Holocaust als Medienereignis: Erinnerung wird zunehmend über Bilder generiert. Die Medialisierung des Holocaust, die häufig auch als Amerikanisierung oder gar Hollywoodisierung¹³ bezeichnet wird, formt die Kommunikation über die Geschichte und schließlich die Geschichte selbst in besonderer Weise. Die visuelle Sprache von Fernsehen und Kino sowie der neuen Medien machen den Holocaust zu einem konsumierbaren Produkt der Kulturindustrie. Medienereignisse – etwa „Schindlers Liste“ von Steven Spielberg –

von Museen und Künstlern die Gelegenheit, ihr Wissen und ihre Erfahrungen auszutauschen. Vgl. hierzu <http://www.holocaustforum.gov.se>.

10 Vgl. M. Jeismann (Anm. 7), S. 13.

11 Daniel Levy/Nathan Sznajder, *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*, Frankfurt/M. 2001.

12 Ebd., S. 53.

13 Vgl. Peter Körte, *Mit den Clowns kommen die Tränen. Von Benigni zu Roland Suso Richter und Robin Williams: Wie nostalgisch ist der Holocaust?*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 9. 10. 1999, S. 11.

stutzen die Geschichte für das Massenpublikum zurecht. Der Holocaust wird dabei nicht nur popularisiert, sondern zumeist auch instrumentalisiert und trivialisiert.

These 5: Pluralisierung historischer Deutungen: Die Geschichtswissenschaft verliert im Zuge der Medialisierung historischer Ereignisse sowie der Hinwendung zur Erinnerungskultur ihr Deutungsprivileg.¹⁴ Dies gilt auch für die Erinnerung an den Holocaust. Geschichtliche Deutung ist nicht mehr nur auf akademische Institutionen und wissenschaftliche Expertenveranstaltungen beschränkt, sondern ist in vielerlei Hinsicht Teil der Alltagskultur geworden. Filme und Dokumentationen im Fernsehen, Schulprojekte zur NS-Geschichte, Zeitzeugengespräche, Geschichtsvereine, Stadtbegehungen, Ausstellungen, Gedenkstättenbesuche – diese Formen der Erinnerung koexistieren und konkurrieren mit der traditionellen Geschichtsschreibung. Verschiedene gesellschaftliche Akteure ringen um Interpretationen und Repräsentationsformen der NS-Geschichte und des Holocaust. Dabei wird die Erinnerung an den Holocaust individualisiert, fragmentiert und pluralisiert.¹⁵

Theoretischer Bezugsrahmen

Auch junge Migranten partizipieren am Diskurs über die Vergangenheit. Sie nehmen aktiv teil an der Kommunikation über die Geschichte ihres Aufnahmelandes. Dabei sind ihre Geschichtsbezüge in unterschiedlicher Intensität beeinflusst von den skizzierten Entwicklungen einer veränderten und sich verändernden Erinnerungs- und Geschichtskultur. Gleichsam sind sie selbst Akteure des Gedächtniswandels bzw. einer „neuen“ Erinnerungskultur. Denn die zukünftige deutsche Gesellschaft wird sich zum größten Teil aus Menschen zusammensetzen, die aufgrund ihres Alters und/oder ihrer Herkunft und historisch-politischen Orientierung weder über unmittelbares noch über familientradiziertes Erfahrungswissen auf den Nationalsozialismus zurückgreifen können. Die Geschichtskonstruktionen sind deshalb in hohem Maße von der Fähigkeit und Bereitschaft junger Menschen abhängig, aus ihrer eigenen Erlebnis- und Erfahrungswelt Brücken zur Vergangenheit zu schlagen. Interessant ist dabei,

14 Vgl. hierzu Jörn Rüsen/Friedrich Jaeger, *Erinnerungskultur*, in: Werner Weidenfeld/Karl-Heinz Korte (Hrsg.), *Deutschland Trendbuch*, Bonn 2001, S. 389.

15 Vgl. D. Levy/N. Sznajder (Anm. 11), S. 151.

zu welchen Aspekten der NS-Geschichte sich gerade Jugendliche aus Einwandererfamilien in Beziehung setzen.

Der theoretische Bezugsrahmen der Studie befasst sich mit der Geschichtsbewusstseinsforschung, mit Erinnerungs- und Erzähltheorien sowie der Ethnizitätsforschung. Ich konzentriere mich im Folgenden vornehmlich auf einige erinnerungs- und gedächtnistheoretische Überlegungen.

Entliehenes Gedächtnis

Mit Maurice Halbwachs gehe ich davon aus, dass das kollektive Gedächtnis ein sozial konstruiertes ist.¹⁶ Vergangenheit ist in ihm nicht einfach als solche „aufgehoben“, sondern muss in sozialen Interaktionen und Vergegenwärtigungsprozessen rekonstruiert werden. Dabei wird das Vergangene tradiert und transformiert. Die Herausbildung des individuellen Gedächtnisses ist wiederum von der Kommunikation mit anderen und der Zugehörigkeit zu sozialen Geflechten abhängig. Außerdem muss das, was Menschen erinnern, von signifikanten anderen als bedeutsam zurückgespiegelt und bestätigt werden.¹⁷

Halbwachs prägte den Begriff des „entliehenen Gedächtnisses“¹⁸, auf welches sich all jene berufen müssten, die eine nicht selbst erlebte Vergangenheit erinnern wollten. Für junge Migranten gehören NS-Zeit und Holocaust nicht zur selbst erlebten Vergangenheit. Wenn sie über ihre Erfahrungen mit der NS-Geschichte sprechen, greifen sie gesellschaftlich verfügbare Vergangenheitsdeutungen auf, schöpfen quasi aus der Quelle des „entliehenen Gedächtnisses“. Dennoch reproduzieren sie dieses nicht einfach, sondern vergegenwärtigen es, indem sie es biographisch bearbeiten und mit subjektiver Bedeutung versehen. Durch Auswahl und Darstellung des Vergangenen – also die jeweils spezifische Sinnbildung über Zeiterfahrung – sind sie an Reproduktion und Rekonstruktion von Geschichtsdeutungen beteiligt. Damit haben sie kurzfristig teil am *kommunikativen Gedächtnis*; langfristig auch an der Formierung des *kulturellen Gedächtnisses*.

Erinnern und Zugehörigkeit

Erinnerung hat stets einen Gegenwartsbezug. Erinnerungsarbeit ist von Gegenwartsinteressen

16 Vgl. Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis*, Frankfurt/M. 1991.

17 Vgl. hierzu Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und Identität in frühen Hochkulturen*. München 1999, S. 36.

18 M. Halbwachs (Anm. 16), S. 35.

und gruppenspezifischen Zukunftserwartungen geleitet. Häufig dominiert in der Erinnerung sogar die Deutung über die historischen Tatsachen.¹⁹ Weil Erinnerung unter dem Druck von Absichten, Wünschen und Pflichten steht, muss die Vergangenheit an die Orientierungsbedürfnisse der Gegenwart angepasst werden. Erinnerung ist zudem aufs Engste mit dem Geschichtsbewusstsein verknüpft. Sie präsentiert die Vergangenheit als eine Erfahrung, die gegenwärtige Lebensverhältnisse verständlich und Zukunft antizipierbar macht. Erinnerung stellt somit den Kitt dar, der die drei Dimensionen des Geschichtsbewusstseins – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – auf jeweils spezifische Weise miteinander verbindet.

Über Erinnerungen werden Zugehörigkeiten vermittelt.²⁰ Gemeinsames Erinnern hält Menschen als Gruppen zusammen. Soziale Gruppen vergewissern sich in der Rekonstruktion von Vergangenheit ihrer Zugehörigkeit. Das Bekenntnis von Individuen zu einer Erinnerungsgemeinschaft wiederum stellt Zugehörigkeit in Aussicht. Aus dem Bekenntnis zu bestimmten Bezugsgruppen leiten sich dann auch Ansprüche und Legitimationen bestimmter historischer Identifikationen ab. Deshalb beleuchtet meine Studie auch die Frage, ob das Sich-Beziehen auf die NS-Zeit – besonders für Migranten – als zugehörigkeitsvermittelnd angenommen werden kann. Zugehörigkeit markiert die Schnittmenge von historischer und ethnischer Identität. Historische Identität wird immer von der „eigenen“ Gruppe her entworfen; ethnische Identität wiederum wird häufig durch Bezugnahme auf gemeinsame Vergangenheit gestiftet. Diskutiert werden muss deshalb die Frage, ob und in welchem Zusammenhang historische Identitäten optional sind.²¹

Junge Migranten, die nach Deutschland eingewandert oder hier geboren sind, werden zu „unfreiwilligen Mitgliedern“²² einer Gemeinschaft, zu deren kollektiver Vergangenheit sie sich in Beziehung setzen müssen: Sie können der NS-Geschichte gleichgültig gegenüberstehen und sie nicht als die ihre verwerfen, sie können sich energisch von ihr lossagen oder aber sich bereitwillig der politischen Hypothek stellen. Wie auch immer sie mit der

19 Vgl. J. Rüsen/F. Jaeger (Anm. 14), S. 400.

20 Vgl. J. Assmann (Anm. 6), S. 47.

21 Siehe hierzu Mary C. Waters, *Ethnic Options. Choosing Identities in America*, Berkeley-Oxford 1990.

22 Siehe hierzu Michael Walzer, *Politik der Differenz. Staatsordnung und Toleranz in der multikulturellen Welt*, in: Rainer Forst (Hrsg.), *Toleranz. Philosophische und gesellschaftliche Praxis einer umstrittenen Tugend*, Frankfurt/M. 2000, S. 214–231.

Geschichte umgehen, sie müssen sich durch die Tatsache, dass sie in Deutschland leben und sich zumeist auch als Mitglieder der deutschen Gesellschaft verstehen, nolens volens zur nationalen Geschichte verhalten.²³

„Holocaust und NS-Geschichte, was bedeutet das für mich?“

Davon ausgehend, dass Geschichtsbewusstsein sich in Erzählungen niederschlägt, wurden die Daten durch offene, biographisch orientierte Interviews erhoben. Die Befragten waren zwischen 15 und 20 Jahre alt und besuchten unterschiedliche Schulformen. Die im Rahmen eines größeren Samples von 55 Interviews angefertigten Einzelfallanalysen bildeten die Grundlage für die Bildung von Typen.²⁴ Weil ich hier keine ausführlichen Fallanalysen präsentieren kann, möchte ich zumindest einige Stimmen aus den Interviews abbilden. Diese dienen lediglich der Illustration des bearbeiteten empirischen Feldes.

Fatima, deutsche Staatsbürgerin marokkanischer Herkunft, 20 Jahre alt, 13. Klasse, Gymnasium: „Ich frag mich, ob das wieder passieren könnte. Man kann Gefühle nicht so beschreiben. Man weiß dann nicht genau, warum man Angst hat. Es ist nicht so, dass ich mich davon distanzieren kann, sagen kann: Das waren mal die Juden. Das waren mal die Deutschen. Es geht mich nichts an. Es geht mich eben an, weil es Menschen waren. Und es kann immer so etwas passieren, mit anderen Menschen.“

Bülent, deutscher Staatsbürger türkischer Herkunft, 16 Jahre alt, 10. Klasse, Realschule: „Als wir in Tschechien waren, das war eigentlich das einzige Mal, wo ich als Deutscher angesehen worden bin. Also, da hab ich mich als Reindeutscher gesehen. Da hab ich den Türken in mir vergessen, weil da war es was anderes. (...) Da kam ich mir schon so schlecht auch vor, weil die Deutschen da so Schlimmes verbochen haben. Das sind solche Momente, wo man drüber nachdenkt und wo man auch ein bisschen Schuldgefühl kriegt. Da hab ich

mich echt als Deutscher angesehen, also als ein Gast in einem Land, der nicht gern gesehen wird.“

Farhad, iranischer Herkunft, 18 Jahre alt, 12. Klasse, Gymnasium: „Und in der Nachbarschaft haben viele alte Leute gelebt, und ich hab mich halt mit denen gut verstanden. Und die haben mir auch immer von der Zeit erzählt (...) und dann der Freund meiner Mutter, der ist Deutscher, und der hat das ja miterlebt als kleines Kind – die Bombenangriffe auf Frankfurt. Und hab ihn auch immer gefragt. Er hat ja auch noch seine Eltern gehabt damals und durch ihn bin ich auch mehr mit dem Nationalsozialismus zusammengewachsen. Wie er erzählt hat, wie er das als kleines Kind erlebt hat, wie seine Eltern da gelebt haben und so. Der Vater war auch im Krieg, in Russland, an der Ostfront.“

Laila, deutsche Staatsbürgerin äthiopischer Herkunft, 19 Jahre alt, 12. Klasse, Gymnasium: „Gerade weil wir hier leben, und als Ausländer musst Du Dich doch auch irgendwo mit der ganzen Sache auseinandersetzen, da wir einen Bezug zu Deutschland ja auch haben. Und genau so, wie ein Deutscher über seine Geschichte Bescheid wissen müsste. In dem Moment, wo wir hier leben, ist das ja auch ein Teil von unserer Geschichte, und darum ist es auch wichtig, meiner Meinung nach, sich darüber klar zu werden, was passiert ist, wie es dazu kam und dass es genauso gut auch anderswo passieren könnte.“

Muhrat, kurdischer Herkunft, 16 Jahre, 10. Klasse, Realschule: „Ich verstehe mehr als die anderen, weil ich weiß, was Leiden heißt. Und was früher mit Deutschland passiert ist, ist fast gleich wie heute mit den Kurden, zum Beispiel, wie die Deutschen die Juden verjagt haben. Das ist doch das Gleiche, wie es die Türken mit den Kurden machen.“

Turgut, deutscher Staatsbürger kurdisch-türkischer Herkunft, 20 Jahre, 13. Klasse, Gymnasium: „Aber das Problem ist: Zwar hab ich einen deutschen Pass, aber ich werde nicht als Deutscher akzeptiert. Das war ja auch bei den Juden so. Die waren deutsche Juden. Aber die wurden nicht als Deutsche akzeptiert. Und das ist jetzt bei uns Ausländern ganz genauso. (...) Man wirft uns vor, und das sind genau die gleichen Vorwürfe, die man den Juden damals gemacht hat, dass wir nicht genug deutsch fühlen. Aber das ist nur Vorurteil. (...) Ich finde nicht gut, dass man Ausländern gleich unterstellt, dass sie nicht loyal sind. Und das hat man auch früher von den Juden gedacht.“

²³ Vgl. Avishai Margalit, Es ist leichter, Erdbeeren zu verändern als Nationen, in: Micha Brumlik u. a. (Hrsg.), Babylon, Frankfurt/M. 1999, S. 116.

²⁴ Auf eine Darstellung des Forschungsdesigns und der angewandten Methoden (Biographieforschung, Grounded Theory und Geschichtshermeneutik) muss hier verzichtet werden.

Ergebnisse und Typen

Die Ausschnitte illustrieren eine Vielfalt der Geschichtsbezüge, die bei aller Unterschiedlichkeit auch Gemeinsamkeiten aufweisen. Alle Jugendlichen ringen in der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte mit Fragen von Zugehörigkeit. Dabei ist auffällig, dass es nicht so sehr die national-kulturelle Herkunft ist, welche die Umgangsweise mit der NS-Geschichte prägt, sondern vielmehr die gesellschaftliche Positionierung als Angehöriger einer Minderheit in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Über die Aneignung, Annahme oder Abgrenzung von der Geschichte des Nationalsozialismus wird, wie bereits ausgeführt, die Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft verhandelt, behauptet, in Frage gestellt oder zurückgewiesen. Es geht darum, sich zu unterschiedlichen historischen Bezugsgruppen in Beziehung zu setzen.

Insgesamt wurden vier Typen herausgearbeitet. Die Typen beschreiben biographische Strategien – Selbstpositionierungen – im Umgang mit der NS-Vergangenheit, die sich in der Identifikation mit bestimmten historischen Bezugsgruppen bündeln lassen.

Typ I

Fokus: Opfer der NS-Verfolgung. In den unter Typ I gefassten Geschichtskonstruktionen schält sich als dominantes Motiv ein Interesse am Schicksal der Opfer heraus. Dies geht einher mit einem hohen Maß an Empathie und persönlicher Betroffenheit. Im Mittelpunkt stehen die Opfer und das Unrecht, das ihnen widerfahren ist. Dabei kommt es häufig zu Analogiebildungen, die ein Sich-hineinversetzen-Können in die Opfer suggerieren: Selbst erfahrene Diskriminierung und Rassismus in der deutschen Aufnahmegesellschaft werden zu den Ausgrenzungs- und Verfolgungsmechanismen des NS-Regimes in Beziehung gesetzt. Die eigene Lebenssituation als Angehöriger einer Minderheit bzw. die Position als Ausländer wird mit der Situation jüdischer Opfer nationalsozialistischer Rassenpolitik verglichen. Die Kenntnis der NS-Geschichte wird dabei nicht nur zu einem kritischen Maßstab der Beobachtung möglicher historischer Kontinuitäten in der Aufnahmegesellschaft, sondern auch zur sinnstiftenden Folie für die Deutung der eigenen Gegenwart und Zukunft als in Deutschland lebender Migrant der zweiten und dritten Generation.

Typ II

Fokus: Zuschauer, Mitläufer und Täter im Nationalsozialismus. Die Geschichtskonstrukte zeichnen sich aus durch eine explizite Bezugnahme auf die Zuschauer-, Mitläufer- und Tätergesellschaft, deren Sozialperspektiven probeweise eingenommen werden (etwa die Perspektive ehemaliger Wehrmachtssoldaten). Es kommt dabei nicht selten zu einer Reproduktion von Mythen über den Nationalsozialismus. Einerseits werden die jungen Migrantinnen und Migranten durch ihre politisch-historische Sozialisation in Deutschland in solche Mythenbildungen und damit auch in die deutsche Erinnerungsgemeinschaft verstrickt. Andererseits verstricken sie sich selbst in deutsche „Geschichtsgeschichten“ durch die Bearbeitung bestimmter Vergangenheitsdeutungen.²⁵ Motiv für die aktive Teilhabe am kommunikativen Gedächtnis der deutschen Gesellschaft scheint ein Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu sein: Es geht darum, sich durch ein bereitwilliges Antreten des „negativen historischen Erbes“ als „vollwertiger“ Deutscher zu legitimieren und zu qualifizieren. Es scheint, als diene die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und der Grad der (Selbst-)Verstrickung in diese Geschichte der Legitimationssteigerung als deutscher Staatsbürger. An die Übernahme von Verantwortung oder gar von „Schuldgefühlen“ für die von Deutschen begangenen Verbrechen knüpft sich eine Anerkennungs- bzw. Integrationserwartung.

Typ III

Fokus: „eigene“ ethnische Gemeinschaft. Typ III ist charakterisiert durch exklusive Teilhabe am kollektiven Gedächtnis der „eigenen“ minoritären ethnischen Gruppe. In diesem Fall erscheint die historische Identität nicht in Gestalt einer Option. In der Wahrnehmung der Betroffenen wird sie zur Verpflichtung. Erinnerungstheoretisch handelt es sich mit Avishai Margalit um die Praxis „ethischen Erinnerns“.²⁶ Die ethnische Erinnerungsgemeinschaft basiert hiernach auf ethnischer Vergemeinschaftung.

Eine Variante innerhalb dieses Typus lässt sich mit dem Begriff der Instrumentalisierung beschreiben. Von Instrumentalisierung des Holocaust kann

²⁵ Volkhard Knigge verwendet den Begriff der Geschichtsgeschichten als positive Beschreibung von „trivialem Geschichtsbewusstsein“; vgl. seine Ausführungen in: *Triviales Geschichtsbewusstsein und verstehender Geschichtsunterricht*, Pfaffenweiler 1988.

²⁶ Vgl. hierzu A. Margalit (Anm. 23), S. 106–118.

dann gesprochen werden, wenn eine Bezugnahme auf die Opfer des Nationalsozialismus ausschließlich der Dramatisierung der Situation der „eigenen“ Gruppe dient. Dabei wird das Schicksal der eigenen ethnischen Gruppe argumentativ mit dem Holocaust verknüpft. Auf diese Weise kann der Affektgehalt des eigenen Anliegens aufs Höchste gesteigert und unter den Druck eines moralischen Absolutismus gesetzt werden. So nutzen junge Migranten, die ihre Verfolgungsgeschichte, die Leidensgeschichte ihrer Familie oder auch ihrer ethnischen Gruppe in der Aufnahmegesellschaft nicht repräsentiert bzw. anerkannt sehen, die Erfahrungen der historische Bezugsgruppe der NS-Opfer als Projektionsfläche für die Abbildung ihrer eigenen Geschichte. Es scheint, als ahnten die Betroffenen, dass sich der deutsche Sorgehorizont für ihre Geschichte(n) nur dann öffnet, wenn diese in eine Nähe zu Auschwitz gerückt werden.

Typ IV

Fokus: Menschheit. Für diesen Typus spielt weder die eigene ethnische Herkunft noch die Herkunft der Opfer, Täter oder Mitläufer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft eine große Rolle. Diskutiert wird stattdessen, wie Menschen unter bestimmten historischen, politischen und sozialen Bedingungen zu Opfern, Mitläufern oder Tätern werden konnten und werden. Die Geschehnisse während des Zweiten Weltkriegs werden mit aktuellen Phänomenen verglichen: mit Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Menschenrechtsverletzungen und Genozid. Diese Kontextualisierung der jüngsten deutschen Geschichte im Spiegel globalen Zeitgeschehens findet ihren Ausdruck in einer universalisierenden Perspektive. In Auseinandersetzung mit dem historischen Exemplum Auschwitz werden Beurteilungsmaßstäbe und Handlungsstrategien für die Gegenwart entwickelt. Die historische Bezugsgruppe dieses Typus ist die gesamte Menschheit. Erinnert wird an Ereignisse der Menschheitsgeschichte aufgrund der Zugehörigkeit zum „Menschengeschlecht“. Hintergrund dieser Positionierung scheint eine in der Migration entwickelte post-nationale bzw. post-ethnische Orientierung zu sein. Diese könnte sich aus zwei Komponenten speisen: zum einen aus dem Nichtvorhandensein einer Identifikation mit Deutschland und den Deutschen, was nicht zuletzt auch auf die von jungen Migranten häufig erfahrene Nicht-Anerkennung als „Deutsche“ zurückzuführen wäre; zum anderen aus dem Mangel an Einbindung in die kollektive Erinnerung der jeweiligen Herkunftsgesellschaft.

Die Zukunft der Erinnerung

Ein Geschichtsbezug, der auf „die Menschheit“ abhebt, verweist auf die konstitutive Basis einer offenen und inklusiven, weder national noch ethnisch definierten Erinnerungsgemeinschaft. Diese spiegelt sich gegenwärtig in einer unauffaltam scheinenden Globalisierung der Erinnerung an die Massenvernichtung der europäischen Juden wider. Der Holocaust wird dabei nicht nur zu einem universalen Orientierungspunkt für Menschheitsverbrechen, sondern auch zum Gegenstand einer weltgesellschaftlichen Erinnerungskultur, die Margalit im Gegensatz zur ethischen Erinnerung als moralische Erinnerung fasst.²⁷ Die Partizipation an der moralischen Erinnerungsgemeinschaft setzt keine gemeinsamen ethnischen Wurzeln voraus. Sie steht prinzipiell allen offen.

Nationale und ethnische Bezugsrahmen der Erinnerung verlieren an Bindekraft. Was geschieht aber mit der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, wenn diese aus dem spezifischen historischen Kontext herausgelöst wird? Läuft sie nicht Gefahr, für immer hinter der Vereinnahmung für menschliche Katastrophen des Zeitgeschehens zu verschwinden? Erreicht die Instrumentalisierung der Erinnerung an den Massenmord nicht ihren Höhepunkt, wenn der Holocaust zu einem universalen Behältnis für Erinnerungen an ganz unterschiedliche Opfer wird? Oder liegt paradoxerweise gerade in dieser globalen Indienstnahme von Auschwitz als universellem Maßstab für Menschenrechtsverletzungen eine zukunftsweisende, wenngleich nicht zweckfreie Dimension der Erinnerung, im Sinne von Adornos Maxime, dass Auschwitz sich nicht wiederhole?

In der amerikanischen Geschichtskultur, wie sie etwa durch Holocaust-Museen, „Holocaust studies“ und eine Vielfalt an Programmen zur „Holocaust education“ repräsentiert wird, gehört ein universalistischer Zugang zur NS-Geschichte vielerorts bereits zur didaktischen Alltagspraxis. Der Holocaust wird hier verstanden als schlimmstes Verbrechen der Menschheit, als Ausdruck universalen Rassismus, ja, als Toleranzproblem. Ob eine solche Herangehensweise in einer sich pluralisierenden Gesellschaft an Bedeutung gewinnt, hängt nicht nur, aber auch von der künftigen Debatte über das historisch-politische Selbstverständnis der Deutschen ab, an der zunehmend auch Bindestrich-Deutsche teilnehmen werden.

27 Vgl. ebd.

Adam Krzeminski

Geb. 1945; Publizist und Redakteur der Zeitschrift „Polityka“, Warschau; 1986 Gastredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“; Vorsitzender der Polnisch-Deutschen Gesellschaft in Warschau.

Anschrift: ul. Koszykowa 35m2, 00553 Warschau/Polen.
E-Mail: krzem@gmx.net

Veröffentlichungen u. a.: Polen im 20. Jahrhundert, München 1998²; Deutsch-polnische Verspiegelung, Holzhausen 2001; zahlreiche Publikationen in deutschen Tages- und Wochenzeitungen, Drehbücher für historisch-politische Dokumentarfilme.

Ute Frevert

Prof. Dr. phil. geb. 1954; lehrt deutsche Geschichte an der Yale University.

Anschrift: Department of History, Yale University, P.O. Box 208324, New Haven, CT 06520–8324, USA.
E-Mail: ute.frevert@yale.edu

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Aleida Assmann) Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999; Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland, München 2001; Eurovisionen. Ansichten guter Europäer im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 2003; (Hrsg.) Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003.

Helga Hirsch

Dr. phil., geb. 1948; Studium der Germanistik und Politologie an der FU Berlin, Promotion über die polnische Opposition der Jahre 1976–1980; seit 1985 freie Journalistin u. a. für den WDR, den Deutschlandfunk, Arte und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“; von 1988 bis 1995 Korrespondentin der Wochenzeitung „Die Zeit“ in Warschau; 2001 mit dem Deutsch-Polnischen Journalistenpreis ausgezeichnet.

Anschrift: Holsteinische Straße 42, 10717 Berlin.
E-Mail: Helga.Hirsch@t-online.de

Veröffentlichungen u. a.: Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1945–1950, Berlin 1998; „Ich habe keine Schuhe nicht.“ Lebensläufe von polnischen, jüdischen und deutschen Grenzgängern, Hamburg 2002; Dokumentarfilme: „Späte Opfer“. Deutsche in polnischen Lagern 1945–1950, WDR/MDR, 1999; „Der Erbfeind“. Preußen/Deutschland aus polnischer Sicht, Arte 2001.

Annette Leo

Dr. phil., Historikerin, geb. 1948; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin.

Anschrift: Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, Ernst-Reuter-Platz 7, 10587 Berlin.
E-Mail: leo@zfa.kgw.tu-berlin.de

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Peter Reif-Spirek) Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 1999; (zus. mit Bernd Faulenbach und Klaus Weberskirch) Zweierlei Geschichte. Lebensgeschichte und Geschichtsbewusstsein bei Arbeitnehmern in Ost und West,

Essen 2000; (Hrsg. zus. mit Peter Reif-Spirek) Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2000.

Edgar Wolfrum

Dr. phil. geb. 1960; Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte; 2002/2003 Vertretungsprofessur für Zeitgeschichte, Universität Mannheim.

Anschrift: Loristraße 9, 80335 München.
E-Mail: edgar.wolfrum@t-online.de

Veröffentlichungen u. a.: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999; Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2002²; Krieg und Frieden in der Neuzeit. Vom Westfälischen Frieden bis zum Zweiten Weltkrieg, Darmstadt 2003.

Viola B. Georgi

Dr. phil., geb. 1967; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Anschrift: Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), Maria-Theresia-Straße 21, 81675 München.
E-Mail: Georgi@lrz.uni-muenchen.de

Veröffentlichungen u. a.: Zur Vielfalt multikultureller Gesellschaftsentwürfe, in: Doron Kiesel (Hrsg.), Die Erfindung der Fremdheit, Frankfurt/M. 1999; Wem gehört deutsche Geschichte? Bi-kulturelle Jugendliche und die Geschichte des Nationalsozialismus, in: Bernd Fechner u. a. (Hrsg.), Erziehung nach Auschwitz in der deutschen Einwanderungsgesellschaft, Weinheim–München 2000; (Hrsg. zus. mit Michael Seberich) A Survey on Human Rights Education, Gütersloh 2003.

Nächste Ausgabe

Natascha Adamowsky *Essay*

Totale Vernetzung – totale Verstrickung?

Marc Langheinrich/Friedemann Mattern

Digitalisierung des Alltags

Was ist Pervasive Computing?

Siegfried Behrendt/Lorenz M. Hilty/

Lorenz Erdmann

Nachhaltigkeit und Vorsorge – Anforderungen der Digitalisierung an das politische System

Gerd Pasch

Digitalisierung der Medien

Mathias Schulenburg

Erkundungen in der Nanowelt

Franz Büllingen

„Elektrosmog“ durch Mobilfunk?

Akzeptanz und Risiko im Licht der öffentlichen Debatte

Adam Krzeminski Essay

Die schwierige deutsch-polnische Vergangenheitspolitik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/2003, S. 3–5

■ Bei der Debatte um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ geht es um deutsch-polnische Vergangenheitspolitik. Es ist legitim, an das Leid der deutschen Zivilbevölkerung während des Krieges und bei Flucht und Vertreibung zu erinnern, doch sollte man sich davor hüten, Schuld gegen Schuld aufzurechnen. Es geht darum, den historischen Kontext zu beachten, um nicht in nationale Egozentrik und Maßlosigkeit zu verfallen. Der Bund der Vertriebenen ist aus polnischer Sicht kein glaubwürdiger Gralshüter der europäischen Erinnerung an die Vertreibungen des 20. Jahrhunderts.

Ute Frevert

Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit revisited

Der jüngste Erinnerungsboom in der Kritik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/2003, S. 6–13

■ Nach wie vor prägt die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus unser Verständnis von Gegenwart und Zukunft. Neben die Täter-Erinnerung schiebt sich in jüngster Zeit eine revitalisierte Opfer-Erinnerung an Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung. Diese Erinnerung will ernst genommen werden, muss aber als Erfahrung historisiert, d. h. in ihren historischen Zusammenhang gestellt werden. Nur so kann sie Brücken schlagen, anstatt alte Gräben neu aufzuwerfen.

Helga Hirsch

Flucht und Vertreibung

Kollektive Erinnerung im Wandel

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/2003, S. 14–26

■ Mitte der fünfziger Jahre war jeder fünfte Bürger der Bundesrepublik und der DDR ein Flüchtling bzw. Vertriebener – die Integration in die neue Heimat galt als eine der großen Leistungen Nachkriegsdeutschlands. Die Wiederkehr des Themas Flucht und Vertreibung nach fast 60 Jahren und seine Aufnahme in die kollektive Erinnerung zeigt jedoch: Die teilweise traumatischen Spätfolgen von Flucht, Bombardierung und Vergewaltigung sind unterschätzt worden. Zudem ist eine wirkliche Integration der Vertriebenen verzögert worden, weil die Debatte über Deutsche als Opfer des Krieges in beiden deutschen Staaten lange Zeit als revanchistisch etikettiert und verdrängt wurde.

Annette Leo

Keine gemeinsame Erinnerung

Geschichtsbewusstsein in Ost und West

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/2003, S. 27–32

■ Über die Geschichte der DDR existiert kein kollektives Selbstverständnis in der neuen Bundesrepublik. Es gibt keinen Konsens über die Beurteilung des untergegangenen Staates und über seine Einordnung in den deutschen und europäischen Kontext. Aber auch die nationalsozialistische Vergangenheit, die ein Stück gemeinsamer Geschichte darstellt, wird nicht gemeinsam erinnert. In Ostdeutschland ist nicht selten eine Verkoppelung der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Debatte um die SBZ/DDR-Geschichte zu beobachten.

Edgar Wolfrum

Neue Erinnerungskultur?

Die Massenmedialisierung des 17. Juni 1953

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/2003, S. 33–39

■ Der Aufstand des 17. Juni 1953 war zu seiner 50. Wiederkehr in den Massenmedien allgegenwärtig. Welche Aktivitäten gab es, welche Spezifika des Erinnerungsbooms fallen auf? Erinnerungskulturen sind maßgeblich von den Medien abhängig; diese aber sind keine neutralen Speicher, sondern aktiv an der Bedeutungskonstruktion der Vergangenheit beteiligt. Dem muss sich die Geschichtswissenschaft widmen. Die Medialisierung des 17. Juni 1953 brachte Bilder des Aufstands mit fröhlichen, hoffnungsvollen Menschen zum Vorschein. So kann dieser Tag zu einem zuversichtlichen deutschen Erinnerungsort werden.

Viola B. Georgi

Jugendliche aus Einwandererfamilien und die Geschichte des Nationalsozialismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/2003, S. 40–46

■ Die deutsche Gesellschaft hat sich faktisch längst zu einer Einwanderungsgesellschaft gewandelt. Religiöse, kulturelle und ethnische Vielfalt prägen vielerorts den „deutschen“ Alltag. Was bedeutet diese „neue“ Vielfalt für den Umgang mit der deutschen Vergangenheit? Welche Perspektiven entwickeln Jugendliche aus Einwandererfamilien in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust? Wie positionieren sie sich im Verhältnis zur Geschichte des Aufnahmelandes? Sind sie bereit, das historische Erbe der deutschen Gesellschaft anzutreten? Fragen eines veränderten und sich verändernden Geschichtsbewusstseins in einer multikulturellen deutschen Gesellschaft sind Gegenstand einer empirischen Studie zu den Geschichtsbildern junger Migranten.